

PAPERS

FRIEDRICH BURSCHEL (HRSG.)

**AUFSTAND DER
«WUTBÜRGER»**

**AFD, CHRISTLICHER FUNDAMENTALISMUS,
PEGIDA UND IHRE GEFÄHRLICHEN NETZWERKE**

FRIEDRICH BURSCHEL (HRSG.)

**AUFSTAND DER
«WUTBÜRGER»**

**AFD, CHRISTLICHER FUNDAMENTALISMUS, PEGIDA
UND IHRE GEFÄHRLICHEN NETZWERKE**

IMPRESSUM

PAPERS 7/2015 wird herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S . d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • www.rosalux.de
ISSN 2194-0916 • Redaktionsschluss: Juni 2014
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	4
Die frommrechte Revolte	9
Es herrscht Aufbruchsstimmung am rechten Rand in Deutschland unter christlichen Fundamentalist_innen, Lebensschützer_innen und Rechtspopulist_innen	
Von Jennifer Stange	
Feindbild „Genderismus“	27
Antifeministische Diskurse in der extremen Rechten	
Von Juliane Lang	
Das trojanische Zombie-Pferd	32
Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus	
Von Sebastian Scheele	
Die soziale Basis der AfD	47
Von der Partei des reaktionären Kleinbürgertums zur „Partei der kleinen Leute“?	
Von Sebastian Friedrich	
Pegida: ein genuin ostdeutsches Protestformat?	53
Aspekte und Fragen an eine <i>Mobilizing Ressource</i>	
Von David Begrich	
Pegida – das erste halbe Jahr	58
Eine kritische Zwischenbilanz	
Nachtrag: Pegida und die Kommunalpolitik.....	66
Von Felix Korsch	
Pegida und die Kleingärtner_innen der Gesellschaft	70
Was der Umgang mit Pegida über unser Demokratieverständnis sagen kann: Überlegungen zu gesellschaftlicher Ordnung und radikaler Demokratie	
Von Stefan Kausch	
Der Political-Correctness-Diskurs	83
Oder: Wie es rechten Ideolog_innen gelingt, Linke und Liberale zu verwirren und gegeneinander auszuspielen	
Von Andreas Waibel	

Vorwort

„Petry Heil!“ sollen AfD-Delegierte auf dem Essener „Parteitag der Entscheidung“ Anfang Juli 2015 beziehungsreich gerufen haben, um die neue „Führerin“ Frauke Petry zu bejubeln und den „gemäßigten“ Parteigründer Bernd Lucke zum Teufel zu jagen. Mit dem unerwartet eindeutigen Durchmarsch der Dresdener Demagogin hat sich die Marschrichtung noch weiter nach rechts durchgesetzt. Weiter rechts jedenfalls als die AfD auch mit Lucke an der Spitze zusammen mit seinen professoral-bürgerlichen Anstandswauwau eines honorigen rechtskonservativen Lagers, wie Ex-BDI-Chef Olaf Henkel, ohnehin schon stand. Ob sich die Partei mit schrägen Figuren wie Bernd Höcke, Alexander Gauland, Beatrix von Storch und ihresgleichen nun rasch selbst erledigen oder nach einer Phase des Zurechtrüttelns zu einem, von den Bewohner_innen jener Grauzone zwischen dem rechten Rand der Unionsparteien und dem offenen Neonazismus lang ersehnten Sammelbecken der nationalkonservativen bis völkischen Klientel im Lande wird, wird sich mehr oder weniger rasch herausstellen. Eine treffende und lesenswerte Auswertung des Geschehens in der Essener Grugahalle am 4. und 5. Juli 2015 hat GK-Rechts-Stammgast Richard Gebhardt zusammen mit Alban Werner in der *Jungle World* vom 9. Juli 2015 veröffentlicht.¹

Jedenfalls hat der Machtkampf in der AfD auch den Zeitplan für die Veröffentlichung dieses Heftes beeinflusst: Die Geschwindigkeit der Veränderungen am rechten Rand der Gesellschaft hat in den zurückliegenden drei, vier Jahren derart zugenommen, der Takt neuer, ins Kraut schießender Erscheinungen wie Pegida, HoGeSa, AfD, massiver Proteste gegen Geflüchtete und ihre Unterbringung, christlich-fundamentalistischer, antifeministischer, rassistischer, antimuslimischer und verschwörungswirrer Massenbewegungen halten uns in Atem.

Jede Veröffentlichung ist bereits beim Erscheinen in etlichen Aspekten überholt, neue Aspekte dieser rechten Formierung im Lande finden keine Erwähnung mehr und Ausblicke wagt im Moment ohnehin kaum noch jemand. Und doch ist der Bedarf an Analyse, Einschätzung und Dokumentation ebenso dringend wie die Erörterung der atemlos gestellten Frage nach dem: „Was tun?“ Argumentationshilfe, Handlungsoptionen, Hintergrundmaterial, wissenschaftliche Behandlung und politische Expertise sind zurzeit ein gefragtes Gut und schon deshalb haben wir uns entschlossen, Ergebnisse von gleich zwei hochinteressanten Folgen des Gesprächskreises Rechts (GK Rechts) in einem Heft zu präsentieren.

In Halle standen wir Anfang Dezember 2014 gerade unter dem ziemlich niederschmetternden Eindruck der parlamentarischen Raketenstarts der AfD im Europaparlament und drei ostdeutschen Landtagen (nicht ahnend, dass zwei weitere Wahlerfolge der AfD-Rechtspopulist_innen in Hamburg und Bremen – also im Westen – kurz bevorstanden). Nicht mehr nur Anti-EU-Politik und antimuslimischer Populismus, sondern vor allem auch die Themen der „Anti-68er“ feierten fröhliche Urstände: Es geht gegen „Homo-Ehe“, Feminismus, zeitgemäßen Sexualkundeunterricht, Gender-Mainstreaming, Abtreibung

¹ <http://jungle-world.com/artikel/2015/28/52270.html>

und „Tugendterror“. Christlicher und evangelikaler Fundamentalismus gepaart mit völkisch-konservativem Familienpopulismus, Schwulenfeindlichkeit und Antifeminismus schießen zu einem rechtspopulistischen Cocktail rückwärtsgewandter Ideologeme zusammen, der jedem emanzipativ und antifaschistisch denkenden (und handelnden) Menschen bitter aufstößt. In Halle haben wir uns diesen rechts-reaktionären Kladderadatsch etwas genauer angesehen, darüber diskutiert und gemeinsam überlegt, was wir gegen diesen unappetitlichen Rollback tun können. Zumal schon zu diesem Zeitpunkt – Pegida nahm gerade erst Fahrt auf – davon auszugehen war, dass der Erfolg dieser Bewegung erst der Anfang eines tief in die Mitte der Gesellschaft reichenden rechts-konservativen Formierungsprozesses sein würde. Zwei der wichtigsten Lautsprecher dieser Bewegung, auch wenn sie sich ihr (noch) nicht zugehörig fühlen, nämlich Heinz Buschkowsky und Thilo Sarrazin, entstammen zum Beispiel keineswegs dem rechten bis völkischen Lager im Lande, sondern der Sozialdemokratie.

Und wenn Beatrix von Storch noch auf dem jüngsten AfD-Parteitag genau die oben genannten Themen erneut aufgreift, macht das deutlich, dass die AfD nicht isoliert steht, sondern eine entscheidende Rolle spielt bei den Wortfindungs- und Sagbarkeitsprozessen des rechtsnationalen Lagers im Lande: „In Essen erhielt beispielsweise die rechtskonservative Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch während ihrer Rede großen Beifall für kulturkämpferische Passagen wie jene, wonach die Politik ‚keinen Cent für Gender-Mainstreaming‘ ausgeben soll. Die AfD gleicht gegenwärtig einem Unternehmen, das während der Hochkonjunktur des eigenen Produkts statt der bewährten ‚Euro-Kritik‘ die alten Ladenhüter des Konservatismus ins Schaufenster stellt und zugleich seinen Vorstandsvorsitzenden absägt.“ Ob diese – ironisch gewendet – anti-zyklische Produktplatzierung, wie Gebhardt und Werner es sehen, sich negativ oder positiv für die AfD auswirken wird oder vielleicht sogar hilft, die frei flottierenden rechtsreaktionären Strömungen und Wähler_innengruppen einzusammeln und zu binden, wird sich zeigen. In diesem Heft jedenfalls sind drei Analysen aus dem GK Rechts in Halle bei Radio Corax enthalten, die sich genau mit diesen Phänomenen beschäftigen: **Jennifer Stange** beleuchtet die dem „rechten Aufbruch“ zugrunde liegenden Erscheinungsformen christlichen Fundamentalismus und entsprechend reaktionärer Geschlechter- und Familienpopulismen, die in eine Grauzone rechter Formierung diffundieren; **Juliane Lang** analysiert, wo „im selbsterklärten ‚Kampf gegen den Genderismus‘ und mit populistischen Forderungen zur Besserstellung ‚deutscher Familien‘ die extreme Rechte strömungsübergreifend Themen ausgemacht hat, von denen sie sich Anschluss an Diskurse im bürgerlichen Mainstream verspricht“, wie Stange sie beschreibt, darunter: „Raubtierfeminismus“, „Frühsexualisierung von Kindern“ oder „Kulturmarxismus“ bis hin zum „Mythos Multikulti“. **Sebastian Scheele** schließlich beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Feindbild „Gender“/„Gender Mainstreaming“, das im Zentrum rechter Angriffe steht: „In der Verteidigung gegenüber dieser imaginierten Hegemonie haben sich teils verblüffende Bündnisse (und ‚gefährliche Allianzen‘) gebildet, die dabei auf einen Resonanzboden von auch in Mainstream-Medien verbreiteten Polemiken etwa in FAZ und Spiegel zurückgreifen können.“

Vom GK Rechts in Rostock, wo wir im Peter-Weiss-Haus zu Gast waren, sind ebenfalls vier Beiträge und – wieder den sich überschlagenden Entwicklungen geschuldet – ein

Nachtrag zu aktuellen Ereignissen enthalten. **Sebastian Friedrich** analysiert die soziale Zusammensetzung der AfD-Anhängerschaft und liefert damit Stoff auch für kommende Debatten nach dem Essener Parteitag und den zu erwartenden Auflösungs- oder Konsolidierungserscheinungen bei der jungen Rechtspartei.

Die beiden Referenten **David Begrich** und **Felix Korsch** nehmen sich die rechte Bürger_innenbewegung Pegida vor, die uns zum Jahreswechsel bundesweit in Aufruhr versetzt hat: Zwar sagen einige, das Thema sei „rum ums Eck“, aber es ist keineswegs ausgemacht, dass Pegida schon Geschichte ist und sich nicht vielmehr in einer Phase der Veränderung und Neuformierung befindet. Immerhin – das zeigt der Nachtrag von Korsch – machen sich Pegida-Protagonist_innen wie die (letztlich erfolglose) Dresdener OB-Kandidatin Tatjana Festerling nicht schlecht auf kommunalpolitischem Terrain. Ob der „rechte Aufbruch“ in seiner Vielgestaltigkeit einen irgendwie parteiförmigen Ausdruck findet, sich über kurz oder lang in der AfD wiederfindet oder von den neonazistischen Profiteur_innen mit unklarem Ausgang noch weiter nach rechts gezerrt wird, werden wir sehen: Ideologisch jedenfalls, das wird spätestens nach Lektüre dieser Dokumentations klar, gibt es genügend Überschneidungen und Anknüpfungspunkte vom organisierten Neonazismus in Deutschland über den rassistisch-völkischen Pegida-Mob bis hin zu den rechtskonservativen Volks- und Lebensschützer_innen. Felix Korschs Beitrag hilft uns, das zu verstehen.

Und wer nicht recht an Zufall glauben mag, dass Frauke Petry gebürtige Dresdenerin ist, wird eine interessante Erörterung der Frage, ob Pegida ein ostdeutsches, um nicht zu sagen sächsisches, um nicht zu sagen ein Dresdener Problem ist oder war im Heft finden. David Begrich hat ausgehend von der Frage, welche Bedeutung die ständige Berufung von Pegida-Demonstrant_innen auf die 1989er-Revolution in der DDR und ob ihre „Wir sind das Volk“-Rufe Ausdruck einer Ost-Spezifik sein könnten, das irritierend sächsische an den (klein-)bürgerlichen Pegida-Protesten untersucht. Und auch er warnt zum Schluss noch einmal vor dem genervten Impuls, das Thema Pegida ad Acta legen zu wollen.

Den meisten Widerspruch hat sich in Rostock **Stefan Kausch** eingehandelt, der in seinem Essay – gestützt auf Rancières „Polizei“-Begriff – dem Phänomen Pegida mit seinem aufrührerischen Potenzial aus radikaldemokratischer Perspektive auch Positives abzugewinnen vermag. Eine tiefer gehende Diskussion gerade dieses Textes war in Rostock nicht möglich: Vielleicht entbrennt sie ja nun angesichts aller hier gesicherten Ergebnisse des GK. Das wäre höchst willkommen.

Andreas Waibel schließlich ventiliert für uns die Genese des Killer-Arguments „Political Correctness“ (PC): Ihrem übel riechenden Strauß rechtskonservativer bis neonazistischer Ideologieversatzstücke wie den in dieser Publikation untersuchten, also von „68er-Terror“ bis „Multikulti“, von „Deutschland schafft sich ab“ bis hin zum neonazistischen „Volkstod“, von Festerlings „Alkoholikern, grünen Männlein, Kommunisten und Kinderfickern in den Parteien“ bis hin zur „Frühsexualisierung“ und „Verschwulung“ der Gesellschaft, stellen die Akteur_innen die vermeintlich omnipräsente „Political correctness“ gegenüber, um sich mit dem Ruf „Das wird man doch wohl mal sagen dürfen!“ und dem Gestus der verfolgten Unschuld in der Rolle des/der Tabubrecher_in noch größere Wirkung zu sichern. PC wird zum (Tugend-)Terrorinstrument der Verderber_innen und Auflöser_innen der heiligen Nation und ihres gesunden Volkskörpers dä-

monisiert. Welcher ungeheuer wirksame und perfide Propaganda-Trick hinter dem PC-Kampfbegriff steckt, enthüllt Andreas Waibel in seinem Beitrag am Schluss des Heftes: Er fordert uns auf, uns argumentativ nicht länger von derartigen „Fälschungen“ ins Boxhorn jagen zu lassen.

Und das wäre schließlich Sinn und Zweck dieser Publikation: Raus aus dem Boxhorn, rein ins Gewühl, rechte Formierung entlarven und stoppen und mit den Betroffenen rassistischer Aufbrüche auf der Straße präsent sein und nicht zulassen, dass die gerade grassierende Pogromstimmung gegen Flüchtlinge und Migrant_innen im Lande wieder eine Situation wie Anfang der 1990er Jahre entstehen lässt.

Dank für die inhaltliche Bestimmung des Hallenser GK gilt insbesondere Anke Hoffstadt, Juliane Lang, Christoph Kopke und Frauke Büttner, aber auch Felix Hansen und Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin sowie Lucius Teidelbaum für ihre Beiträge dort. Für ihre Gastfreundschaft seien das wunderbare freie Radio Corax in Halle (vor allem unsere Ex-Stiftungs-Kollegin Constanze Kaplick) und in Rostock die Freundinnen und Freunde vom Peter-Weiss-Haus (besonders Stefan Nadolny) bedankt. Der GK lebt von den Orten, an denen er stattfindet und wo eben jene produktive Stimmung entstehen kann, die wir brauchen, damit der GK weiterhin ein Ort offener, kritischer und auch suchender Auseinandersetzung und Diskussion sein kann, wie wir sie dringend benötigen, um dem horrenden Takt der Unmenschlichkeit und des Rassismus' eine laute, streitbare und linke Stimme entgegensetzen zu können.

Der GK Rechts ist eine offene, aber nicht öffentliche Veranstaltung, an der teilzunehmen eine Anmeldung erfordert. Wer in unsere Diskussionen in dem beschriebenen, quasi „geschützten Rahmen“ mit einsteigen will, mag eine Mail an burschel@rosalux.de mit Angaben zu Person, Hintergrund und Motivation schicken, um in den Verteiler aufgenommen zu werden, über den im Wesentlichen die Einladungen versandt werden.

Für die kritische Durchsicht der druckbereiten Texte bin ich der geschätzten Kollegin Nora Zirkelbach sehr verbunden: Sie hat noch jede Menge übersehene Fehler zutage gefördert und wertvolle Anregungen gegeben.

Aufschlussreiche Lektüre wünscht der Herausgeber.

Friedrich Burschel

Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit

Aktuelle Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema:

- Andreas Kemper: „... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebenzig Jahren befinden“. Die Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD), Juni 2015. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/41527>
- Lucie Billmann (Hrsg.): „Unheilige Allianzen“. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, Mai 2015. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/41518>
- Horst Kahrs: Zerfall des Mythos von der „Mitte“ – Ausbreitung eines «sozialen Nationalismus», Standpunkt, Januar 2015. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/41034>
- Max Lill: Rechtspopulistische Früchte der Vermarktlichung. Ressentiments und Konzepte der Ausgrenzung verfestigen sich. Standpunkte 4/2015. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/41101>
- Ders.: Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen im Alltagsbewusstsein der Deutschen. Empirische Befunde und Erklärungsansätze, Januar 2015. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/41038>
- Gerd Wiegel: Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland? Die AfD und die Bundestagswahl 2013. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/39896>
- Felix Korsch/Volkmar Wölk: Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“. Analyse von Felix Korsch und Volkmar Wölk. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Dezember 2014. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/40320>
- Lucius Teidelbaum: Das rechtspopulistische Potenzial der „Alternative für Deutschland“, März 2014. Download unter: <http://www.rosalux.de/publication/40243>

Die frommrechte Revolte

Es herrscht Aufbruchsstimmung am rechten Rand in Deutschland unter christlichen Fundamentalist_innen, Lebensschützer_innen und Rechtspopulist_innen

VON JENNIFER STANGE

Gesundheitsminister Hermann Gröhe von der CDU freut sich bei einem Spitzentreffen mit der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) darüber, dass diese als Christ_innen „politischer geworden sind“.

Der Dachverband der Evangelikalen, dem sich laut eigenen Angaben 1,3 Millionen streng gläubige Christ_innen in Deutschland zugehörig fühlen, verkündet: Genau das sei Gottes Wille. Er würde seine Leute in die Politik schicken, damit „sein befreiender Einfluss und seine gerechte Macht“ gerade auch dort „zunehmend sichtbar“ würden, heißt es auf der Internetseite der Allianz, auf der es unübersehbar sehr viel um Politik geht.

Auch aus ihrem Lobbybüro im Bundestag heraus unterhält die Allianz seit jeher gute Beziehungen zu Spitzenpolitiker_innen der Unionsfraktion. Volker Kauder und sogar Angela Merkel waren schon zu Gast auf der Jahreskonferenz der Allianz am opulenten, mit öffentlichen Mitteln geförderten Sitz im thüringischen Bad Blankenburg.¹

Dabei dürften die politischen Visionen der Allianz gerade für Merkels CDU nur bedingt Grund zur Freude sein. Denn die DEA wünscht sich eine entlang der Zehn Gebote ausgegerichtete Gesellschaft und ein kompromissloses Bekenntnis zu christlichen Privilegien. „Auch wenn und gerade weil in unserem Volk Glaubens- und Gewissensfreiheit herrscht, ist die bewusste Bejahung der Verantwortung vor diesem Gott ein Staatsziel“,² insistiert die Allianz.

Der Marsch auf die Politik

Entsprechend lesen sich die Wahlprüfsteine der DEA. Den Zehn Geboten entsprechend sind es immer genau zehn Prüfsteine, die von der Allianz zu jeder größeren Wahl herausgegeben werden. Sie stellen nicht unbedingt aktuelle, sondern vorgeblich für Christ_innen

¹ Rund 1,5 Millionen Euro Fördermittel hat die Evangelische Allianz für den Bau aus Städtebaufördermitteln aus dem Bund-Länder-Programm bis 2012 erhalten. Siehe Antwort auf Kleine Anfrage der MdL Katharina König (Die LINKE) im Thüringer Landtag, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/7776, 14.5.2014.

² In der Präambel des deutschen Grundgesetzes heißt es: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Dieser Gottesbezug ist umstritten. Gegner_innen sehen darin einen Widerspruch zur staatlichen Neutralität und eine Verletzung des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche. Andere behaupten, der Präambel-Gott sei nicht als spezifische Parteinahme für einen Glauben zu verstehen und habe auch keine religiöse Fundierung der Verfassungsnormen zur Folge, ebenso wenig biete er eine Ausnahme vom Prinzip der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates. Anders- und Nichtgläubige seien durch die Präambel weder zur Annahme des christlichen Gottesbildes noch zur Bejahung des christlichen Staatsbildes verpflichtet. In politischen Debatten wird der Gottesbezug allerdings als Hinweis auf die enge Verbindung von europäischer Kultur und Christentum oder als Bezugnahme auf die christliche Mehrheit im Verfassungsvolk verstanden. Auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Politiker_innen fügt ihrem Amtseid den Nachsatz „So wahr mir Gott helfe“ an, obwohl der Eid auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden kann. Bodo Ramelow, der erste Ministerpräsident der Partei Die LINKE, ist einer der wenigen (neben Oskar Lafontaine, Otto Schily, Walter Riester, Edelgard Bulmahn, Bodo Hombach, Joschka Fischer und Jürgen Trittin), die auf diese Formel beim Amtsantritt verzichteten.

wichtige Themen ins Zentrum. Am jeweiligen Gebot angelehnt wird kurz der angebliche katastrophale Istzustand der Gesellschaft umschrieben und darauf folgen dann zumeist geschlossene Suggestivfragen, die von Gläubigen an Kandidat_innen gestellt werden sollen, bevor man seine Stimme vergibt. Hier eine Auswahl³:

- Was wollen Sie tun, dass im Hinblick auf das Toleranzgebot die Wahrheitsfrage des christlichen Glaubens, christliche Mission und christliche Ethik weiter offensiv vertreten werden dürfen (Stichwort: Antidiskriminierungsgesetz!)?
- Wollen Sie dafür sorgen, dass künftig Gotteslästerung und Verunglimpfung des christlichen Glaubens, auch in der Kunst und in den Medien, unterbunden werden?
- Sind Sie bereit, insoweit die Freiheit zur öffentlichen Meinungsäußerung einzuzugrenzen?
- Wollen Sie das Lebenspartnerschaftsgesetz wieder zurücknehmen?
- Wie stehen Sie zur Forderung innerhalb der Europäischen Union, in allen Ländern ein Recht auf Abtreibung zu installieren?
- Was gedenken Sie zu tun, um diese Tötungen einzudämmen?
- Sind Sie bereit, Gesetzesvorhaben danach zu beurteilen, ob sie mit den biblischen Grundlagen und dem christlichen Menschenbild übereinstimmen?

Die Einlassungen zu angeblich katastrophalen Zuständen und der jeweils anschließende Fragenkatalog lesen sich, als ginge es darum, die Errungenschaften der Aufklärung und der Säkularisierung als eigentliches Übel schlichtweg zu entsorgen.

Ein Duktus, der für die sogenannten christlichen Volkskirchen gegenwärtig undenkbar ist. „Das Verhältnis von Kirche und Staat in der Bundesrepublik Deutschland beruht auf dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der strikten rechtlichen und organisatorischen Trennung“⁴, hält die katholische Deutsche Bischofskonferenz fest und bei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) heißt es: „Er [der Staat] trifft in diesem Zusammenhang keine autoritativen Entscheidungen, und er identifiziert sich mit keiner Religion, Konfession oder Weltanschauung. Das Urteil über letzte Wahrheiten belässt er den Einzelnen und ihren Kirchen und Religionsgemeinschaften.“⁵ Die Kirchen wollen sich als eine unter anderen gesellschaftlichen Gruppen in den demokratischen Rechtsstaat einordnen. Sie fahren natürlich trotzdem einen Schlingerkurs, sie beanspruchen Sonderrechte, machen Ansprüche auf staatliche Leistungen aus Rechtstiteln geltend, deren Ursprung in Zeiten zu suchen ist, in denen Kirche und Staat noch nahezu eins waren etc. Auch sie betonen das christliche Erbe, das weniger an den aktiven Glauben gebunden sondern ihrer Vorstellung nach Teil der bestehenden europäischen Kultur ist. Ein politischer Führungsanspruch, die Idee eines Gottesstaates allerdings, hat sich für beide Kirchen längst historisch erledigt.

Der Glaube, für den die Allianz steht, unterscheidet nicht zwischen religiöser Gewiss-

³ Exemplarisch wird im Folgenden aus den Wahlprüfsteinen zur Wahl des Europaparlaments 2014 zitiert.

⁴ Deutsche Bischofskonferenz: Kirche und Staat, <http://www.dbk.de/katholische-kirche/katholische-kirche-deutschland/aufbau-ktah-kirche/kirche-staat/>, 20.6.2015

⁵ Zum Verhältnis von demokratischem Rechtsstaat und Christentum im Rahmen des Grundgesetzes. Erklärung des Rates der EKD, EKD-Text Nr. 63, 1997. http://www.ekd.de/EKD-Texte/christentum_1997_politik1.html, 20.6.2015

heit und staatsbürgerlichen Freiheiten. Hartmut Steeb, Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, ist eine der Schlüsselfiguren der evangelikalen Bewegung in Deutschland und steht wie kein anderer seit Beginn der 1990er Jahre für den Marsch christlich-fundamentalistischer Gesellschaftskritik in die Politik.⁶

Im Jahr 2005 veröffentlichte er den Appell „Wir mischen mit“ im Evangelikalen-Blatt *Eins*: Die Anhänger sollten „in Parteien mitarbeiten und dort biblisch-ethische Wertmaßstäbe bewusst einbringen“, bereit sein „zur Übernahme öffentlicher Verantwortung in Haus, Schule, Betrieb, Bezirksbeirat, Stadtrat, als Schöffe“, „den Mund auf tun im persönlichen Umkreis, im Unterricht, im Betrieb, bei Veranstaltungen, im Gespräch mit politisch Verantwortlichen“ und „Leserbriefe an Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunkanstalten und Fernsehsender schreiben“.

Steeb selbst geht in diesem Sinne mit bestem Beispiel voran. Seit 2005 engagiert er sich als Jugendschöffe. Er ist häufiger Gast in Talkshows des öffentlich-rechtlichen Fernsehens vor allem zu familienpolitischen und sexualmoralischen Fragen sowie zu Themen rund um den Islam und seine Stellung in Deutschland.⁷

Sein Hauptsprachrohr ist das Zentralorgan der Evangelikalen Bewegung die Evangelische Nachrichtenagentur „idea“. Hier sitzt Steeb auch im Vorstand.⁸

Trotz radikaler Positionen gelingt es ihm, sich betont vornehm als ethisch-moralische Instanz der Mitte der Gesellschaft zu inszenieren. Als Mann mit richtigen, weil von gottgegebenen Werten und Prinzipien, die über eine schnöde Einordnung entlang des politischen Spektrums erhaben sind. Dennoch gab es in der Vergangenheit immer wieder Bekenntnisse zur CDU. In vielen Fragen gäbe es laut DEA-Präsident Michael Diener nennenswerte Schnittmengen zwischen den Positionen der Allianz und der Union. Andererseits nimmt der Evangelische Arbeitskreis der Union für sich in Anspruch, den Evangelikalen

⁶ Seit 1988 ist er Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz und wurde später Geschäftsführer des Evangelischen Allianzhauses Bad Blankenburg gGmbH. Steeb gilt außerdem als Mitgründer des Evangelisationswerks ProChrist, war 1996 und 2002 Vorstandsmitglied vom Christival, er gilt als Impulsgeber des „Pavillons der Hoffnung“, des gemeinsamen Auftritts evangelikaler Christ_innen bei der EXPO 2000 in Hannover (Deutschen Evangelischen Allianz, World Vision Deutschland, CVJM), stellvertretender Vorsitzender der Lausanner Bewegung Deutschland (europäischer Zusammenschluss der Evangelikalen), Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen, dem Bundesverband Lebensrecht bis 2014, der Evangelischen Nachrichtenagentur „idea“ und war Gründungsvorstandsmitglied des weltweiten Netzwerks „Willow Creek Deutschland“ (wurde in den USA gegründet), einem missionarischen Schulungsnetzwerk für christliche Führungskräfte (Leaderchip), die ihr Wissen im Rahmen der Kirchen- und Gemeindearbeit umsetzen sollen.

⁷ In gängigen Print- und Onlinemedien ist Hartmut Steeb weit weniger gefragt. Hier werden eher Vertreter_innen der Volkskirchen herangezogen. Vermehrt kommt Steeb natürlich in christlichen Medien zu Wort, aber auch in konservativen bis rechtspopulistischen Medien. Für die *Junge Freiheit* sind Steeb und die „idea“ zum Teil Stichwortgeber für die Berichterstattung. Leider gibt es zu dem Wechselverhältnis von rechtskonservativen und rechtspopulistischen Medien und konservativen bis fundamentalistischen Christ_innen keine umfassende empirische oder medienwissenschaftliche Untersuchung. Mit Schwerpunkt auf der *Jungen Freiheit* u.a. die Rolle der Evangelikalen siehe: Stephan Braun, Ute Voigt (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007 und Regina Wamper: Evangelikale in der Jungen Freiheit. Das Kreuz mit der Nation: Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit, Münster 2008.

⁸ Eine rechtliche Verbindung zwischen „idea“ und der Allianz besteht offenbar nicht, umso stärker sind die personellen Verflechtungen: Agenturchef Helmut Matthies war zeitweise ehrenamtliches Vorstandsmitglied der DEA und Steeb sitzt im Vorstand von „idea“.

in den 1970er Jahren den Weg in die CDU gebahnt zu haben.⁹

Aber die Evangelikalen ärgern sich über eine CDU, die Alice Schwarzer für die Bundesversammlung aufstellt, die (den als liberalen Protestanten geltenden) Joachim Gauck zum Bundespräsidenten wählt und eine Unions-Kanzlerin, die 2006 ein Grußwort zum CSD nach Stuttgart schickt. Steeb nannte das aktive Unterstützung von „Homosexualität und Lesbentum“, wodurch das Vertrauen in die Politik geschwächt werde und was ganz allgemein nicht gut sei für die Zukunft des Landes.¹⁰

Doch seit Jahren verliert die CDU bei frommen Christ_innen an Boden, je weiter sie konservative Positionen räumt und je mehr sie sich von autoritären und patriarchalen Gesellschaftsidealen und bornierten Leitkultur-Debatten entfernt. Eine Tendenz, die sich wohl weiter fortsetzen wird, wenn der *Welt*-Autor Richard Herzinger mit seiner These recht behält, dass die Union nie die Partei eines Backlashs sein will und wird.¹¹

Parallel dazu sind die Evangelikalen parteipolitisch zusehends weniger auf die CDU festgelegt als noch vor zehn Jahren. Sie sind gut vernetzt. Konservative Protestant_innen wären „programmatisch so einflussreich wie nie“, meint die Wochenzeitung *Christ&Welt*. Wolfgang Baake¹², Beauftragter der DEA am Bundestag in Berlin behauptet, seine Kontakte reichten von rechtskonservativ bis zu den Grünen – nur zur Linkspartei pflege er keine Beziehungen.¹³ Die AfD hatte sich damals erst gegründet.

Das Goldene Kalb

Es herrscht Aufbruchsstimmung am rechten Rand in Deutschland. Innerhalb weniger Jahre hat sich mit der Alternative für Deutschland (AfD), der rasant wachsenden Prolife-Bewegung, der Initiative „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ und der Pegida-Bewegung ein neues politisches Milieu herausgebildet und erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat hier auch eine religiöse Rechte ihren festen Platz.

Das Goldene Kalb dieser Bewegung ist das christliche Abendland. Ein Mythos, ein Kampfbegriff seit eh und je, der sich je nach politischer und historischer Großwetterlage gegen die orthodoxe Kirche, den Islam oder den Bolschewismus richtete und seit dem 20. Jahrhundert wohl kaum ohne Oswald Spengler gedacht werden kann. Einem Vordenker des Nationalsozialismus, der in seinem Werk „Untergang des Abendlandes“ (1918) den Verfall in Konkurrenz zu den demokratischen und kapitalistischen Staaten einerseits und zum bolschewistischen Osten andererseits prophezeite. Er war auch Stichwortgeber für Hitler, der die Wehrmacht 1943 „bis zur letzten Patrone“ für die „Verteidigung des

⁹ Die Fromme Macht, in: *Christ & Welt*, Ausgabe 49/2012.

¹⁰ http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=279102, 20.6.2015; im Jahr darauf verzichtete Merkel auf ein Grußwort an den Stuttgarter CSD.

¹¹ Richard Herzinger: Eine klassisch-konservative Partei war die CDU nie, in: *Die Welt*, 20.3.2013

¹² Wolfgang Baake forderte 2009 den Rücktritt des Direktors der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Die Einrichtung war damals Mitherausgeberin einer Schüler_innenzeitung, die sich kritisch mit Workshops zu Heilbarkeit von Homosexualität und Abtreibung auf dem Christival in Bremen 2009 auseinandersetzte. Daran nahm u.a. die DEA Anstoß. Ein medialer Shitstorm gegen den jungen Autor der Schüler_innenzeitung und den Direktor der BpB, der den Beitrag anfangs lobte, waren die Folge. Damit wurde Baake vom ARD-Medienmagazin ZAPP konfrontiert. Der Sprecher der DEA verteidigte die Anfeindungen als Kritik und distanzierte sich auch nicht von dem Ausmaß der Aggressivität und Heftigkeit der Anwürfe gegen den Schüler.

¹³ Die Fromme Macht, in: *Christ & Welt*, Ausgabe 49/2012.

Abendlandes“ gegen den gottlosen Bolschewismus kämpfen ließ. Selbst im Kalten Krieg sollte der Begriff des Abendlands noch Europa gegen den Ostblock verbinden. Nach Ende der Ost-West-Konfrontation wurde es ruhiger um den Begriff, abgesehen von Nationalkonservativen und Rechten nahmen ihn kaum jemand in den Mund. Erst nach den Terroranschlägen in den USA von 2001 erlebte Spengers apokalyptische Vision in Samuel Huntingtons Kulturkampftheorem seine Auferstehung. Die Debatten um den „Clash of Civilizations“, in dem Kulturen plötzlich zu eigenständigen Akteurinnen der Weltpolitik stilisiert und Szenarien entworfen wurden, in denen sich die westliche gegen die restliche Welt verteidigen muss, beeinflussen bis heute massiv die Perspektive auf globale Konflikte und letztlich auch Debatten um den Islam, Muslim_innen und andere Minderheiten hierzulande.¹⁴ Das primitiv-naturalistisch gedachte, kulturalistische Deutungsschema Huntingtons nährt nicht zuletzt die Kernideologie der Neuen Rechten. Sie hat den alten biologistischen Rassismus durch kulturalistische Polarisierungen erneuert und bringt das Christentum, als Herzstück des Abendlands neu in Stellung. Und eben diese Vorstellung wird mithilfe des neuen politischen Milieus salonfähig, oder – wenn man so will – findet ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft.

Hauptsächlich an zwei Fronten wird derzeit gegen den Untergang des Abendlands gekämpft. Einerseits im Dienst der traditionellen und heiligen Familie: Man sieht sie in Gefahr durch einen als Orientierungslosigkeit verstandenen Wertpluralismus, eine Vielfalt gesellschaftlicher Lebensentwürfe und durch das, was Genderismus genannt wird. Als Agent_innen der Zerstörung gelten Feminismus, die 68er und die Linke.

Andererseits geht es um die Verteidigung der Vormachtstellung einer christlichen Kultur in Deutschland und Europa. Sie, so die Vorstellung, ist dem Untergang geweiht, wenn Etabliertenrechte und damit verbundene Privilegien gegenüber anderen Kulturen und Religionen – vor allem dem Islam – abgebaut werden.

Beide Untergangsszenarien sind nicht neu. Die Sorge um die Zerstörung der Familie plagt Konservative seit Beginn der Moderne, die Überfremdungsängste werden stets und nachhaltig von staatlicher Seite provoziert, bis sich offener Rassismus Bahn bricht oder sich lieber veredelt sieht in der Idee des Kulturkampfes.

Nur aus eigenem Missgeschick fehlte der Neuen Rechten oder auch den Rechtspopulist_innen in Deutschland lange eine entsprechende Bewegung oder Parteien und die zugehörigen Anführer_innen.¹⁵ Vordenker_innen gibt es aber schon lange. Sie schreiben Blogs und Bücher für ein erschreckend großes, aber bisher atomisiertes, nicht mobilisiertes oder gar unorganisiertes Publikum. An dieser Stelle nur eine kleine Auswahl: Gabriele Kuby, die „Jeanne d’Arc des geheiligten, lustfreien Zeugungsaktes und Gralshüterin okzidentaler Heterosexualität“, wie der Kolumnist Wolfgang Brosche¹⁶ sie bissig aber tref-

¹⁴ Siehe hierzu: Martin Riesebrodt: Die Rückkehr der Religion. Fundamentalismus und der Kampf der Kulturen. München 2000; Christoph Butterwegge: Fundamentalismus und Gewalt als Grundmuster der Weltpolitik?, in: Wolf-Dietrich Bukow, Markus Ottersbach (Hrsg.): Fundamentalismusverdacht: Plädoyer für eine Neuorientierung der Forschung im Umgang mit allochthonen Jugendlichen. Opladen 1999.

¹⁵ Während in den europäischen Nachbarländern die österreichische FPÖ, der französische Front National, die Schweizer SVP, die niederländische Partij voor de Vrijheid, der belgische Vlaams Belang und seit Kurzem so sogar in Skandinavien die Dansk Folkeparti gegen die drohende Unterwerfung durch den Islam kämpfen.

¹⁶ Wolfgang Brosche: Schwuler Re-Reaktionismus, in: The European, 18.4.2015,

fend beschreibt, ist eine von ihnen. Als besonders einflussreich gilt ihr Schreckenspamphlet „Die globale sexuelle Revolution“. Kuby deckt darin eine homosexuelle Weltverschwörung auf, die der altbekannten, angeblich jüdischen Verschwörung in nichts nachsteht. Kuby nacheifernd, zählt auch Birgit Kelle in den Reigen derjenigen, die hier nur behelfsweise Denker und Denkerinnen genannt werden sollen. Kelle wiederum denunzierte Judith Butler als „Lesbe und Jüdin“, genießt aber vor allem aufgrund ihrer pseudojournalistischen Spiegelfechtereien gegen Feminismus und Genderforschung Aufmerksamkeit.

Islamfeinde und Anti-Muslim_innen krönten sich einen sozialdemokratischen Helden: Thilo Sarrazin feierte das Blog Politically Incorrect¹⁷ und viele andere gleicher politischer Färbung als Retter des Abendlandes. Er, der in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ (2010) eine Katastrophe beschwört, die dem Untergang des Abendlandes sehr nahe kommt, konnte in Dresden, einer Stadt, in der lange politisches Desinteresse und Apathie jede Debatte wenn nicht erstickte, so aber doch erfolgreich verschleppte oder verklärte, im Jahr 2011 rund 2.500 Menschen zu seiner Lesung (zwölf Euro Eintritt) locken.

Anekdoten des Schreckens

Vier Jahre später begann hier Pegida und trug einen vulgären Abendland-Mischmasch aus rechtspopulistischen, antiislamischen und antimodernistischen Elementen und dergleichen auf die Straße. Sarrazin ebenso wie Kuby sind die geistigen Galionsfiguren dieser Bewegung, die in Gestalten wie Lutz Bachmann, Kathrin Oertel und später Tatjana Festerling ihre Wiedergänger gefunden haben. Lutz Bachmann nahm ausgerechnet eine kleine Kundgebung von Kurd_innen in der Dresdner Fußgänger_innenzone gegen den IS zum Anlass, eine Organisation zu gründen, die sich „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ nennt, und genießt mehr als ein halbes Jahr später bundes-, wenn nicht europaweite Aufmerksamkeit. Tatjana Festerling hetzt gegen „Schwulenterror“ und „verkorkste Gendertanten“, die „mit überzogenem Sexualseiß unsere Kinder traumatisieren wollen“.¹⁸ Mit diesen Lachnummern erreichte sie bei den Bürgermeisterwahlen in Dresden aus dem Stand zehn Prozent (vgl. die Beiträge von Felix Korsch in diesem Heft).

<http://www.theeuropean.de/wolfgang-brosche/10039-edouard-louis-roman-das-ende-von-eddie>, 20.06.2015.

¹⁷ Der angebliche Gründer des Blogs, Stefan Herre, übergab die Verantwortung für die Seite laut Medienberichten an die Schweizer Pfarrerin Christine Dietrich. Die kündigte daraufhin 2011 ihren Rückzug aus dem Blog an. Über Gründer und Betreiber wird grundsätzlich viel Geheimniskrämerei gemacht, laut Herre wird das Blog auf einem Server im Ausland gehostet, siehe u.a.: Steven Geyer, Jörg Schindler: „Politically Incorrect und die Neue Rechte“, in: Frankfurter Rundschau, 23.9.2011, <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/-politically-incorrect—die-islamhasser-bitten-zur-kasse,10834438,10888022,view,asFirstTeaser.html>, 5.7.2015; Yassin Musharbash: „Demagogie im Netz: Allianz der Islamophoben“, in: Spiegel online, 30.5.2008:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/demagogie-im-netz-allianz-der-islamophoben-a-556292.html>, 5.07.2015; Philipp Dahm: „Eine schrecklich hasserfüllte Familie“, in: 20 Minuten, 20.9.2011:

<http://www.20min.ch/myvote/news/story/Eine-schrecklich-hasserfuellte-Familie-13541990>, 05.07.2015

¹⁸ Alan Posener: Dresdens „Lady Bitch Rechts“, in: Die Welt, 20.4.2015,

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article139743636/Dresdens-Lady-Bitch-Rechts.html>, 4.07.2015.

„Jesus hätte gekotzt, hätte er euch getroffen“

Zurück zu den „Gida“-Strömungen und ihren christlichen Mitstreiter_innen. Natürlich war die Teilnahme von Christ_innen an Pegida-Demonstrationen in Kirchenkreisen nicht unumstritten und selbstverständlich gab es auch entschiedene Gegner_innen dieser Bewegung unter ihnen.¹⁹ Viel bemerkenswerter ist allerdings, dass christliche Symbole und auch Christ_innen fester Bestandteil dieser Bewegung waren und womöglich sind.

Allein visuell boten die Aufmärsche dafür ausreichend Indizien. Schon bei der HoGeSa-Kundgebung in Köln wurde eine rote Flagge mit einem gelb umrandeten, schwarzen Kreuz geschwungen, die auch bei Pegida und den bundesweiten Ablegern sowie Protesten gegen Asylbewerberunterkünfte regelmäßig auftaucht. Es ist die „Wirmer-Flagge“, benannt nach ihrem Erfinder Josef Wirmer, einem katholischen Zentrumspolitiker, der zum Stauffenberg-Unterstützerkreis gezählt wird. Die Fahne wird heute in rechten Kreisen unter anderem von der Naziorganisation „Deutsches Kolleg“ verwendet.²⁰ Politically Incorrect empfiehlt sie als Symbol „für die Selbstbestimmung der Deutschen statt ausländischer Fremdherrschaft“ und als „Antwort der Widerstandskämpfer auf einen unchristlichen Staat“.²¹ Pegida verschaffte diesem Symbol eine nie da gewesene Popularität. Auch die schwarz-rot-goldenen, mit Lichterketten umrahmten Kreuze, die auf den Dresdener und auch Leipziger Demonstrationen in die Höhe gereckt wurden, sind ein politisches Novum.²² Dennoch wurde die Frage, ob diese rechte Bewegung tatsächlich Glaubenskampf im Sinne des Christentums auf die Straße trägt, medial gänzlich vernachlässigt.²³

Offizielle Kirchenvertreter_innen war vor allem das Kreuz ein Dorn im Auge, für sie waren das „Gotteslästerung“ und „Missbrauch“. Schnell wurde behauptet, dass allein aufgrund der demografischen Zusammensetzung im Osten ohnehin nur wenige Christ_innen dieser Bewegung nachlaufen würden. Das Medienunternehmen „idea“ behauptet hingegen, dass der Zulauf aus der Evangelischen Landeskirche Sachsen (EVLKS) am größten sei.²⁴

Lange changierten die Volkskirchen zwischen Sprachlosigkeit, dezenter Ablehnung, Warnung vor pauschalen Verurteilungen der Teilnehmer_innen, Aufrufen zur „konstruktiven“ Auseinandersetzung, zu uneingeschränkter Nächstenliebe und Verständnis. Der

¹⁹ Rund 50 Personen aus dem Umfeld der linksliberalen, innerkirchlichen „Kirche von unten“ erteilten Pegida in einem Aufruf eine besonders deutliche Absage. Siehe: „Pegida – Nie wieder! Ein Weihnachtsgruß von Neunundachtzigern an die Mitläufer der rechten Aufmärsche in Dresden“, in: Neues Deutschland, 23.12.2014, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/956430.pegida-nie-wieder.html>, 5.7.2015.

²⁰ Inwieweit es in der Ideologie des Deutschen Kollegs tatsächlich Anknüpfungspunkte bzw. Bezüge auf das Christentum gibt, vermag an dieser Stelle nicht geklärt zu werden. Nicht zuletzt, weil der Informationsstand zu dieser Vereinigung sehr vage und häufig veraltet scheint.

²¹ Was ist das eigentlich immer für eine Fahne mit Kreuz bei Pegida und Co.?, <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/service-was-ist-das-eigentlich-immer-f%C3%BCr-eine-fahne-mit-kreuz-bei-pegida-und-co-9970>, 20.6.2015.

²² Dieser eindeutige Bezug auf das Christentum ist wohl eines der stärksten Unterscheidungsmerkmale der neuen Rechten zu Gruppierungen, Aufmärschen und dergleichen, die von eher „klassischen“ Nazis organisiert werden. Sie sind in der Regel darauf bedacht, Bräuche jenseits des „Judäo-Christentums“ zu kultivieren, orientiert am sogenannten Neuheidentum, Germanentum oder der Esoterik.

²³ Eine erfreuliche Ausnahme ist hier der Beitrag von Per Hinrichs: „Christen und Pegida eint die Angst vor dem Islam“, in: Die Welt, 18.1.2015, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article136484713/Christen-und-Pegida-eint-die-Angst-vor-dem-Islam.html>, 5.7.2015.

²⁴ Pfarrer-Auftritt „im Sinne von Pegida nicht vorstellbar“, 21.1.2015: <http://www.idea.de/freikirchen/detail/pfarrer-auftritt-im-sinne-von-pegida-nicht-vorstellbar-89363.html>, 5.7.2015

sächsische Landesbischof Jochen Bohl äußerte sich Anfang Dezember 2014 erstmals „besorgt über die wachsende Beteiligung“ bei den Demonstrationen in Dresden. Als würde es weder Gesetze noch Grenzregime geben, ließ er ebenfalls verlauten, dass es „Regeln“ und eine „Steuerung“ der Zuwanderung geben müsse. Dankbar sei er aber auch für diejenigen in der Kirche, die „Flüchtlingen als Menschen“ begegneten und hülften.²⁵ Gegenüber der „idea“ bekräftigt er im Januar 2015 nochmals seine Ablehnung, sprach aber auch hier wieder von nicht näher benannten „Fehlern“, die bei der Einwanderung gemacht worden seien und bemängelte eine „ungute Entwicklung in der Medienlandschaft“, ließ aber offen, was er damit meinte.²⁶

Deutlich kritisch gegenüber den ablehnenden Äußerungen seitens der Kirche äußerte sich der ehemalige Oberkirchenrat Harald Bretschneider aus Dresden. Diese Menschen würden sich gegen die „verbreitete Arroganz und Überheblichkeit in der Politik“ wehren, sagte er. Falsch sei, nicht mit ihnen das Gespräch zu suchen und stattdessen „über eine Genderquote in Aufsichtsräten“ zu diskutieren.²⁷ Ähnlich äußerte sich auch Michael Inacker, Vorsitzender der Internationalen Martin Luther Stiftung: „Wer seine Werte und seine christlichen Wurzeln nicht mehr kennt, sie infrage stellt oder nicht pflegt“, müsse sich nicht wundern, wenn die Tagesordnung von Pegida oder dem Islam bestimmt werde. „Warum schalten die Kirchen die Lichter am Kölner Dom oder anderswo nicht bei anderen Themen aus?“, fragt sich Inacker weiter. Anlass genug würde Thüringen bieten, wo „SED-Nachfolger mit klarem anti-kirchlichen Programm“ die Regierung stellen würden.²⁸

Die katholische Wochenzeitschrift *Christ in der Gegenwart* aus Freiburg schlug sich direkt auf die Seite der patriotischen Europäer_innen. Sie behauptete, der islamische Untergrund sei möglicherweise mächtiger als einst die RAF. „Heilige Krieger“ würden als Kriegsflüchtlinge getarnt hier untertauchen und unbehelligt Aktivist_innen rekrutieren. Die Kritik am „Rassismus“ der Pegida-Bewegung sei deshalb entweder „naiv oder einfach nur frech“.²⁹

Vereinzelt sprachen sich Pfarrer sogar für die Teilnahme an Pegida-Demonstrationen aus. Paul Spätling trat sogar bei einer Pegida-Demonstration im Januar in Duisburg auf. Daraufhin wurde ihm seitens des zuständigen Bistums die Predigtbefugnis entzogen, was wiederum für Unmut und Unverständnis in christlichen Onlineforen sorgte. Offiziell hat die katholische Kirche allerdings nicht zu Pegida und Co. Stellung bezogen.³⁰

An der Spitze des Pegida-Ablegers in Frankfurt am Main stand die evangelikale Christin Heidi Mund. Sie gilt in der evangelikalen Szene der Mainmetropole als gut vernetzt

²⁵ epd: Bischof Bohl besorgt über Pegida-Demos, Meldung vom 4.12.2014: http://www.ekd.de/aktuell_presse/96656.html, 5.7.2015.

²⁶ „Dürfen Christen bei Pegida mitmachen?“, 15.1.2015: <http://www.idea.de/spektrum/detail/duerfen-christen-bei-pegida-mitmachen-89266.html>, 5.7.2015.

²⁷ „Pegida-Demonstranten sind keine ‚Schande‘“, 18.1.2015: <http://www.idea.de/thema-des-tages/artikel/pegida-demonstranten-sind-keine-schande-83096.html>, 5.07.2015.

²⁸ Michael Inacker: Unser Land hat seinen Kompass verloren, 19.1.2015: <http://www.idea.de/spektrum/detail/unser-land-hat-seinen-kompass-verloren-89336.html>, 5.7.2015.

²⁹ Zitiert nach: idea <http://www.idea.de/frei-kirchen/detail/altbischof-christliche-symbolle-bei-pegida-demos-sind-pervers-89169.html>, 5.7.2015.

³⁰ Frank Patalong: Katholische Kirche: Diskret gegen Pegida, in: Der Spiegel, 23.1.2015, <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/katholische-kirche-gegen-pegida-keine-position-aber-haltung-a-1014137.html>, 5.6.2015.

und soll mehrere „Jesus-Märsche“ sowie Demonstrationen für Religionsfreiheit organisiert haben. Bei öffentlichen Auftritten schmückt sie sich mit einer Deutschlandfahne mit der Aufschrift „Jesus Christus ist Herr“.³¹ Der Leitungskreis der Evangelischen Allianz Frankfurt distanzierte sich von Mund und rief sogar zu Gegenprotesten auf – eine Ausnahme in evangelikalen Kreisen.

Zwar hatte auch DEA-Präsident Michael Diener dazu aufgefordert, nicht an Pegida-Demonstrationen teilzunehmen. Allerdings hielt auch er es für illegitim, „alle Menschen, die bei Pegida mitlaufen, als Nazis zu verunglimpfen“.³² Eine sehr bekannte rhetorische Figur: eine falsche Behauptung, nämlich die, dass gegen die Protestler_innen durchweg die Nazi-Keule geschwungen werde, in den Raum zu stellen, um den angeblich Geschmähten dann die Hand zu reichen und dabei noch ebenso diffus die sogenannte Kritik wiederzugeben.

Tatsächlich wurde selten soviel über angeblich berechnete Ängste von „besorgten Bürgern“ gesprochen wie in Zeiten von Pegida. In einem derartigen Ausmaß, dass sich die Anführer_innen selbst zwischenzeitlich genötigt sahen, zu betonen, dass sie sich nicht vereinnahmen lassen würden.³³ Niemandem – außer Kindern vielleicht – wird mit soviel Verständnis und Nachsicht begegnet wie dieser Bewegung. Nirgends wurde dies deutlicher als in Günther Jauchs Talksendung, die sich im Wesentlichen dem Verständnis für Katrin Oertel widmete. Die „ganz normale Frau“ aus dem ganz normalen Volk, wie Jauch sie vorstellte, konnte unwidersprochen behaupten, nicht Anführerin einer „ausländerfeindlichen“ Organisation zu sein, obwohl der Einspieler von Hass und Hetze auf den Demos das Gegenteil bezeugte. Und die Sache mit der „Islamisierung“? Man ließ Oertel mit der Behauptung davonkommen, man sei inzwischen weiter, es gehe um den „Problemstau in der Politik“ und all die Themen, die „tabuisiert“ würden: Ausländer, Integration und Asyl. Schützenhilfe erhielt sie von Alexander Gauland von der AfD, als er die steile These aufstellte, das Demonstrationsverbot der Pegida-Demo am 19. Januar 2015 sei der „Beginn der Islamisierung“. In der Tat wurde es mit einer „islamistischen Terrordrohung“ begründet. Im Nachgang konnte allerdings konkret nur ein Tweet auf Arabisch benannt werden, in dem Pegida als Feindin des Islam bezeichnet wurde.³⁴ Eine Einschätzung, die immerhin auch von vielen Beobachter_innen und Kritiker_innen geteilt wurde. Bei Jauch jeden-

³¹ „Die Evangelische Allianz Frankfurt distanziert sich von Pegida-Aktivistin“, <http://www.idea.de/freikirchen/detail/die-evangelische-allianz-frankfurt-distanziert-sich-von-pegida-aktivistin-89415.html>.

³² „Allianzvorsitzender warnt vor Pegida-Teilnahme“, 12.1.2015: <http://www.idea.de/freikirchen/detail/allianzvorsitzender-warnt-vor-pegida-teilnahme-89258.html>, 5.7.2015.

³³ „Die Islamisierung ist in vollem Gange“, 10.2.2015, http://www.deutschlandfunk.de/pegida-die-islamisierung-ist-voll-im-gange.694.de.html?dram:article_id=308321, 8.7.2015.

³⁴ Es gäbe eine „konkrete Gefahr“ und „Morddrohungen“ gegen die Organisator_innen, hieß es seitens der sächsischen Sicherheitsbehörden zur Begründung und mit Berufung auf das Bundeskriminalamt. Attentäter seien aufgerufen worden, sich unter die Pegida-Demonstrant_innen zu mischen, um zeitnah einen Mord an einer Einzelperson des Organisationsteams zu begehen. Das BKA bestätigte diese Information nicht. Hier sprach man von Hinweisen ausländischer Geheimdienste, wonach „Kommunikationsinhalte namentlich bekannter Dschihadisten abgefangen“ worden seien, die mögliche Anschläge auf Pegida-Demonstrationen sowie auf die Hauptbahnhöfe von Dresden und Berlin diskutiert hätten, wollten jedoch nicht bestätigen, dass es Informationen über konkrete Anschlagziele in Deutschland gebe. Gerüchte, die Demonstration sei letztlich wegen sogenannten Polizeinotstands durch die hohe Auslastung der Beamten_innen abgesagt worden, konnten nicht bestätigt werden, vgl. http://www.mdr.de/nachrichten/pegida-absage100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html, 6.7.2015.

falls konnte nicht geklärt werden, was Pegida nun wirklich im Sinn hat. Christdemokrat Jens Spahn wusste sich also keinen anderen Rat als vorzuschlagen, statt am Montagabend auf die Straße doch lieber wieder am Sonntagmorgen in die Kirche zu gehen.

Ob das hilft? Historiker Paul Nolte war sich da nicht so sicher. Er beschwor zwar bei der Würzburger EKD-Synode im Mai das „Vernunftpotenzial von Religion“. Aber anders als die „idea“ behauptet³⁵, sollte dies wohl eher als Mahnung verstanden werden und war nicht mit der Behauptung verbunden, dass sich angesichts Pegida gezeigt hätte, welche stabilisierende Wirkung der Glaube für die Gesellschaft habe. Im Gegenteil, das frisch berufene Synoden-Mitglied Nolte stand relativ allein, als er kritisch darauf verwies, wie sehr das Christentum durch die Proteste als Legitimation für die Abwehr einer offenen Gesellschaft „instrumentalisiert“ werde. Er rief die Kirchenmitglieder deshalb zu Widerspruch auf und warnte davor, sich mit „christlich verbrämten Verschwörungstheorien“ gemeinzumachen und in fundamentalistische Sichtweisen abzurutschen.³⁶ Explizit bezog er sich allerdings nur auf den christlichen Fundamentalismus in den USA. Denn dort werde man beispielsweise nicht müde, Präsident Barack *Hussein* Obama als „Ausgeburt des Teufels“ (eine beliebte Verschwörungstheorie gerade auch wegen des zweiten, ausgerechnet arabischen Vornamens des Präsidenten) zu denunzieren. Eingebettet in die Vorstellung einer hermetischen Welt des Falschen, in der alle nur getäuscht und damit zum Opfer würden.

Doch auch Pegida sah sich von sehr vielen Feinden umgeben und meinte nicht nur die Kritiker_innen der Bewegung damit, sondern wie bereits vielfach repetiert, die Medien in toto, die Politiker_innen, aber auch schleichende, heimliche, im Hintergrund laufende Entwicklungen, die ihre Obsession kulturell-religiöser Einheitlichkeit und Reinheit bedrohten. Der Weihnachtsmarkt werde dem Wintermarkt geopfert – in Berlin sei es schon soweit, behauptete Frontmann Lutz Bachmann. Und natürlich ist diese Lächerlichkeit eingebettet in die Vorstellung einer christlichen Leitkultur, die einer verkommenen liberalisierten oder islamisierten Gesellschaft zum Opfer fallen werde. Pegida hat gezeigt, dass ganz normale Christ_innen nicht nur für Friedens- und Umweltthemen zu gewinnen, sondern auch für eine Zivilgesellschaft von rechts mobilisierbar sind, wenn auch nicht als die treibende Kraft.

Hartmut Steeb hüllte sich zu Pegida in auffälliges Schweigen, treibt aber parallel die Politisierung der Top-Themen der Bewegung voran. „Gehört das Christentum noch zu Deutschland?“ titelte ein Beitrag auf der Internetseite der DEA im März. Er widmet sich Steeb's Überzeugung, dass man sich diesem Thema nur noch unter dieser Headline nähern könne. Die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre, sei obsolet, seit das Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchstreit und Schulgesetzen entschieden habe. Das Gericht halte den Verzicht auf die Darstellung christlicher Werte für richtig und deshalb sei zu befürchten, das oberste Gericht läute das Ende der „christlichen Leitkultur“ ein.³⁷

³⁵ „Aus Heilstrauen kommt Arbeit an der Welt“, 2.5.2015, <http://www.idea.de/frei-kirchen/detail/aus-heilstrauen-kommt-arbeiten-an-der-welt-90569.html>, 7.7.2015 .

³⁶ Paul Nolte: „Irritationen der Zivilgesellschaft – Entfremdung, Protest, Gewalt“, 1.5.2015, Audio und Video: https://www.ekd.de/synode2015_wuerzburg/media/videos/20150501_referat_nolte_teil1.html.

³⁷ „Gehört das Christentum noch zu Deutschland?“, 19.3.2015, <http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/gehoeert-das-christentum-noch-zu-deutschland.html>, 7.7.2015.

Längst bespielt er regelmäßig die Themen, die die tragenden Säulen gegenwärtiger Abendland-Vorstellungen sind. Seit jüngerer Zeit widmet sich die DEA, insbesondere Steeb, auch der „Meinungsdiktatur“. Auf Einladung der Studentenmission sprach Hartmut Steeb im Mai zu der Frage: „Political Correctness – Verlieren wir unsere Meinungsfreiheit?“.³⁸ Eine „Gebetsbewegung“ müsse her, schreibt die Allianz auf ihrer Homepage, denn „wer anderer Auffassung ist als die ‚liberale‘ Mehrheit, wer nur für etwas eintritt, das bisher ‚normal‘ war, dem kann im öffentlichen Kreuzfeuer sogar kriminelles oder krankhaftes Verhalten unterstellt werden: Rechtsextremismus, ‚Homophobie‘ oder Schwulenhass. Das sind Keulen, die jede respektvolle Diskussion unmöglich machen. Das ist das Ende der Toleranz. Ein Liberalismus, der Toleranz nur noch für seine eigenen ‚liberalen‘ Positionen kennt, ist nicht mehr liberal, sondern läutet das Ende der Freiheit ein. Als Christen müssen wir uns einer solchen Meinungsdiktatur verweigern“.³⁹

Deutlicher lässt sich wohl kaum zeigen, wie sehr sich rechte Verschwörungstheorien und christlich-fundamentalistische Degenerationsmythen ähneln. Je mehr sich liberal-modernistische Positionen etablieren, desto mehr ist die Gegenwart in den Augen der Kritiker_innen dem Untergang geweiht.

Revitalisierungsbewegung

Hartmut Steeb bestreitet Gemeinsamkeiten zwischen Pegida, der AfD auf der einen und Evangelikalen bzw. der DEA auf der anderen Seite.⁴⁰ Er sei ja nie auf einer solchen Demonstration gewesen und habe auch an keiner AfD-Veranstaltung teilgenommen, ließ er wissen. Im *Spiegel*-Beitrag, auf den er sich bezieht, geht es zwar nicht um seine physische Anwesenheit, sondern um thematische und inhaltliche Schnittstellen, aber diese Ungenauigkeit leistet sich Steeb und nennt den entsprechenden Beitrag „verleumderisch“. Diese Meinung, zuerst publiziert auf der Internetseite der „idea“, kopierten viele christliche bis neurechte Internetforen und Blogs mehr oder weniger wortgetreu.

Ironischerweise auch die Internetzeitung *Freie Welt*, die nun ausgerechnet zum Medien-Netzwerk von Beatrix von Storch gehört, der „Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland“⁴¹ – wie Parteikolleg_innen in der AfD sie nennen.⁴² Hartmut Steeb selbst schreibt als Gastautor bei der *Freie Welt* vor allem Andächtiges. Storchs Netzwerk gilt unter anderem als Motor einer 2014 von dem Bestseller-Autor Akif Pirincci angestoßenen Hetzkampagne gegen die Herausgeberin des Sammelbands „Sexualpädagogik der Vielfalt“, der Kasseler Universitätsprofessorin Elisabeth Tuidor.⁴³

³⁸ <http://noplace.blogspot.de/2015/05/03/hartmut-steeb-kommt-nach-marburg/>

³⁹ Magdalena Paulus: Toleranz und Akzeptanz oder Meinungsdiktatur, <http://www.ead.de/index.php?id=1511>, 7.5.2015.

⁴⁰ <http://www.idea.de/thema-des-tages/artikel/spiegel-ueber-evangelikale-erkonservativ-und-herablassend-83280.html>, 6.6.2015.

⁴¹ Hendrik Ankenbrandt: Gegen Rechte von Schwulen und Muslimen. Christliche Alternative für Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.3.2014.

⁴² Verschiedene Vereine und Initiativen sollen von Beatrix von Storch und ihrem Ehemann Sven gelenkt werden, z. B. Zivile Koalition e.V., BürgerKonvent, Abgeordneten-Check u.a zählen dazu. Insbesondere FreieWelt.net wird Beatrix von Storch zugeordnet, vgl.: Andreas Kemper: Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster 2013, S. 91, 94-95 und 97.

⁴³ Der Band plädiert für einen Sexualkundeunterricht, in dem es auch um Analverkehr oder Sexspielzeuge geht, da die sexualpädagogische Praxis zeige, dass Kinder und Jugendliche Fragen dazu hätten. Siehe

Nach dem Coup der Rechtspopulist_innen gegen Parteigründer Bernd Lucke beim Essener AfD-Parteitag im Juli 2015 stieg Beatrix von Storch zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf. Ihre Kandidatur zur Europawahl 2014 soll vor allem von der parteiinternen Gruppierung „Christen in der Alternative für Deutschland“ unterstützt worden sein, die in ihrer Grundsatzerklärung ein Verbot der Sterbehilfe fordert und gleichgeschlechtliche Ehe bzw. Lebenspartnerschaft ablehnt.⁴⁴

Noch während des Wahlkampfes schreibt Storch einen offenen Brief an den katholischen Bischof Robert Zollitsch, weil er explizit dazu aufgerufen hatte, die AfD nicht zu wählen. „Von Ihnen hätten die deutschen Bürger eine Verteidigung christlicher Werte erwartet“, schimpft sie. Für die AfD sei Familie, also „Vater, Mutter, Kind“, die Keimzelle der Gesellschaft, während die Piraten-Partei mit „Vater, Vater, Kind“ werben und die Grünen die „Homo-Ehe“ wollen würden. Er habe sich damit auf die Seite von Macht und Geld geschlagen und die „Identität des christlichen Abendlandes“ verraten. Die Tageszeitung *Welt* nannte den Brief einen anmaßenden „Ausrutscher“⁴⁵, die Nachrichtenagentur „idea“ war begeistert und lobte Storchs Engagement: „Für sie als evangelische Christin ist die AfD gegenwärtig die beste Möglichkeit, diese ethischen Werte politisch umzusetzen.“⁴⁶

Seit 2014 sitzt sie nun als Abgeordnete in Strasbourg und ist dort auch Mitglied der „Europäischen Christlichen Politischen Bewegung“, einem losen, eher bedeutungslosen Zusammenschluss christlicher oder eher rechtsnationaler Parteien in Europa, deren Mitglieder die Befürwortung eines Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen und die Forderung nach Erziehungsgeld eint. Erfolglos hatte sich von Storch im EU-Parlament für den Vorsitz des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter beworben. Kein Wunder, denn ihr Engagement hat damit wenig zu tun. Sie setzt sich für die Revitalisierung eines traditionellen Familienbildes und gegen „Werteverlust“ ein. Das Aufbrechen herkömmlicher Geschlechterrollen ist ihr ein Graus, die „Genderei“ und die damit angeblich einhergehende „Sexualisierung der Gesellschaft“ bekämpft sie wortgewaltig und vulgär. Sie warnt vor „staatlicher Umerziehung“ und behauptet, die Europäische Union plane „Sexualausbildung ab der Grundschule“ inklusive „Masturbationslernerheiten für 0 bis 4-Jährige“.⁴⁷

Bei einem Wahlkampfauftritt in Hamburg brüstete sie sich damit, auch außerparlamentarisch in diesem Geiste aktiv zu sein. Am Rande ihres Vortrags über Gender Mainstreaming behauptet sie, für die Proteste gegen den Aktionsplan „Für sexuelle Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ verantwortlich zu sein.⁴⁸ Hartmut Steeb, wie auch schon Lutz Bachmann, lobte die Petition „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ aus Baden-Württemberg, die er selbst auch unterzeichnete. Christ_innen müssten aber noch stärker in diese Debatten eingreifen, meint er, denn die

hierzu: Andreas Kemper: Keimzelle der Nation. Zur Geschlechterpolitik der AfD nach der Europawahl, Münster 2014.

⁴⁴ Hendrik Ankenbrand: a.a.O.

⁴⁵ Günther Lachmann: Warum die AfD dem Bischof mit Homo-Ehe kommt, 16.8.2013.

⁴⁶ Alternative für Deutschland: Kinderlose müssen mehr zahlen. Neue Partei will kinderreiche Familien wesentlich stärken, in: „idea“-Pressedienst, 4.9.2013, Nr. 247.

⁴⁷ Beatrix von Storch: Die Katze ist nun aus dem Sack. Die Genderei verliert ihre Maske, kath.net, 3.4.2014.

⁴⁸ Norbert Blech: Beatrix von Storch: Ich organisiere die „Demos für alle“, 10.2.2015, http://www.queer.de/detail.php?article_id=23190, 7.7.2015.

Petition sei ohne stichhaltige Begründung abgelehnt worden und Gespräche zwischen der „evangelikalen Bewegung“ und dem Ministerpräsidenten ohne Auswirkungen geblieben.⁴⁹

Steeb und von Storch verbindet außerdem der aktive Kampf gegen Schwangerschaftsabbrüche. Er ist Vorstandsmitglied des Bundesverbands Lebensrecht, der jährlich den „Marsch für das Leben“ in Berlin ausrichtet. Sie lief beim Protestzug gegen Schwangerschaftsabbrüche und Sterbehilfe 2014 in den vorderen Reihen, Steeb trat wie häufig, als Redner auf.

Auch die neue Partei-Vorsitzende Frauke Petry ist eine Abendlandkämpferin, wenn auch eine gemäßigte, im Vergleich zu ihrer Parteikollegin von Storch und manchem/mancher Evangelikalen. Kontaktscheu ist sie aber nicht. Früh suchte sie aufgrund „inhaltlicher Schnittmengen“ die Nähe zu Pegida, warb in der Öffentlichkeit um Verständnis für die Bewegung und griff ihre Themen auf. Auch zu Evangelikalen hält sie Kontakt. Als Rednerin trat sie beim Kongress christlicher Führungskräfte 2015 in Hamburg auf.⁵⁰ Dem Evangelikalen Prediger Thomas Schneider gab sie Anfang 2015 ein langes Interview für die von ihm betriebene Internetseite AG Welt. Schneider vertritt hier eindeutig islamfeindliche Positionen, trägt nach dem Vorbild von PI-News Negativschlagzeilen über Migrant_innen und Muslim_innen zusammen und verlinkt dementsprechende Beiträge aus der rechtsreaktionären Wochenzeitung *Junge Freiheit* und der „idea“.⁵¹ Er ist außerdem als CDU-Mitglied des Kreisrates im Erzgebirge und Vorsitzender der „Aktion Linkstrend stoppen“ in Sachsen. Angela Merkel wirft er vor, „die vom Koran gedeckte Zielstellung dieser Religion nicht verstanden“ zu haben, wenn sie Islam und Islamismus differenziere. Er fordert das Bekenntnis, dass „allein Jesus Christus der Weg, die Wahrheit und das Leben ist, und nur wer daran glaubt, Zutritt zum Reich Gottes hat“.⁵² Schneider ist außerdem Anmelder des jährlichen „Schweigemarschs für das Leben“ im sächsischen Annaberg-Buchholz. „Abtreibung“ genauso wie Sterbehilfe gelten den Frommen als Sünde, weil in ihren Augen nur ihr Gott über Anfang und Ende jeden Lebens entscheiden dürfe. Doch insbesondere in stark von Abwanderung betroffenen Regionen wie dem Erzgebirge zeigt sich, dass die Schlachten von gestern auch vor dem Hintergrund der schwierigen demografischen Entwicklung geschlagen werden. Das „deutsche Volk“ sei vom Aussterben bedroht, erklärte ein Teilnehmer in Annaberg.⁵³ Auch die Evangelische Kirche beschäftigt sich offenbar mit bevölkerungspolitischen Fragen, weil ihr der stetige Mitgliederschwund Sorge bereitet. Beim Zukunftsforum 2015 in Essen warnte der Evolutionsbiologe Thomas Junker: Wenn die Geburtenrate niedriger sei als die Verluste durch Tod oder Austritte, könne dies zum Aussterben der Religion führen. Statistiken würden

⁴⁹ „Gehört das Christentum noch zu Deutschland?“, 19.3.2015: <http://www.ead.de/nachrichten/nachrichten/einzelansicht/article/gehört-das-christentum-noch-zu-deutschland.html>, 7.7.2015.

⁵⁰ Christian Baars: Scholz unterstützt Kongress radikaler Christen. 12.3.2015, <https://www.ndr.de/nachrichten/investigation/Scholz-unterstuetzt-Kongress-radikaler-Christen,fuehrungskraeftekongress100.html>, 6.6.2015.

⁵¹ Jennifer Stange: Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht, in der „Reihe Demokratie“, hrsg. von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2014.

⁵² Ebd. S. 25.

⁵³ Ebd. S. 15.

zeigen, dass das Überleben einer Religion von der Zahl der Kinder abhängt – einerseits. Andererseits würden Gläubige mehr Kinder bekommen, Religion verbessere folglich die Überlebens- und Fortpflanzungschancen – die „biologische Fitness“ – allgemein.⁵⁴ Auf ungute Weise erinnert diese zumindest latent völkisch und potenziell ethno-rassistische Theorie an die gewendete sarrazinsche Horrorvision von „Kopftuchmädchen“ produzierenden Muslim_innen. Man könnte sich zumindest vorstellen, dass er ganz angetan wäre von diesen sozial-darwinistischen Überlegungen zum „Kampf ums Dasein“ der „Ureinwohner“ des christlichen Abendlands.

Auch Pfarrersfrau Petry teilt die Sorge um das Aussterben der Deutschen. Jedenfalls schlug sie im Vorfeld der sächsischen Landtagswahlen vor, bestehende Regeln zum straf-freien Schwangerschaftsabbruch mit einem Volksentscheid zu überprüfen, ebenso wie den Bau von Moscheen. Im Interview mit Schneider sagt sie allerdings, das wäre gar nicht ihr Anliegen, sondern eine „Zeitungsente“. Eine Vorkämpferin der traditionellen Familie will sie trotzdem bleiben. Die „totale Gleichstellung“ in nahezu allen Lebensbereichen sei eine „Illusion“ und das „pseudowissenschaftliche Gender Mainstreaming“ sei Geldverschwendung. Es müsse in Deutschland immer möglich sein, die normale Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Leitbild darzustellen.⁵⁵ Der sächsische AfD-Landesverband stand von Beginn an für markige, rechte Positionen und sprang auch auf die homophob gefärbte Kampagne gegen die Thematisierung von sexueller Vielfalt in Schulen auf: Eine „Früh- und Hypersexualisierung in Kindergärten und Schulen“ sei auszuschließen, notierte das Parteiprogramm des Landesverbands entsprechend. Zudem trat Petry für das „Familienwahlrecht“ ein, dass Eltern für ihre nicht wahlmündigen Kinder eine weitere Stimme einräumen soll.⁵⁶ Zuwanderung und der Islam sind auch Themen, mit denen sich Petry auskennt: Unkontrollierte Einwanderung in Europa, „Integrationsfolklore“, Minderheitenrechte und der minderwertige Islam sind ihre Topthemen. Themen, mit denen die junge Konkurrenz von rechts außen um frustrierte CDUler_innen wirbt.

Demokratisches Recht, deutschnational zu sein

Mechthild Löhr, Vorsitzende der Initiative „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) und Herausgeberin des Buchs „Homo-Ehe. Nein zum Ja-Wort aus christlicher Sicht“, will einen Übertritt in die AfD nicht ausschließen. Seit Langem beklagen einige innerhalb der C-Partei die Erosion christlicher Werte und vermissen das konservative Profil ihrer Partei. „Die Mitglieder der CDL sollten sich angesichts dieser Schieflage in der CDU sehr gut überlegen, ob sie in der CDU noch gut aufgehoben sind“, riet sie den Lebensschützer_innen in der Union.⁵⁷

Das ist die Gefühlslage, von der die AfD lebt und die sie nach Kräften züchtet – mehr

⁵⁴ „idea“ e.V.: Evangelische Nachrichtenagentur, Pressedienst vom 16. Mai 2014, Nr. 136.

⁵⁵ Thomas Schneider: Christ und Politik – AG WELT mit Dr. Frauke Petry von der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Gespräch, 19.2.2015, <http://agwelt.de/2015-02/christ-und-politik-ag-welt-mit-dr-frauke-petry-von-der-partei-alternative-fuer-deutschland-afd-im-gespraech/>, 5.7.2015.

⁵⁶ Konrad Litschko: AfD Sachsen steuert ins Braune. Gegen Moscheen, für Deutsch-Quote, in: taz, 4.3.2014, <http://www.taz.de/!5047241/>, 5.7.2015.

⁵⁷ Günter Lachmann: AfD wirbt um frustrierte Mitglieder aus der CDU, in: Die Welt, 19.10.2014, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article133440474/AfD-wirbt-um-frustrierte-Abtreibungsgegner-aus-CDU.html>, 6.6.2015.

denn je nach dem Essener Parteitag 2015. Hier wurde gegen Flüchtlinge agitiert, die Grünen als „pädophile Gender-Faschisten“ beschimpft, der Ex-Parteichef Lucke ausgebuht, als er vor der Ausgrenzung der Muslim_innen warnte. Einige AfD-Fans befürchten eine Schwächung der Partei, weil ihr die Europakompetenz durch den massenhaften Austritt der Lucke-Anhänger_innen abhandengekommen sei. Andersrum könnte man eher behaupten, die Partei habe mit der Wahl Frauke Petrys ihr Profil weiter schärfen können. Endgültig hat die Partei den Schulterschluss mit Pegida vollzogen und dafür stehen Frauke Petry, Beatrix von Storch und Alexander Gauland, die neue Parteispitze. Mehr als jede andere Partei hat sie schon in den vergangenen zwei Jahren gezeigt, wie gut sie Emotionen, Ängste und Hass in Wähler_innenpotenzial verwandeln kann. Ein-Punkt-Bewegungen wie Pegida, die Proteste in Baden-Württemberg und die bevölkerungspolitisch aufgeladene Debatte um Schwangerschaftsabbrüche zeigen, dass die AfD in der Lage ist, die Nähe zum „Volk“ und Distanz zum „Feind“ in Stimmen bei Wahlen zu verwandeln. Wie für so gut wie jede rechtspopulistische Partei in Europa ist auch für die AfD die Idee des christlichen Abendlands und die Pose des Kulturkampfes essenziell. Und das macht sie attraktiv – auch und gerade für christliche Wähler_innen.

Die AfD ist natürlich nicht die einzige Partei, die rechtspopulistische Inhalte vertritt. Die CDU, insbesondere die sächsischen Christdemokrat_innen, bleiben harte Konkurrenz. Doch auch die SPD versucht, das neue politische Milieu zu gewinnen. Sigmar Gabriel jedenfalls tut einiges in der Hoffnung, seine Partei so aus dem 25-Prozent-Tal führen zu können. Früh suchte der Vizekanzler den Kontakt zu Pegida-Anhänger_innen, missbrauchte das aufklärerische Toleranzprinzip, um diese „Meinungen“ zu respektieren und diese „Sorgen“ ernst zu nehmen. Es gebe „ein demokratisches Recht darauf, rechts zu sein oder deutschnational“, verteidigte er die Bewegung. Sein später entstandenes Impulspapier „Starkes Deutschland, Welt voller Unsicherheiten“ liest sich wie eine Hommage an diese Bewegung und enthält vor allem die Botschaft, dass er an ihrer Seite kämpfe gegen das Feindbild der „politischen Korrektheit“.⁵⁸ Doch wie glaubwürdig ist jemand, der vor wenigen Jahren noch Thilo Sarrazin einen Rassisten schimpfte und ihn aus der Partei schmeißen wollte?

Rechte Scharniere

Zurück zu den Frommen und den Verteidiger_innen des Abendlands. Es gibt keinen kausalen Zusammenhang zwischen einem christlichen Glauben, seinen fundamentalistischen Auswüchsen und rechtspopulistischen Allianzen. Entscheidend ist, wie sich Gläubige zu ihrem Glauben verhalten. Wie viel Raum sie in der Politik beanspruchen und wie sich hier insbesondere die Evangelische Kirche zu fundamentalistischen Tendenzen in ihren eigenen Reihen verhält. Die DEA positionierte sich hier mehrfach eindeutig. Mehrfach haben die Evangelikalen bewiesen, dass es ihnen nicht mehr reicht, ihre Gebetshäuser zu füllen. Nach amerikanischem Vorbild suchen sie Andockstellen im politischen Berlin, wollen Debatten um Themen wie Familie und Islam mitbestimmen.

Die bedroht geglaubte Lebensweise der Kleinfamilie ist fester Bestandteil des identi-

⁵⁸ Siehe hierzu: Patrick Gensing: SPD: Sicherheit, Patriotismus und ein starkes Deutschland, in: publikative, 25.6.2015: <http://www.publikative.org/2015/06/29/spd-sicherheit-patriotismus-und-ein-starkes-deutschland/>, 5.7.2015.

tätsstiftenden Angebots sowohl im rechtspopulistischen als auch im strenggläubigen Milieu evangelikaler Gemeinschaften. Gleiches gilt für die heilsgeschichtlich dramatisierte Auseinandersetzung mit dem Islam. Religiöse Vorbehalte vermengen sich mit einer gesellschaftlichen Debatte um Flüchtlinge, Migration und Integration, die sich vor allem am Islam bzw. Muslim_innen abarbeitet, wie die Macher_innen der „Mitte-Studie“ von 2012 konstatieren. Knapp die Hälfte der Deutschen glaube, in Deutschland würden zu viele Muslim_innen leben und knapp 30 Prozent der Befragten galten 2008 als „konsistent islamophob“.⁵⁹ Von fundamentalistischen Christ_innen wird vor allem der Islam in Deutschland als expansiv und anti-christlich beschrieben, wogegen die Mobilisierung aller Christ_innen für eine christliche Leitkultur notwendig sei, so der Tenor. Die Autor_innen der „Mitte-Studie“ unterscheiden in ihrer Untersuchung zwischen einer an der Aufklärung orientierten Islamkritik, die beispielsweise eine fehlende Säkularisierung, die Ungleichheit der Religionen, Frauenunterdrückung, Homosexuellenverfolgung etc. anprangert, und einem kulturalistisch-rassistischen antimuslimischen Ressentiment, das eine Wesensgleichheit aller Muslim_innen annimmt und ihnen bestimmte Merkmale zuschreibt, die eine Integration verhindern und eine grundsätzliche Unvereinbarkeit mit christlichen Werten erklären sollen. Grundsätzlich, so das Ergebnis der Studie sei die Islamfeindschaft bei konfessionell gebundenen Proband_innen stärker ausgeprägt als bei Konfessionslosen und ist bei den befragten Protestant_innen im Vergleich zu den Katholik_innen ebenfalls häufiger anzutreffen.

Aktiv fördert die Allianz die religiöse und soziale Ausgrenzung von Muslim_innen. In der Broschüre „Christlicher Glaube und Islam“ spricht sich der Dachverband gegen multireligiöse Veranstaltungen und Ehen aus, rät davon ab, Kirchen und Gemeinderäume an muslimische Gruppen zu vermieten, weil fundamentalistisch denkende Muslim_innen dies als „eine Art Besitzergreifung für den Islam“ ausnutzen könnten. Aus denselben Gründen sollen diakonische Einrichtungen Muslim_innen keinen Gebetsraum zur Verfügung stellen. Immerhin soll das Personal diakonischer Einrichtungen muslimische Patient_innen ebenso behandeln wie christliche, „auch wenn dies von strenggläubigen Muslimen nicht als ‚Liebestat‘, sondern eher als mangelnde Glaubenstreue von Christen“ interpretiert werden würde. Auch der Bau von Moscheen sei nicht zu befürworten, meint der Arbeitskreis Migration bei der Allianz. In dem Spiegel-Artikel „Aufschwung Jesu“ aus dem Jahr 2008 behauptet Steeb, ein weltanschaulich neutraler Staat sei „ein gefundenes Fressen einer auf Expansion und Aufrichtung einer an der islamischen ‚Gottes-Staat-Ideologie‘ ausgerichteten islamischen Weltsicht“.

Es ist also nicht verwunderlich, wenn Christ_innen in neu rechten Bewegungen mitmischen. Institutionen wie die DEA und andere evangelikale und christlich-konservative Zusammenschlüsse haben hier eine Drehtürfunktion. Sie treiben die Politisierung bestimmter Themen voran und fordern mehr Engagement in der Öffentlichkeit.

Ein wichtiges Scharnier ist auch die Nachrichtenagentur „idea“. Sie informiere Medien „vorwiegend über die Evangelikale Bewegung und die evangelikale Einschätzung kirchlicher und säkularer Vorgänge“ und diene der Kommunikation innerhalb des Evangeli-

⁵⁹ Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler et al.: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, 2012, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer, Bonn 2012.

kalen, heißt es bei der EKD. Ausdrücklich wird „idea“ hier als Bestandteil der evangelischen Publizistik betrachtet und sogar finanziell unterstützt.⁶⁰

Erstaunlich, denn eine Untersuchung aus den 1990er Jahren spricht bereits von einem dem „politischen Konservatismus“ verpflichteten und an „einseitige(r) Politisierung“ interessiertem Medienunternehmen. Zudem bevorzuge die „idea“ allein Meinungen, die mit der eigenen identisch seien, und lasse Widersprechendes weg, würde Widersprüche und Falschmeldungen verdecken, verschweige Dementis angegriffener Personen und liefere häufig Informationen nicht so, dass sie zur Kritik der dargestellten Meinungen befähigen würden. Besonders bei Konfliktthemen herrsche bei der „idea“ ein „strukturiertes Nachrichtendefizit“.⁶¹ Selbstredend entspricht dies nicht allgemeinen journalistischen Standards.

Leiter der evangelikalen Nachrichtenagentur ist der in Hessen ordinierte Pfarrer und ausgebildete Journalist Helmut Matthies. Nachdem er sich 2006 gegen den Ausschluss der rechtskonservativen Zeitung *Junge Freiheit* von der Leipziger Buchmesse ausgesprochen hatte, wurde er 2009 von der rechtspopulistischen Wochenzeitung mit einem Preis ausgezeichnet.⁶² Öffentlich Anstoß daran nahm nur die Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, die befürchtete, dass damit die „Tabugrenze“ Richtung „Graubereich zum Rechtsextremismus“ verschoben werde.

Auch von rechts werden Christ_innen umworben. Die *Junge Freiheit* lässt regelmäßig Gabriele Kuby zu Wort kommen, interviewt Hartmut Steeb und schenkt ebenfalls den Themen Familie und Islam große Aufmerksamkeit. Die Wochenzeitung verteilt eine sogenannte Aufklärungsbroschüre unter dem Titel „Gender-Wahnsinn stoppen!“ gratis, berichtet ausführlich über die Anti-Abtreibungsmärsche und beschwert sich, dass die Religionsfreiheit, die aus dem Christentum entstanden sei, anderen Religionen zugutekomme, die nicht teilhätten an dieser Tradition. Das Netzwerk von Storchs und PI-news wurden schon benannt und diese Liste lässt sich weiter ergänzen durch [kath.net](#)⁶³ aus Österreich, das AfD-nahe Magazin *eigentümlich frei* und andere.

Fundamentalismus und Krisenbewusstsein

An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass Religion im weitesten Sinne als Quelle sozialer Identitätsstiftung eine wachsende Rolle spielt und vor allem rechte, rechtspopulistische und fundamentalistische Gruppierungen davon profitieren. Religion wird in dem dargestellten politisierten Milieu weitgehend abstrakt idealisiert und die gesamte Gesellschaft als religiös geprägt dargestellt, als weitgehend homogene Einheit, als Norm verstanden. Ihr Kern ist dann letztlich die christlich-fundamentalistische Bewegung, denn sie reprä-

⁶⁰ http://www.ekd.de/EKD-Texte/publizistik_1997_mandatmarkt4.html, 5.6.2015.

⁶¹ Volker Dettmar: Interesse und Information. Vergleich der Presseagenturen „Evangelischer Pressedienst“ und „Informationsdienst der Evangelischen Allianz“, Frankfurt 1994.

⁶² <http://www.ksta.de/medien/evangelische-kirche-kritik-an-auszeichnung-fuer-idea-15189656,12791302.html>

⁶³ [kath.net](#) ist eine Internetzeitung. Sie vertritt einen konservativen theologischen und gesellschaftspolitischen Standpunkt, der auch von offizieller Seite immer wieder kritisiert wird. Ein Sprecher des Bistums Augsburg sieht hier Menschen am Werk, die „dem rechtsradikalen Spektrum nahe stehen“. Der Linzer Kirchenhistoriker Helmut Wagner meint, [kath.net](#) appelliere an Autoritäten und attackiere alles, was nach Demokratisierung aussehe. Alle Kritiker_innen sind sich einig, von journalistischer Qualität könne hier keine Rede sein, dasselbe gilt auch für das [kreuz.net](#).

sentiert zentrale Wertvorstellungen, Kultur und Zivilisation in pointierter Form. Die eigentlich spannende Frage nach dem warum, nach den Ursachen dieses Backlashs bleibt unbeantwortet. Unübersehbar ist natürlich die abgrundtiefe gesellschaftliche Krise, die allseits von den Akteur_innen diagnostiziert wird.

Krisen, so erklärt der kürzlich verstorbene Genfer Religionssoziologe Martin Riesebrodt, seien wesentlicher Antrieb religiöser Arbeit. Glaubensvorstellung und Praktiken würden aufgrund Krisenerfahrungen erdacht, uminterpretiert oder abgeschafft. Und natürlich, der Kapitalismus hat Verwandtschaftsbeziehungen gelöst, Familienstrukturen destabilisiert und Menschen der Unberechenbarkeit des Marktes unterworfen, er hat im Guten wie im Schlechten die Familie zerstört. Warum aber die Idealisierung patriarchaler Autorität und die Durchsetzung patriarchaler Sozial- und Sexualmoral zum Gebot der Stunde werden, warum Frauen diese Romantisierung mittragen, erklärt sich deshalb auch nicht von selbst. Weder christlicher Konservatismus noch Fundamentalismus meinen die Rückkehr ins Mittelalter, es sind vielmehr selektive Antimodernismen. Riesebrodt spricht von einer zeitgenössischen Form des Widerstands gegen bestimmte Aspekte der Moderne. Er vergleicht fundamentalistische Strömungen in den USA und dem Iran vor dem 11. September 2001, also noch bevor die Abwehr des islamistischen Angriffs in den USA und Europa zum identitätsstiftenden Moment werden konnte.

Pegida hat kein unmittelbares Verhältnis zu Gewalt, aber Pegida hat natürlich auf rabiate Art Schamgrenzen der Zivilgesellschaft durchbrochen und möchte teilen zwischen Volk und Feind in Verteidigung des christlichen Abendlands. Sie missbrauchen die klassischen Medien, die „Lügenpresse“, als Projektionsfläche ihres Nicht-Verstehen-Wollens, sie wollen „Multikulti“ zugunsten einer neuen Einheit des christlichen Abendlands liquidieren. Merkmale, die sie eher zur fünften Kolonne des Islamismus als zu brauchbaren Verteidiger_innen aufklärerischer, liberaler Werte machen. Sie haben genauso zivile Verachtung verdient.

Jennifer Stange arbeitet als freie Journalistin für Print, Hörfunk und Fernsehen. Folgende Publikationen sind von ihr erschienen: Der organisierte Aufschub. Über den Konservatismus der institutionalisierten Linken, in: Franziska Drohsel (Hrsg.): Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft. Frankfurt a.M. 2009. Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Herausgeber): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen. VSA-Verlag, Hamburg 2012. Jennifer Stange: Evangelikale in Sachsen, in der „Reihe Demokratie“, hrsg. von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2014.

Feindbild „Genderismus“

Antifeministische Diskurse in der extremen Rechten

VON JULIANE LANG

Im selbsterklärten „Kampf gegen den Genderismus“ und mit populistischen Forderungen zur Besserstellung „deutscher Familien“ hat die extreme Rechte strömungsübergreifend Themen ausgemacht, von denen sie sich Anschluss an antifeministische Diskurse im bürgerlichen Mainstream verspricht. Denn parallel zur Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) erhalten die Angriffe gegen emanzipatorische Geschlechterpolitiken neuen Fahrtwind und Unterstützung breiter Milieus auch außerhalb der extremen Rechten.

Extrem rechte Angriffe gegen „Gender“ und emanzipatorische Geschlechterpolitiken sind nicht neu, sondern in ihren Anfängen auf Mitte der 2000er Jahre zu datieren. So uneins sich völkische TraditionalistInnen, knallharte Neonazis und die nur vermeintlich weniger radikalen ProtagonistInnen der Neuen Rechten in vielen Punkten sind, in ihrer aggressiv antifeministischen Rhetorik sind sie sich einig.¹

Angestoßen durch mediale Debatten im Frühsommer 2006 um die Äußerungen Eva Hermans zur Rolle der Frau und einen prominent platzierten Artikel in der überregionalen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) im Juni 2006, in dem Gender Mainstreaming als „politische Geschlechtsumwandlung“ titulierte wird, begannen die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die NPD-Postille *Deutsche Stimme* und diverse extrem rechte Organisationen seit Juli 2006 an der Konstruktion eines Feindbildszenarios „Gender“(-Mainstreaming) zu arbeiten. Es folgte die Plattform „Free Gender“, betrieben von parteiunabhängigen AktivistInnen aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften, wo die antifeministischen Argumentationen übernommen und ausgebaut wurden. Das Portal wirkte szeneweit und wurde zu dem Ansprechpartner zum Thema. Beklagt wurden u.a.

- eine vorgebliche „gesellschaftliche Entmannung“, das heißt der Verlust traditioneller Männlichkeit,
- eine angebliche Vorherrschaft des Feminismus, der die „natürliche“, patriarchale Ordnung der Geschlechter zerstöre und Männer wie auch Frauen in widernatürliche Rollen dränge, sowie
- ein Ende der heterosexuellen Familie und eine Gefährdung von Kindern durch eine vorgebliche „Frühsexualisierung“ – durch die Enttabuisierung nicht-heterosexueller (familialer) Lebensweisen.

Den Angriffen zugrunde liegt ein streng heteronormatives Modell zweier gänzlich unterschiedlicher und sich in völkischer „Ganzheitlichkeit“ ergänzender, aufeinander beziehender Geschlechter. Die Annahme einer sozialen Konstruiertheit von Geschlecht und

¹Anmerkung zur Schreibweise: Für Personen(-gruppen), die sich selbst ausschließlich in einer streng zweigeschlechtlichen Geschlechterordnung verorten, wird hier das Binnen-I verwandt; für alle anderen wird die Unterstrich-Schreibweise gewählt.

Geschlechterverhältnissen dagegen stellt die von der extremen Rechten behauptete Natürlichkeit der Geschlechterordnung infrage. Den aggressiven Angriffen gegen die Vorstellung eines sozialen Geschlechts „Gender“ waren somit so deutlich wie nie zuvor Vorstellungen dessen zu entnehmen, wie Männer und wie Frauen entlang völkischer Geschlechterkonstruktionen zu sein hätten. Frauen obliege in erster Linie die Verantwortung für das Gebären sowie die Erziehung möglichst zahlreicher Kinder, Männern die Sphäre des politischen Kampfes. Ein grundsätzliches Herauslösen der Einzelnen aus den ihnen zugeordneten Rollen wird zur Bedrohung der Gemeinschaft als Ganzes stilisiert – auch wenn dies nicht ausschließt, dass einzelne aktive Frauen und Männer in der Szene von ihnen vorbestimmten Geschlechterrollen abweichen und etwa Frauen aktive politische Rollen einnehmen. Interessant jedoch: Noch nie zuvor wurden Geschlechterrollen so explizit thematisiert, d. h. so offen zum Beispiel auch über Männlichkeit und daran geknüpfte normative Vorstellungen in der extremen Rechten gesprochen. Dies zeugt von einer dort befürchteten Liberalisierung von Geschlechterrollen auch innerhalb der extremen Rechten, der damit Einhalt geboten werden soll.

Richteten sich Angriffe zunächst gegen den Begriff „Gender“ und die „gesellschaftszeretzende Maßnahme ‚Gender Mainstreaming‘“, die das Ziel der „Schaffung eines neuen Menschentypus“ („Free Gender – Initiative Genderterror abschaffen“) verfolge, ging es schnell darüber hinaus. Anhand des vorher weitgehend unbekanntem Begriffs Gender formuliert die extreme Rechte eine umfassende Kritik moderner Gesellschaften und aufklärerischer Werte und verhandelt eine Palette an Themen vom gesellschaftlichen Umgang mit Homosexualität bis zur Rolle von Frauen und Männern, von Abtreibungspolitik bis zur Kindererziehung, von Familienpolitiken bis hin zum „Mythos Multikulti“. So führt der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann in der *Jungen Freiheit* aus, dass eine „prinzipielle Gleichheit (...) nicht nur zu den Absurditäten von Weltinnenpolitik und Multikulturalismus geführt [habe], sondern auch zu einer Umverteilung von groteskem Ausmaß, Atomisierung des sozialen Gefüges, Zerstörung des Leistungsprinzips, Gebärstreik und gender mainstreaming“. Die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* war von Beginn an fester Bestandteil und Stichwortgeber der antifeministischen Angriffe gegen „Gender“ und „Gender Mainstreaming“.

Gabriele Kuby und Inge Thürkauf, beide gern lancierte Rednerinnen auf extrem rechten Veranstaltungen, kreierte zeitlich parallel den Begriff des „Genderismus“. Mit dem Begriff, auf den sich heute alle Spektren des organisierten Antifeminismus beziehen, fasste die extreme Rechte von Beginn an ein Feindbild und Bedrohungsszenario, das weit über die Annahme der sozialen Gewordenheit von Geschlecht hinausgeht. Aufgemacht wird das Szenario einer Gesellschaft, in der klare Grenzen zwischen „Wir“ und den „Anderen“ einem „Einheitsbrei“ weichen und feste Kategorien ihre Wirksamkeit verlieren. Die Infragestellung traditioneller Geschlechterarrangements avanciert zum Symbol einer solchen Gesellschaft. Der neonazistische Teil der extremen Rechten stilisierte „Gender“ gar zu einer „Waffe gegen das deutsche Volk“: „Entartung, Raffgier, Genderwahn und Perversion sind die Waffen, die in unseren Tagen gegen das deutsche Volk eingesetzt werden“, so norddeutsche Neonazis in Vorbereitung des geschichtsrevisionistischen Aufmarsches im niedersächsischen Bad Nenndorf. Geknüpft wird das hier skizzierte Szenario an die Aufforderung, sich zur Wehr und der „gegenderten Gesellschaft“ etwas entgegenzusetzen.

Nach dem Höhepunkt der Angriffe im Jahr 2008 wurde es ab Mitte 2009 stiller um das Thema. Zusammenfassend lässt sich für die Jahre 2006 bis 2009 festhalten, dass es der extremen Rechten gelang, aus dem vormals weitgehend unbekanntem Begriff „Gender“ ein allumfassendes Feindbild, ja eine „Waffe gegen das deutsche Volk“ zu stilisieren und im diskursiven Wissensbestand der Szene zu verankern.

Heute dient insbesondere der Begriff des „Genderismus“ einem heterogenen Milieu von Gender-KritikerInnen zur Bestimmung eines gemeinsamen Feindbildes. Dies zeugt von diskursiven Überschneidungen im antifeministischen Populismus einer schier unüberschaubaren Anzahl an Parteien, Organisationen und engagierter Einzelpersonen. Themen von geschlechter- und familienpolitischer Relevanz erfüllen somit eine Scharnierfunktion zwischen extremer, konservativer und religiöser Rechten mit Verbindungen bis weit in den bürgerlichen Mainstream. Diese inhaltlichen Übereinstimmungen führen nicht zwangsläufig zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit, dennoch erlauben sie eine gegenseitige Bezugnahme.

Seit der Jahreswende 2013/14 und in zeitlicher Parallelität zur Entstehung der AfD ist ein erneutes Erstarken der Angriffe gegen „Gender“ und die Etablierung der Rede vom „Genderismus“ zu beobachten. Dabei fällt auf: Die neonazistische Rechte wirkt bislang wenig an den medial präsenten Mobilisierungen etwa gegen die „Ehe für alle“ mit. Dagegen ist es die AfD, die sich binnen eines Jahres von der Anti-Euro- zur Anti-Gender-Partei bewegt hat und sich selbst als „Familienpartei“ beschreibt. Die AfD spricht von Familienpolitik als „Bevölkerungspolitik“ und nutzt das Feld für die Artikulation ihrer Vorstellungen von gesellschaftlichen Normen und der Verteidigung von Privilegien und Etabliertenvorrechten: der Besitzenden gegenüber sozial Schwachen, Männern gegenüber Frauen, Heterosexuellen gegenüber Homosexuellen, Mehrheitsdeutschen gegenüber Zugewanderten. Vonseiten der NPD sind familienpolitische Forderungen zur Besserstellung „deutscher“ Familien stets verbunden mit einer offen rassistischen Ausgrenzung Nicht-„Deutscher“. Anders bei der AfD, wo ethnische Zugehörigkeit/„Deutschsein“ nicht Grundvoraussetzung der Zugehörigkeit ist, wohl aber mit einer Werteordnung argumentiert wird, die in Teilen kulturalistisch, nämlich christlich-abendländisch, aufgeladen ist.

Und genau hier liegen die inhaltlichen Überschneidungen zu antifeministischen AkteurInnen, die sich im breiten Netzwerk der AfD wiederfinden, so etwa die selbsternannten „Lebensschützer“ oder die besorgniserregenden „Besorgten Eltern“, die gegen den Einbezug von LGBTIQ*-Lebensweisen in den Unterricht allgemeinbildender Schulen auf die Straße gehen. Beatrix von Storch, umtriebige Netzwerkerin und für die AfD im Europaparlament, schreibt: „Sie wissen, dass es gegen diese Bildungspläne in Stuttgart große Demonstrationen gibt (...) Sie wissen vielleicht nicht, dass ich die organisiere, das läuft auch aus meinem Büro. Ich bin ja nicht nur mit der Alternative für Deutschland aktiv, sondern auch mit der Zivilen Koalition.“ In der Zwischenzeit fanden bundesweit Demonstrationen der „Besorgten Eltern“ und ihnen nahestehender Initiativen statt. Neben den Bildungsplänen allgemeinbildender Schulen rücken sie mittlerweile auch die Öffnung der Ehe für homosexuelle Partnerschaften in den Mittelpunkt ihrer Mobilisierungen. Neben der Beobachtung personeller Überschneidungen bleibt somit die Frage zu diskutieren, ob auch anderen antifeministisch und familienpopulistisch argumentierenden Spektren die Vorstellung einer in sich zwar pluralistischer, aber ähnlich in starren Ordnungskategorien

verhafteten (Wir-)Gemeinschaft innewohnt. Nicht mehr ethnische Herkunft bestimmt, wer dazugehört, sondern eine soziale Norm, die Menschen qua Herkunft, sozialer Schicht, Geschlecht, Sexualität und/oder Religion einen Ort in der Gemeinschaft zuweist. Diese Konstruktion einer Gemeinschaft ist durchlässiger, als es ein völkisch-rassistischer Determinismus der extrem rechten Volksgemeinschaftsideologie zulässt. Zugleich geht es den nicht völkisch argumentierenden Familienpopulist_innen um das machtvolle Aufrechterhalten ihrer eigenen Privilegien in einer nach wie vor von ungleichen Machtverhältnissen durchzogenen Gesellschaft.

Hierfür begeben sie sich in gesellschaftliche Auseinandersetzungen – und dies gelingt der AfD und ihren Netzwerken derzeit erfolgreicher als den klassischen Neonazis von NPD, „Free Gender“ und Co. Es geht bei den Angriffen gegen die Feindbilder „Gender“ und „Feminismus“ sowie staatliche Gleichstellungspolitiken nicht um das Zurückdrängen konkreter Gefahren für ein gesellschaftliches Zusammenleben. Viel mehr sind die Geschlechterpolitiken extrem rechter und anderer AkteurInnen als ein Ringen um Deutungsmacht und Anschluss an gesellschaftlich relevante Diskurse zu verstehen – Diskurse, von denen die extreme Rechte bislang weitgehend ausgeschlossen war. In weitgehender Unkenntnis tatsächlicher Geschlechterpolitiken und einhergehend mit einem Antietatismus, der sich gegen eine konstatierte Bevormundung seitens des Staates richtet, werden letztlich Auseinandersetzungen um Deutungshoheit über Begriffe geführt. „Wer einen Begriff platziert und definiert, erreicht, daß man ein Wort benutzt und außerdem, daß man sich darunter etwas Bestimmtes vorstellt“, so Karlheinz Weißmann im „Wörterbuch des Konservativismus“. Wenn Thilo Sarrazin in seinem Buch „Der neue Tugendterror“ also schreibt, dass sich der „Begriff der Ehe von seiner inneren Logik her nur auf die sexuelle Beziehung von Partnern unterschiedlichen Geschlechts“ beziehen könne, dann macht er damit genau das, was Weißmann als Strategie beschreibt. Im Kampf um die Deutungshoheit über Begriffe wie Familie und Ehe, aber auch Geschlecht und Gender, versuchen antifeministische, nicht explizit neonazistische AkteurInnen zurzeit liberalen Auffassungen familialer Lebensformen mit einem gezielten öffentlichen Gegendiskurs zu begegnen. Dem gilt es mit Aufklärung, aber vor allem mit gezielten Diskursinterventionen zu begegnen.

Mit ihrer antifeministischen Themenpalette sind alte und neue AkteurInnen der extremen Rechten international zurzeit so erfolgreich, da die dem zugrunde liegende heteronormative Vorstellung zweier gänzlich unterschiedlicher, sich in ihrer Komplementarität ergänzender Geschlechter gesellschaftlicher Konsens ist. Und nicht nur in Deutschland zeigen sich AntifeministInnen „besorgt“ angesichts gleichstellungspolitischer Erfolge wie Tendenzen in Richtung einer vollständigen rechtlichen Anerkennung homosexueller Partnerschaften: Mobilisierungen etwa gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Partnerschaften bringen in anderen europäischen Ländern Hunderttausende auf die Straße und dienen extrem rechten AkteurInnen dazu, aus der eigenen „Schmuddelecke“ herauszukommen.

Die verzögerte Reaktion auf die „gefährlichen Allianzen“ zwischen „Gender“-KritikerInnen aus extremer Rechter, christlichem Fundamentalismus, Maskulismus und bürgerlichem Mainstream ist nicht zuletzt auch einer Linken geschuldet, die Themen von geschlechterpolitischer Relevanz lange Zeit vernachlässigt hat. Dabei zeigt sich aktuell

dringlicher denn je die Notwendigkeit einer Einbeziehung feministischer Perspektiven in die Analyse der extremen Rechten.

***Juliane Lang**, Berlin, M.A. Gender Studies und Erziehungswissenschaft, forscht und bildet zu Themen von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen in der extremen Rechten und pädagogischer Präventionsarbeit. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus: <http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de>.*

Das trojanische Zombie-Pferd

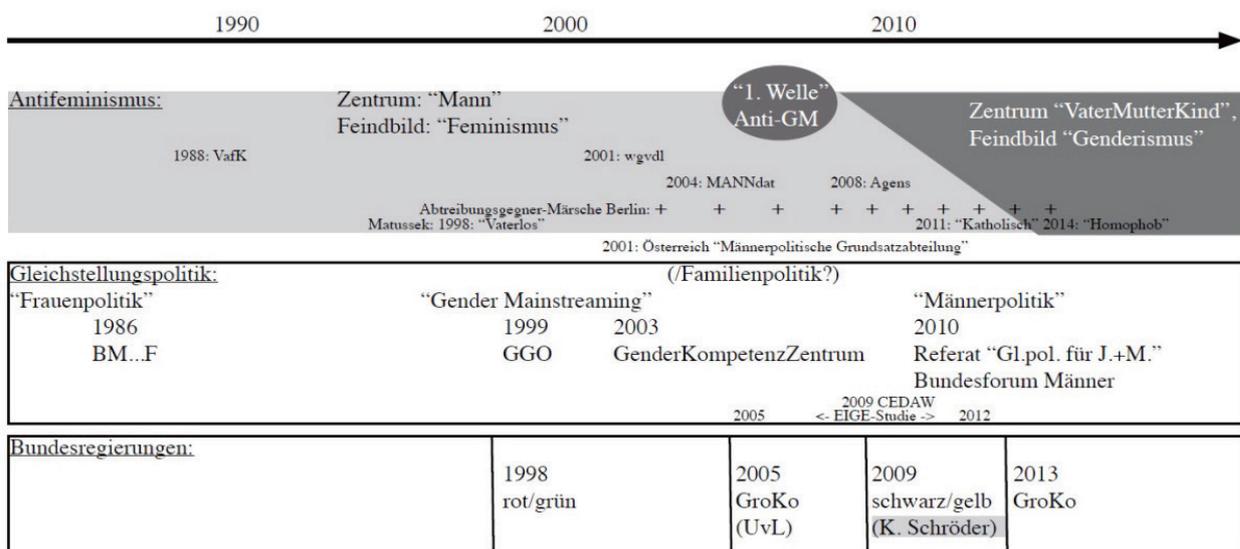
Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus

VON SEBASTIAN SCHEELE

Ausgehend von der aktuell zu beobachtenden Konjunktur antifeministischer Polemiken, Proteste und Kampagnen möchte ich fünf Thesen zu den Fragen vorstellen: Wie kommt es zu dieser Konjunktur und ihren Themensetzungen? Und mit welchen realen geschlechterpolitischen Entwicklungen hat sie zu tun?

Die Überlegungen sind tatsächlich thesenhaft, das heißt, sie fächern erst mal Erklärungsversuche auf, sind vorläufig, in vielem noch nicht vollkommen zu Ende gedacht, passen nicht zwingend zueinander. Eventuell widersprechen sie sich sogar, passen jeweils nur auf Teilbereiche oder hätten widersprüchliche Gegenstrategien zur Konsequenz. Die Abbildung illustriert einige Ausführungen und Beispiele aus den Thesen.

Selbstverständlich habe ich diese Überlegungen nicht aus der hohlen Hand allein entwickelt, sondern greife zurück auf viele wertvolle Arbeiten von Kolleg_innen, auf Inspiration durch sie und auf Austausch mit ihnen. Da der Text jedoch auf der mündlichen Form basiert, werde ich der Kürze halber kaum Quellennachweise bringen. Ziel dieser gedanklichen Lockerungsübung ist es, die Diskussion über die Ursachen der aktuellen antifeministischen Mobilisierungen anzuregen, ich hoffe, dass die Überlegungen dazu beitragen können.



These 1: Vom „Mann“ zu „VaterMutterKind“: Eine diskursive Verschiebung im Antifeminismus

Die erste These ist sozusagen die grundlegende Beobachtung, die ich mit den folgenden Thesen zu erklären versuche. Ich habe das in der Abbildung in einem Zeitstrahl darzu-

stellen versucht: Wir haben in den letzten circa fünf Jahren eine Verschiebung der antifeministischen Themenschwerpunkte und Argumentationsmuster erlebt (die diagonale Linie in der Abbildung): **Eine Verschiebung vom diskursiven Zentrum „Mann“ zum diskursiven Zentrum „VaterMutterKind“.**

Vorher standen im Zentrum der antifeministischen Argumentation die Männer: Vorstellungen von Männerbenachteiligung, Männerdiskriminierung, Männlichkeitsabwertung, Männerfeindschaft, (biologistische) Legitimationen von männlicher Herrschaft – verschiedene Varianten, aber als gemeinsames diskursives Zentrum: „Der Mann“. Eine (gefühlte) „Verteidigung“ der Gruppe der Männer gegen die Gruppe „der Frauen“ und den Feminismus. Beispielhaft für diese vorherige Phase können Gruppen genannt werden wie (in die Grafik eingezeichnet mit Gründungsjahr) „Väteraufbruch für Kinder“ (VafK) (1988), „MANNdat“ (2004), „agens“ (2008), oder das Internetforum „wgvdI“ („Wieviel ‚Gleichberechtigung‘ verträgt das Land?“, 2001) und die damit verbundene antifeministische Wikipedia-Imitation „wikiMANNia“.¹

Jetzt (sagen wir seit 2010, 2011 oder 2012) hat sich das verschoben: Jetzt stehen im Zentrum der antifeministischen Argumentation spezifische Familienkonstellationen: miteinander verheiratete heterosexuelle Cis-Gender inkl. mehrerer gemeinsam in die Welt gesetzter Kinder, die unter der Glocke einer repressiven Sexualmoral aufwachsen sollen. In der Sprache des politischen Gegners heißt diese Konstellation schlicht „die Familie“, als naturgemäße und nationenreproduzierende Einheit aus VaterMutterKind (oder natürlich noch lieber: Kinder im Plural). Die sich darum rankenden Argumentationen funktionieren unterschiedlich, mal biologistisch, mal völkisch-nationalistisch, mal bibeltreu – gemeinsam ist ihnen das diskursive Zentrum „VaterMutterKind“ als Symbol von Heterosexualität und Geschlechterbinarität. Die bürgerliche heteronormative Kernfamilie steht in diesem Szenario in gefühlter Verteidigung gegenüber einer Unterdrückung durch „Minderheiten“, insbesondere „Minderheiten“, denen eine bedrohliche Sexualität oder Geschlechtsidentität zugeschrieben wird. Andreas Kemper spricht von „Familialismus“, Thomas Gesterkamp von „Familienfundamentalisten“ – es geht um eine auf spezifische Weise rassistisch, nationalistisch, sexistisch, homophob aufgeladene Familiennorm, die ich hier der Kürze halber etwas flapsig „VaterMutterKind“ nennen möchte.

Einige Akteur_innen haben den Diskurs in beiden Phasen bedient und sozusagen selbst die Verschiebung mitgemacht; zwei Beispiele sind in die Grafik eingezeichnet: Zum einen der bereits erwähnte Verein „agens“, der den männerzentrierten Antifeminismus z. B. 2009 mit dem Sammelband „Befreiungsbewegung für Männer“ bediente, mittlerweile jedoch offenbar an der „Demo für alle“ teilhat, also den christlich-fundamentalistischen Protesten, die sich gegen den baden-württembergischen Bildungsplan formiert haben. Zum anderen sei Matthias Matussek erwähnt: in den 1990er Jahren einer der medial sichtbarsten Protagonisten des Väterrechts-Diskurses (1988 sein Buch: „Die vaterlose Gesellschaft. Überfällige Anmerkungen zum Geschlechterkampf“), publiziert er 2011 über seine Konversion zum Katholizismus, und äußert 2014 in der *Welt*, er sei „homo-

¹Zum Weiterlesen sei nur eine Broschüre genannt, die dieses Spektrum genauer betrachtet: Claus, Robert (2014): Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, online: www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10861&ty=pdf

phob, und das ist auch gut so“, eine reflexhafte Retourkutsche auf Wowereits Coming-out-Formulierung, im Gestus des kühnen Tabubrechers.

Also das wäre die These: Es gibt eine Verschiebung vom diskursiven Zentrum „Mann“ zum diskursiven Zentrum „VaterMutterKind“, vom **männerfokussiertem** Antifeminismus hin zu **familienfokussierten** Antifeminismus.

Bezogen auf die jeweiligen **Feindbilder** heißt das: Vom Feindbild „Feminismus“ (in homogenisierter, dem jeweiligen Argumentationszweck entsprechend hingebogener Karikaturhaftigkeit) zum Feindbild „Genderismus“/„Gender-Ideologie“ (womit all die unterschiedlichen Dinge über einen Kamm geschert werden, in denen das Konzept „Gender“ auftaucht oder auftauchen könnte – seien es gleichstellungspolitische Strategien wie Gender Mainstreaming, seien es wissenschaftliche Bereiche wie Gender Studies, seien es pädagogische Lehrpläne, in denen auf die Existenz von Transgender-Personen eingegangen wird, Sexualpädagogik per se, etc.).²

Das **Angst-Szenario** „Geschlechterkampf“ wird abgelöst vom Angst-Szenario „Umerzierung & Sexualisierung“.

Die vermeintlich zu verteidigenden **Opferfiguren** wechseln, es geht nicht mehr um den Mann als Opfer z. B. von Arbeitsplatzverlust wegen der Quote, die „entsorgten“ Väter, die männlichen Opfer von Gewalt durch Frauen etc., sondern um einen Klassiker kitschig-paternalistischer, projektiver *moral panic*: „Denkt an die Kinder!“, sowie nationalistisch-biopolitische Untergangsszenarien im Sinne von „Deutschland schafft sich ab“ etc..

Auch gibt es Unterschiede bezogen auf das jeweils **mobilisierte Geschlechterwissen**:

Von einem eher biologistischen Geschlechterparadigma hin zu einem religiösen Sexualitätsparadigma. Beide schließen sich nicht logisch aus, aber die Tendenz ist dennoch bemerkenswert: eine wesentlich stärkere Sichtbarkeit und Mobilisierung des religiösen antifeministischen Geschlechterwissens als noch vor wenigen Jahren. Beispiele dafür wären die kampagnenförmig gesteuerten Demonstrationen „Demo für alle“ und „Besorgte Eltern“, oder auch die Märsche gegen reproduktive Rechte (in der Grafik eingezeichnet diejenigen in Berlin, jeweils als ein Kreuzchen: erstmals 2002, und seit 2008 jährlich, also da gab es Verdichtung, zudem mit recht kontinuierlich steigenden Teilnehmer_innenzahlen).

Vielleicht bezieht sich die Verschiebung auch auf die jeweils zentral thematisierten **gesellschaftlichen Kategorien**: Von Geschlecht(-erhierarchie) zu Sexualität (und heteronormativer Geschlechterbinarität).

Wollte man die jeweiligen Diskurse zugespitzt auf einen Slogan herunterbrechen, wäre das in der vorherigen Phase vielleicht „Männer sind vom Mars, Frauen sind von der Venus“, während der jetzige besser beschrieben wäre mit so etwas wie „Familien kommen von Gott, Sexualität aus der Hölle (oder dem Kommunismus ...)“.

Woher kommt diese Verschiebung? Bevor es um die Erklärung dieser These geht, soll

²Mehr zum Vorwurf der „Gender-Ideologie“ und der „Unwissenschaftlichkeit“ in folgender Broschüre: Frey, Regina/Gärtner, Marc/Köhnen, Manfred/Scheele, Sebastian (2014): Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie – Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse, 2. aktualisierte Auflage, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, online: <http://www.gwi-boell.de/de/2013/11/20/gender-wissenschaftlichkeit-und-ideologie-argumente-im-streit-um-geschlechterverh%C3%A4ltnisse>

noch ein – eventuell relativierendes, eventuell erklärendes – Phänomen angesprochen werden, das in der Grafik als Oval eingezeichnet ist:

Die erste Welle von Kritik an Gender Mainstreaming

2005/2006/2007 gab es eine „erste Welle“ der polemischen Kritik an Gender Mainstreaming, eine klar identifizierbare, fast kampagnenförmige Welle: insbesondere Volker Zastrow in der FAZ (noch mal als Buch veröffentlicht im manuscriptum Verlag, in dem später auch Akif Pirinçcis „Sachbücher“ erscheinen sollten), René Pfister im *Spiegel* sowie Artikel in *Stern*, *Cicero*, *Junge Freiheit*, auch das christlich-fundamentalistische Spektrum war beteiligt (z. B. idea spektrum/„Offensive Junger Christen“/„Deutsches Institut für Jugend und Gesellschaft“). Einige Akteur_innen haben die beschriebene Verschiebung also schon punktuell vorweggenommen oder vorbereitet, einige beackern das Thema seit Langem auf diese Art (z. B. Gabriele Kuby, publizierend und mit ihrem konvertitischen Eifer durch die Talkshows tingelnd).

Von daher handelt es sich bei der beschriebenen Verschiebung nicht um eine säuberlich trennbare, restlose Ersetzung des einen durch das andere; sie stellt vielleicht dennoch eine hilfreiche Vereinfachung dar. Jedenfalls gab es damals schon diese klar identifizierbare, fast kampagnenförmige erste Welle und es gab auch kritische Analysen dazu, z. B. die diskursanalytische Abschlussarbeit von Julia Roßhart³ bereits von Ende 2007: Sie beschreibt bereits das „Bedrohungsszenario Gender“, hat einige dieser Delegitimierungsstrategien herausgearbeitet, u.a. auch die Homophobie, und bilanziert diese erste Welle: „Es zeichnet sich ab, dass sich einige Delegitimierungsstrategien über die Debatte hinaus verfestigen und Politiken rund um den Begriff ‚Gender‘ negativ besetzt werden.“

Das ist genau das, was dann geschehen ist: Das ist genau die Verschiebung, die wir jetzt auf breiter Basis beobachten können. Bei den weiteren Thesen geht es nun darum, diese Verschiebung im Antifeminismus zu erklären.

These 2: Einflussfaktoren auf die antifeministische Konjunktur: Medien, Kirche, Internationales

a) Medienspezifische Faktoren: Neue Mobilisierungsmöglichkeiten und Online-Aufmerksamkeitsökonomie

Die Vernetzungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten im Internet sind in den letzten Jahren gestiegen. Vielleicht fällt die diskursive Verschiebung von „Mann“ zu „VaterMutter-Kind“ zeitlich mit der gesellschaftlichen Durchdringung mit Web 2.0 zusammen, also insbesondere der breiten, alltäglichen Nutzung von sozialen Netzwerken, Online-Petitionen etc., jenseits von Nerd-Kreisen oder bestimmten Szenen und Altersgruppen. Das nimmt dann beispielsweise die Form von Massenmail-Kampagnen an Europaabgeordnete an, z. B. beim Estrela-Bericht über sexuelle und reproduktive Rechte, der 2013 – wohl auch aufgrund dieses Spams – letztlich im Parlament sehr knapp abgelehnt worden ist. Das Medium erleichtert die Vernetzung besonders von vereinzelt weltanschaulichen

³ Roßhart, Julia (2007): Bedrohungsszenario Gender – Gesellschaftliches Geschlechterwissen und Antifeminismus in der Medienberichterstattung zum Gender Mainstreaming, Magisterarbeit, Universität Potsdam, online: <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2008/1837>

„special interest“-Gruppen, oder von vereinzelt Personen mit wenig massentauglichen politischen Überzeugungen, die vor Ort isoliert und nicht politisch aktiv sind, aber sich online gegenseitig finden und kampagnenfähig werden. Zudem erleichtert das Medium das „Astroturfing“ („Kunstrasenbewegung“), also das Simulieren einer Graswurzelbewegung, durch das Vortäuschen einer Vielzahl von Aktiven durch eine kleine Gruppe professioneller Lobbyist_innen und PR-Profis. So steckt z. B. die „Zivile Koalition“ rund um das Ehepaar von Storch hinter einer Vielzahl wohlklingender Namen wie „Initiative Familienschutz“, der vermeintlichen Basis-Bewegung „Demo für alle“, einigen journalistisch wirkenden Blogs und auf den ersten Blick neutral erscheinenden Seiten wie „AbgeordnetenCheck.de“, die niedrigschwelliges Online-Engagement ermöglichen. So können Kampagnen koordiniert und gesteuert werden. Generell erleichtert das Internet auch bestimmte Formen von *hate speech* (durch Anonymität, durch unzureichend moderierte Foren), was auch schon aus dem männerzentrierten Antifeminismus zur Genüge bekannt war, sich jedoch aufgrund der Allgegenwart des Web 2.0 weiter verbreitet hat.

Auch die Online-Aufmerksamkeitsökonomie scheint eine Rolle zu spielen bei antifeministischen Kampagnen. Damit meine ich die Entwicklung, dass im Online-Journalismus die Rezeption direkt quantifizierbar ist: Es ist für die Redakteur_innen direkt quantitativ ablesbar, welche Texte wie oft aufgerufen wurden, wie viele Klicks hatten, wie oft kommentiert wurden etc., während früher nur gröbere Indikatoren (Verkaufszahlen, Abonnement-Zahlen, Leser_innenbriefe) vorlagen. Das führt offenbar dazu, dass einfach gern „Aufreger“ produziert werden, die die Klickzahlen nach oben treiben.

Steckt hinter so manchen antifeministischen Polemiken also nicht unbedingt Überzeugung, sondern ein zynisch-nüchternes aufmerksamkeitsökonomisches Kalkül? Einiges spricht dafür. Und das Schönste daran, aus Chefredakteur(seltener: -_innen)-Sicht: Bei der nächsten Gelegenheit wird dann einfach das Gegenteil behauptet und schon gibt es direkt einen weiteren Aufreger. Das Manöver wirkt zudem so wunderbar pluralistisch, als ob es tatsächlich um den Austausch von Argumenten ginge ... Ich möchte vorschlagen, diese Strategie „Click-Maximierung durch Pluralismus-Imitation“ zu nennen (kurz: Cli-MaxDuPli). Und gerade das vermeintlich gleichwertige Nebeneinander von hetzendem Artikel und aufklärendem Artikel wertet Ersteren erst zur salonfähigen Stimme im pluralistischen Konzert auf. Durch ein solches Manöver gibt sich jede noch so dubiose Plattform – ungeachtet ihres Hintergrunds oder der Herkunft ihrer (oft unbezahlten) Texte – den Anschein eines tatsächlich journalistischen Mediums, was in der Aufmerksamkeitsökonomie des Internets inmitten unendlicher Content-Mengen ein wertvolles Image ist.

Derartige medienspezifische Faktoren spielen sicherlich eine Rolle bei aktuellen antifeministischen Konjunkturen und ihrer „Lautstärke“, können aber nicht unbedingt die inhaltliche Ebene, die diskursive Verschiebung erklären.

b) Kirchliche Faktoren: Schrumpfung auf den harten „Marken“-Kern

Dies ist eine Art religionssoziologischer Faktor: Die Kirchen haben immer weniger Mitglieder und immer weniger aktive Mitglieder. Demografisch sind die Kirchgänger_innen eher älter und damit tendenziell konservativer. Die realen Zahlen geben den Anspruch einer „Volkskirche“ jedenfalls nicht mehr her, es gibt einen gewissen Hegemonieverlust.

Gleichzeitig musste eine korporatistische „Volkskirche“ jedoch möglicherweise offener sein, pluralistischer; verliert sie diesen Anspruch sowie die entsprechende Basis, schrumpft sie eventuell auf den (ideologisch) harten Kern. Aus Sicht der katholischen Kirche gedacht hieße das marketingmäßig eine „Rückbesinnung auf den Markenkern“. So trug Ratzinger in seiner Zeit als Papst zu einer (Re-)Traditionalisierung der Katholischen Kirche bei, indem er z. B. innerkirchliche Reaktionäre rehabilitierte und innerkirchliche Reformen relativierte. Eine Kirche, die (wieder) ihren eigenen harten Kern pflegt, bietet manchen offensichtlich einen gewissen Distinktionsgewinn. Dafür stehen Phänomene wie Kubys oder Matusseks Beitritt zum Katholizismus (inkl. des dazugehörigen öffentlichen Bekenntnisses in Form eines Buches) oder die Beobachtung aus Frankreich, dass katholisch zu sein in manchen Milieus plötzlich wieder „chic“ ist.

c) Internationale Faktoren: Inspiration und Unterstützung z. B. aus Frankreich, Russland, USA

Die antifeministischen Kampagnen und Proteste in Deutschland sind durchaus international vernetzt und profitieren teilweise von direkter Inspiration, personeller oder finanzieller Unterstützung aus dem Ausland.

Aus **Frankreich** ist hier natürlich die enorm große Mobilisierung gegen die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben (die sogenannte „Manif pour tous“, also „Demo für alle“, die gegen die „Ehe für alle“ in Anschlag gebracht wurde) zu nennen. Dieses Modell wird zu kopieren versucht, indem deren Initiator_innen eingeladen werden oder mit „Demo für alle“ das Motto – wenn auch für einen thematisch anderen politischen Anlass, nämlich Schulcurricula – genutzt wird.

Aus **Russland** stammt Unterstützung sowohl für die französischen Proteste wie auch für familienzentriert-antifeministische Proteste in Deutschland. Insbesondere ist das russische Kulturinstitut in Paris, das „Institut de la Démocratie et de la Coopération“, zu nennen, das bereits die dortigen Proteste unterstützt hat und nun in Deutschland auch bestimmte Akteur_innen unterstützt, z. B. die Konferenz des Querfront-Magazins *Compact*. Dort sprachen 2013 die Duma-Abgeordneten, die für das russische „Homopropaganda“-Gesetz verantwortlich waren. In die andere Richtung berichtet das russische Staatsfernsehen von den „Besorgte Eltern“-Demonstrationen in Deutschland.⁴ Bei einem „Fami-

⁴Spätestens hier fällt auf, wie sehr Geschlecht und Sexualität als symbolischer Zündstoff in geopolitischen Konstellationen instrumentalisiert wird. Man könnte es fast symmetrisch nennen, wie Machthaber_innen vielerorts auf Geschlechterpolitik, Frauen- und Homorechte rekurrieren: Dem „Westen“ geraten sie zur Legitimation von auch militärischen Interventionen (sofern ein über dieses „Gedöns“ hinausgehender Gewinn winkt), während z.B. die russischen Machthaber_innen die eigenen Machtinteressen als Verteidigung von Kultur und Natur gegen westlich-liberale Dekadenz zu deklarieren versuchen. Für emanzipatorische Bewegungen ist es immer wieder kompliziert, in diesem Spannungsfeld zu agieren. Doch auch antifeministische Bewegungen entkommen den Komplikationen nicht. Insbesondere seit dem Winter von „Hogesa“, „Endgame“, „Pegida“, etc.pp.-gida wäre diese Konstellation nochmal genauer zu durchdenken: Wie ist der jeweilige Bezug zu „westlichen Werten“ („Liberalismus“ wäre hier ein zu schmeichelhafter Begriff)? Diese Frage spaltet die Argumentationen eines bestimmten Spektrums: die einen propagieren „westliche Werte“ im Rahmen anti-muslimischen Rassismus' („...gegen die Islamisierung des Abendlandes“), die anderen verwehren sich gerade gegen die „zersetzenden“ Effekte westlich-bürgerlicher Gesellschaft, auf klassisch antiamerikanische Weise („... gegen die Amerikanisierung Europas...“). Diese Inkompatibilität an zentraler programmatischer Stelle wird aber offenbar nicht gesehen und hindert nicht an gemeinsamer Mobilisierung („... gegen die Islamisierung und Amerikanisierung Europas...“). Welche Rolle

lien“-Kongress im Kreml kamen orthodoxe Kirchenautoritäten zusammen mit auf westlichen Sanktionslisten stehenden Oligarchen, Vertreter_innen von FPÖ und Front National und Gabriele Kuby, die in ihrem Vortrag Putins „Standfestigkeit“ gegen die „Gender-Ideologie“ lobte.

Interessanterweise gibt es gleichzeitig Unterstützung aus den USA, insbesondere über internationale evangelikale Netzwerke. Das merkt man besonders bei den Themen „Homoheilung“ und Schulpflicht. (So wird versucht, hierzulande die Erfolge der christlichen *homeschooling*-Bewegung in den USA zu kopieren. Die Weigerung von Eltern aus einer christlichen Sekte, ihre Kinder am Sexualkundeunterricht teilhaben zu lassen, war offenbar Anlass der ersten „Besorgte Eltern“-Demos in Köln.) Auch beim Kampf gegen reproduktive Rechte beispielsweise in Brüssel gibt es Unterstützung von antifeministischen Netzwerken aus den USA.

Diese drei Bereiche – Medien, Kirche, international – stellten sicherlich Einflussfaktoren für die aktuellen antifeministischen Kampagnen und Proteste dar und eventuell auch zur diskursiven Verschiebung hin zum familienzentrierten Antifeminismus. Aber vielleicht gibt es weitere Faktoren, die direkter mit Entwicklungen in der Geschlechterpolitik zu tun haben? Kann man die Verschiebung auch als Reaktion auf reale geschlechterpolitische Entwicklungen erklären?

In diesem Sinne sei noch ein internationaler Faktor benannt, nämlich der Einfluss von geschlechterpolitischen Entwicklungen in **Österreich**. Kurz zu den Fakten: In Österreich ist, wie in der Grafik eingezeichnet, während der FPÖ-Regierungsbeteiligung 2001 eine ministeriale „Männerpolitische Grundsatzabteilung“ eingerichtet worden, in einem FPÖ-geführten Ministerium. Diese Abteilung war deutlich antifeministisch ausgerichtet in ihrer Arbeit, meist im Sinne der Männerzentriertheit (Vaterlosigkeit, Scheidungsväter ...), aber teils auch schon familienzentriert und mit christlich-religiöser Argumentation pro Geschlechterbinarität und pro Homophobie. Nach dem Ende der FPÖ-Regierungsbeteiligung hat sich die Ausrichtung der Abteilung verändert, der zuständige Minister war dann von der SPÖ und hat sich explizit von der vorherigen „antifeministischen Broschürenproduktion“ distanziert. Die Abteilung (weiterhin geleitet vom von der FPÖ eingesetzten Abteilungsleiter) verfolgt nun „gleichstellungsorientierte Männerpolitik“ – und kooperiert in dieser Funktion mit dem deutschen Gleichstellungsministerium. Damit hat der österreichische Einfluss zur Etablierung des „Männerpolitik“-Labels beigetragen: dazu in der folgenden These mehr.

These 3: „Den Wind aus den Segeln genommen“ – Gesunkene Mobilisierungsfähigkeit des männerzentrierten Antifeminismus wegen Institutionalisierung und Integration

Teile des männerzentrierten Antifeminismus sind realpolitisch aufgegriffen oder integriert worden, daher hat er an Mobilisierungsfähigkeit verloren. Für diese These sprechen verschiedene Indikatoren:

spielt die „Genderismus“-Kritik dabei? Könnte „der Genderismus“ das gemeinsame Feindbild sein, das alle diese Widersprüche überdeckt und die Proteste zusammenkittet?

a) Väterrechte

Gerade das Thema Väterrechte, was das große Thema im männerzentrierten Antifeminismus war, das Leute auf die Straße gebracht hat, kann mittlerweile offenbar kaum noch mobilisieren. Dies dürfte auch daran liegen, dass einige realpolitische Veränderungen bestimmte Themen aufgegriffen haben und sich dadurch einige Kämpfe erübrigt haben – oder sie zumindest auf eine Art komplizierter gemacht haben, die sie nicht mehr für polarisierende Proteste geeignet erscheinen lassen. Genannt sei nur der Europäische Gerichtshof, der in den letzten Jahren die rechtliche Position „biologischer Väter“ gestärkt hat. Doch auch abseits konkreter rechtlicher Regelungen gab es symbolische Veränderungen. Denn der Väter-Furor im männerzentrierten Antifeminismus bezog sich nicht nur auf konkrete Regelungen beispielsweise im Sorgerecht, sondern auch auf symbolische Aspekte von „Väterlichkeitsabwertung“ oder „Männlichkeitsabwertung“. Und gerade hinsichtlich der symbolischen Aufladung von Väterlichkeit hat sich in den letzten Jahren natürlich einiges getan, es sei nur an Ursula von der Leyens Umsetzung des Elterngelds inklusive des Kompromisses um die sogenannten „Vätermonate“ erinnert. Die Kritik am „Wickelvolontariat“ wirkt nun sehr weit entfernt, und hat längst Platz gemacht für die „neuen Väter“, die eine Weile von Hype begleitet wurden, aber nun eine gewisse Alltäglichkeit erreicht haben. Auch diese symbolische Veränderung hat einigen Väter-Bewegten sicherlich Wind aus den Segeln genommen.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie wenig wahrnehmbar die Väterrechtsszene in den letzten Jahren war. Noch vor einigen Jahren – bis vielleicht 2010? – zog jährlich eine bundesweite Demo des „Väteraufbruchs für Kinder“ (VafK) durch Berlin, die auch medial präsent war, z. B. als sich der Schauspieler Mathieu Carrière 2006 vor dem Justizministerium „kreuzigen“ ließ. (Auch dies ist ein interessantes Symptom der diskursiven Verschiebung: Ob eine derartige Kreuzigungsperformance möglich wäre bei einer antifeministischen Demonstration, die aus dem fundamentalistisch-christlichen Spektrum (mit-)organisiert wird?) Der VafK ist auch in anderer Hinsicht interessant für die gesunkene Mobilisierungsfähigkeit des männerzentrierten Antifeminismus. Denn nach einigen kontroversen Debatten ist der VafK Mitglied im Bundesforum Männer geworden, also dem gleichstellungsorientierten Dachverband von Männerverbänden (analog zum Deutschen Frauenrat und oft mit diesem kooperierend). Offenbar ist der „Väteraufbruch“ damit weniger attraktiv für bestimmte Antifeminist_innen geworden und die bereits vorher bestehende interne Heterogenität hat sich nun in eine Richtung vereindeutigt, weg von der antifeministischen Polemik. In der Grafik bedeutet dies: Der VafK ist sozusagen vom oberen Kasten zum „Antifeminismus“ durch die Mitgliedschaft im Bundesforum Männer in den mittlere Kasten „Gleichstellungspolitik“ gerutscht. Das leitet auch über zu einer weiteren Entwicklung:

b) (Gleichstellungsorientierte) Männerpolitik

Es ist in den letzten Jahren zu einer Institutionalisierung einer sogenannten Männerpolitik gekommen. 2009 wurde im schwarz-gelben Koalitionsvertrag die Entwicklung einer eigenständigen Jungen- und Männerpolitik vereinbart. 2010 wurde dann, wie in der Grafik eingezeichnet, ein entsprechendes Referat im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eingerichtet (bzw. umstrukturiert), und das Bundesforum

Männer gegründet. Es gab eine Menge Diskursproduktion rund um diese gleichstellungsorientierte Männerpolitik, beispielsweise einen programmatischen Sammelband (Theunert 2012) und eine Konferenzkooperation zwischen dem deutschen und dem österreichischen Gleichstellungsministerium (2012 in Berlin, 2014 in Wien). Einiges am „Männerpolitik“-Konzept ist diskussionswürdig, doch dies führt hier zu weit.⁵ Problematisch ist auf jeden Fall, wenn gleichstellungsorientierte Männerpolitik sich in Äquidistanz zu Feminismus und Antifeminismus positioniert. Das reicht zum einen nicht als konzeptionelle Richtschnur, denn es geht der Frage nach den Zielen aus dem Weg, die doch für jede konkrete Maßnahme jenseits von Wohlfühl-Symbolpolitik zentral sein müsste. Zum anderen klingt das Selbstverständnis, ganz „ideologiefrei“, vernünftig-nüchtern, ohne Polarisierung und ohne „Geschlechterkampf“ in der „Mitte“ zu agieren, schlicht wie eine geschlechterpolitische Variante der Extremismus-Theorie.

Doch ungeachtet der Bewertung kann festgehalten werden, dass es gleichstellungsorientierte Männerpolitik seit etwa 2010 auf institutionalisierte Weise gibt. Dieses realpolitische Aufgreifen bestimmter männerbezogener Themen (oder das schlichte Sprechen von „Männern“ als spezifischer Zielgruppe) hat dem männerzentrierten Antifeminismus Wind aus den Segeln genommen.

c) Ministeriale Feminismus-Schelte

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag von 2009 ist bereits angesprochen worden und ich möchte noch an die damalige Ministerin Kristina Schröder erinnern. Eine gleichstellungsabgeneigte Gleichstellungsministerin ist natürlich ein bemerkenswertes diskursives Kuriosum (und daher in der Grafik erwähnt), zumal sie antifeministische Vorurteile bediente und bestärkte beispielsweise durch ihr Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber“, in dem sie dem Feminismus ein „Diktat der Rollenbilder“ ankreidete. Sie hat den organisierten männerzentrierten Antifeminismus vor ein gewisses Dilemma gestellt: Einerseits gab es in diesem Spektrum Freude über ihre Feminismus-Schelte und ihr Einstehen für die vermeintlich vernachlässigten Jungen und Männer (auch ihr Engagement in Sachen „Deutschenfeindlichkeit“ wurde goutiert, doch die damit aufzumachenden Fässer würden hier zu weit führen). Andererseits kratzt eine derartige Identifikation mit einem Regierungsmitglied durchaus am Selbstverständnis als rebellische Tabubrecher, die mutige Kämpfe für die unterdrückte Wahrheit ausfechten etc. Und dann noch – im teils explizit frauenfeindlichen männer-zentrierten Antifeminismus – eine Identifikation mit einer Frau ... Ich erinnere mich an eine Grafik nach Schröders Amtsantritt, prominent auf einer Homepage des männerzentrierten Antifeminismus, die aus ihrem Porträt und der Unterschrift „This is what an anti-feminist looks like“ bestand – doch offenbar verlor diese Identifikation im Laufe der Legislatur an Reiz und die Grafik verschwand wieder.

Ob Schröders Wirken nun als männer-zentrierter Antifeminismus oder als gleichstellungsorientierte Männerpolitik bilanziert werden kann, ist an dieser Stelle vielleicht nicht zentral: In beiden Fällen gilt, dass „Männer“-Themen seit ein paar Jahren in gewisser

⁵Für eine weiter führende Diskussion sei auf diesen Text verwiesen: Geppert, Jochen/Scheele, Sebastian (2013): Agenten des Wandels – Männer und Gender Mainstreaming, in: Jansen, Mechthild M./Röming, Angelika/ Rohde, Marianne (Hg.): Männer Frauen Zukunft. Ein Genderhandbuch, München: Olzog, 119-142.

Form in der Bundesregierung repräsentiert sind und dass dies ein Faktor sein könnte, warum sich die einschlägig aktiven Antifeminist_innen anderen Themen des Wütens zugewandt haben: dem VaterMutterKind-Antifeminismus, Homophobie, Transphobie, Kritik am „Genderismus“. Dann klappt's auch wieder mit dem rebellischen Gestus und dann konnten sie sich auch wieder gegen die Gleichstellungsministerin positionieren. Erinnert sei an die absurde Empörung über Kristina Schröders beiläufige Bemerkung in einem *Zeit*-Interview, dass Gott kein Geschlecht habe: Endlich enttarnt, Kristina Schröder ist auch eine Genderistin ...!

Jenseits dieser Personalfragen gilt es jedoch, die gleichstellungspolitischen Entwicklungen genauer anzuschauen. Damit nähern wir uns auch endlich dem reißerischen Titel:

These 4: Das trojanische Zombie-Pferd – eine längst gestorbene, ambitionierte Gleichstellungsstrategie wird zur untoten Angstfantasie

Diese These bezieht sich natürlich auf Gender Mainstreaming und konkret die Geschichte von Aufstieg und Fall von **Gender Mainstreaming in der Bundesregierung**. Zum Aufstieg einige Schlagworte: In der Grafik habe ich 1999 die „Gemeinsame Geschäftsordnung“ (GGO) der Bundesministerien eingetragen, in der im Rahmen der rot-grünen Verwaltungsmodernisierung Gender Mainstreaming sehr prominent verankert wurde als verpflichtende Aufgabe für alle Ministerien. Es gab dann einen ambitionierten Implementierungsprozess, mit Pilotprojekten und entsprechenden Steuerungs- und Unterstützungsgremien (z. B. die interministerielle Arbeitsgruppe IMA). Im zweiten rot-grünen Koalitionsvertrag wurde die Einrichtung des GenderKompetenzZentrums (2003 an der Humboldt-Universität in Berlin) beschlossen, um die Umsetzung von Gender Mainstreaming in den Ministerien zu unterstützen. Jedoch verlor sich der Elan des Aufbruchs irgendwann; es gab weniger Unterstützung „von oben“, weniger Aktivitäten in puncto Gender Mainstreaming und keinen Druck auf die anderen Ministerien mehr, die IMA wurde nicht mehr einberufen und schließlich war Gender Mainstreaming auf Bundesebene still entschlafen. Auch die Finanzierung des GenderKompetenzZentrums – auch in der Grafik eingetragen – durch das BMFSFJ endete 2010. Diese Entwicklung ist natürlich nicht verborgen geblieben, so gab es öffentliche Kritik von den fachlich einschlägigen Expert_innen und Verbänden, z. B. offene Briefe des Verbands „Gender Mainstreaming Experts International“ (GMEI) an Ursula von der Leyen 2006. In der Grafik habe ich diese Kritik am Absterben des Implementierungsprozesses von Gender Mainstreaming angedeutet über zwei Einträge: Zum einen die Kritik des CEDAW-Ausschusses der UN, der 2009 die „Rückkehr zu einer integrierten Strategie“ einforderte. Zum anderen eine Studie des Europäischen Gleichstellungsinstituts (EIGE), in dem die institutionellen Mechanismen der Gleichstellungspolitik für alle EU-Mitgliedstaaten verglichen wurden. Es hatte dafür die Vergleichszeitpunkte 2005 und 2012 gewählt, was für Deutschland deutlich sichtbar macht, wie die 2005 noch bestehenden Strukturen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming 2012 schlicht nicht mehr bestehen. Deutschland gehört 2012 zu jener kleinsten Gruppe von EU-Mitgliedstaaten, die überhaupt keine Institutionen oder Strukturen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming besitzen (zusammen mit Irland und Slo-

wenien). In diesem Sinne verfolgt die Bundesregierung keine systematische gleichstellungspolitische Strategie mehr, es gibt eine gleichstellungspolitische „Institutionalisierungs-Lücke“, wie ich das an anderer Stelle genannt habe.⁶ Wenn wir es ganz einfach zusammenfassen wollen: Gender Mainstreaming ist tot. (Dies gilt zumindest für die Bundesebene, auf anderen Ebenen wie Bundesländern oder Verbänden sieht dies teils anders aus).

Um die Perspektive nicht zu sehr auf diese eine spezifische Strategie zu verengen, habe ich kontextualisierend noch zwei weitere Stichworte in die Grafik eingetragen:

Zum einen die Etablierung von Frauenpolitik, symbolisch anhand der Aufnahme von „Frauen“ in den Namen des Ministeriums (1986: „Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit“), die dann zu Gleichstellungspolitik erweitert wurde, für die hier die Strategie Gender Mainstreaming beispielhaft angeschaut wurde.

Zum anderen „Familienpolitik“ als eine Tendenz, Geschlechterpolitik primär als Familienpolitik zu betreiben. In der Grafik ist diese Tendenz vorsichtig in der Mitte der 2000er Jahre eingezeichnet. Das junge Politikfeld Gleichstellungspolitik wurde damit wieder zurückgeschraubt oder gar als eigenständiges abgeschafft, sofern es als Teilbereich der Familienpolitik betrieben wird (beispielsweise zentriert um Vereinbarkeit). Familienpolitik verfolgt – bei aller gleichstellungspolitischen Relevanz – letztlich weniger das Ziel Gleichstellung, sondern zielt vor dem Hintergrund des „demografischen Wandels“ eher auf pronatalistische Bevölkerungspolitik ab, auch wenn diese etwas verdrückt „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung“ genannt wird, wie ein Gutachten von Bernd Rürup und Sandra Gruescu für das BMFSFJ 2003 (und damit zeitgleich zur Hochphase von Gender Mainstreaming) hieß. Seine Handlungsempfehlungen stellen eine Blaupause dessen dar, was in den folgenden Jahren insbesondere durch Ursula von der Leyen familienpolitisch durchgesetzt werden sollte: das Einkommensabhängige Elterngeld, die Elternzeit inkl. nicht-übertragbarer Monate, der Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur.

Auch diese Tendenz, Geschlechterpolitik primär als Familienpolitik zu denken und argumentativ in diesen Rahmen zu stellen, hat möglicherweise zur diskursiven Verschiebung beigetragen. Zumindest sind im Zuge dessen langsam, aber sicher die Anstrengungen eingestellt worden, Gender Mainstreaming zu kommunizieren, zu erklären oder auch nur gegen Angriffe zu verteidigen. 2011 gab es eine Broschüre des BMFSFJ zum Jubiläum „25 Jahre Frauenministerium“ und selbst im enthaltenen geschichtlichen Abriss – ganz zu schweigen von den aktuellen politischen Schwerpunktsetzungen – tauchte Gender Mainstreaming faktisch nicht auf.

Warum nun „Trojanisches Pferd“? Die antike Sage dürfte grob bekannt sein: Ein Pferd aus Holz, in dem sich Soldaten versteckt hatten, als List, um das belagerte Troja einzunehmen. Also sich dort durch List hineinzumogeln und dann nachts von innen loszuschlagen (Die List war übrigens erfolgreich, der Legende nach). Hier steht das Trojanische Pferd als Metapher für eine bestimmte politische Strategie: Die eigenen Forderungen

⁶Bei Interesse mehr hier: Frey, Regina/Scheele, Sebastian (2015): Eine kurze Geschichte der Demontage – Institutionelle Mechanismen im Sinne der Aktionsplattform gibt es in Deutschland nicht mehr, in: FrauenRat, Heft 1/2015, 24-25, http://www.gender.de/cms-gender/wp-content/uploads/Institutionelle_Mechanismen_qu.pdf

verpacken in etwas für eine Institution Attraktives (oder gar Notwendiges), um damit letztlich in der Institution selbst deren Handeln zu ändern. Der Bezug der Metapher auf Gender Mainstreaming stammt nicht von mir, sondern aus dem Gender Mainstreaming-Diskurs selbst. So erläutert das „Gender-Glossar“ unter Bezug auf die feministische Politikwissenschaftlerin Alison Woodward: *„Gender Mainstreaming bietet die Möglichkeit, gleichstellungspolitische Anliegen wie ein ‚Trojanisches Pferd‘ in Organisationen einzubringen, das heißt, deren Entscheidungsprozesse und Logiken gezielt zu nutzen.“*

Also: eine Metapher für eine institutionen-immanente Strategie. Mittlerweile wird sie hauptsächlich durch Antifeminist_innen genutzt:

„... das trojanische Pferd heißt Gendermainstreaming. Was dieses bedeutet und was das Pferd bewirken will, hat in jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit die Soziologin und Publizistin Gabriele Kuby ausführlich dargestellt in ihrem inzwischen in 6 Sprachen übersetzten Buch: ‚Die globale sexuelle Revolution. Die Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit.‘“

Auch in der *Jungen Freiheit* findet sich die Metapher von Gender Mainstreaming als Trojanischem Pferd. Und Karl-Heinz Lier, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rheinland-Pfalz, hat im bereits erwähnten Sammelband von „agens“ 2009 die Bezüge auf antike Sagen noch weiter strapaziert: „Gender Mainstreaming oder: Die Hydra im Trojanischen Pferd“.

Warum nun trojanisches Zombie-Pferd? Weil Gender Mainstreaming tot ist und nur als Untoter fortlebt in den antifeministischen Angstszenerien und dort als besonders gruselig ausgemalt wird. Dabei zeigt sich ein seltsamer Zeitverzögerungseffekt: Während Gender Mainstreaming noch lebte und mit gewissem Anspruch betrieben wurde, gab es weniger lautstarke Kritik daran als jetzt, wo Gender Mainstreaming eigentlich tot ist. Während die „Erste Welle“ der Anti-Gender-Mainstreaming-Polemiken eine gewisse empirische Fundierung in dem Sinne hatte, dass Gender Mainstreaming damals zumindest noch existierte, ist seit der Verbreiterung zur offenbar immer aufrufbaren Polemik gegen „Genderismus“, „Gender-Ideologie“, „Gender-Wahn“ dieses Minimum an empirischer Fundierung schlicht verloren gegangen. Gender Mainstreaming lebt nur in einer verzerrten Version als Zombie-Schauermärchen fort. Ab und zu mögen die Antifeminist_innen ja tatsächlich in einen Originaltext aus dem Gender Mainstreaming-Diskurs schauen, anstatt die Polemiken der immer gleichen – nennen wir es schmeichelhaft – Sekundärliteratur aus dem Hause Kuby, Zastrow, Kelle etc. zu wiederholen. Der Witz der Geschichte besteht jedoch darin, dass sie eigentlich die Einzigen sind, die diesen Texten noch einen enormen Einfluss zuschreiben. Und vor Empörung bebend stellen sie fest, dass sonst niemand über diesen enormen Einfluss von Gender Mainstreaming berichtet – wenn das kein Beweis für die Verschlagenheit dieser geheimen Verschwörung ist!

Wenn wir noch mal die Metapher vom Trojanischen Pferd nutzen möchten, sieht die Lage folgendermaßen aus: Das Holzpferd steht jetzt leer mitten in der Stadt herum, die – sorry für die militaristische Metapher – Soldat_innen sind vor langer Zeit bereits herausgekrabbelt, haben gekämpft, manche sind dabei gestorben oder wieder aus der Stadt herausgeschmissen worden, manche haben versucht in der Stadt bestimmte Positionen zu ergattern, manche haben dies geschafft, aber sitzen jetzt recht einsam auf diesen Positionen und können ohne ihre Mitstreiter_innen wenig ausrichten. Das riesige Holzpferd steht

dabei weiter leer in der Stadt herum. Und die Antifeminist_innen zeigen mit dem Finger drauf: „Schaut mal, das gefährliche Riesenpferd ist immer noch da! Schaut, wie groß es ist und wie viele Feminist_innen dort hineinpassen, die uns jetzt alle unterwandert haben. Zu den Waffen, Selbstverteidigung ...!“ etc.

Und manchmal sind es auch die Herrschenden der Stadt, die auf das Pferd zeigen. Wenn es für sie hilfreich ist, bekommt es sogar einen neuen Anstrich und wird aufpoliert und sie sagen: „Seht her, wir haben Gender Mainstreaming! Mitten in der Stadt!“ So kann beispielsweise gegenüber der UN – nicht einmal unrichtig – behauptet werden, dass Gender Mainstreaming immer noch in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) verankert ist. Doch wenn dies nicht angewandt wird, ist das nicht viel nützlicher als ein leeres Holzpferd.

Doch langsam sind wir wohl an den Grenzen der Metapher angekommen, daher zur letzten These.

These 5: Geschlechterpolitik unter postdemokratischen Bedingungen

Wenn die Proteste gegen Gender Mainstreaming nicht einmal mehr die Existenz von Gender Mainstreaming benötigen – woher kommen dann die Emotionen, der Hass, die Angst vor dem selbsterfundenen untoten Gruselwesen?

Ich möchte mit dem Postdemokratie-Begriff versuchen, die diskursive Verschiebung im Antifeminismus zu erklären. Mit „Postdemokratie“ ist der Zustand gemeint, in dem Politik nicht mehr als Wahl zwischen verschiedenen Möglichkeiten, als Streit um alternative Ziele und Wege besteht, sondern nur noch als Ausführung von (angeblichen) Sachzwängen unter dem Banner der „Alternativlosigkeit“. So bilanziert Bernhard Schmidt für die französische Lage, es seien kaum Unterschiede der aktuellen Regierung zur Vorgängerregierung erkennbar, und sieht darin einen Faktor der starken Polarisierung in geschlechterpolitischen Themen und mithin der starken antifeministischen Mobilisierungen: *„So haben sich die Unterschiede zwischen den großen politischen Lagern weitgehend verwischt. Gerade die symbolpolitischen Themen, bei denen von beiden Seiten ‚Wertvorstellungen‘ mobilisiert werden, gewinnen so an Relevanz.“*

Damit wäre dies sozusagen ein geschlechterpolitisches Ausagieren einer politischen Gesamtlage: In der Postdemokratie werden die Geschlechterverhältnisse zum letzten symbolischen Rückzugsort des Konservatismus. Geschlechterpolitik ist dann offenbar ein besonderes Politikfeld, das auf besondere Art an Identitäten und Emotionen rührt. In dieser Erklärung würden beispielsweise Themen der (Sexual-)Moral besonders attraktiv in Zeiten, in denen an anderen politischen Fragen nicht gedreht werden kann: „Sex“ geht immer, und „Denkt an die Kinder!“ geht auch immer. Das kann vielleicht die Verschiebung zum VaterMutterKind-Antifeminismus erklären.

Auf Deutschland bezogen können vielleicht die verschiedenen Regierungskoalitionen als Indizien verstanden werden: „Rot-grün“ galt als historisch neues Reformprojekt und geschlechterpolitisch hieß das ambitionierte Reformprojekt u.a. Gender Mainstreaming. Seit 2005 ist Angela Merkel Kanzlerin, die Regierungsphase mit der FDP ist umrahmt von Großen Koalitionen. Postdemokratisch ist an dieser Konstellation insbesondere, dass politische Entscheidungen präsentiert werden, als von Sachzwängen hervorgebracht, was

eine gewisse programmatische Flexibilität erfordert. Flankiert wird eine derartige Postdemokratie von einer harmonieorientierten nationalistischen Anrufung (deren sichtbarstes Symbol in Deutschland wohl der „Party-Nationalismus“ seit der Herrenfußball-WM 2006 sein dürfte). Geschlechterpolitisch gibt es in dieser Konstellation zurzeit wie gesagt keine systematische Strategie mehr. Vielmehr gibt es Einzelmaßnahmen, die versuchen, es allen recht zu machen. Sie folgen keinem konsistenten Leitbild, sondern setzen widersprüchliche Anreize. Beispielsweise einerseits Elterngeld und Kita-Ausbau, andererseits Betreuungsgeld: Einerseits wird eine Infrastruktur aufgebaut, andererseits werden Anreize gesetzt, diese nicht zu nutzen. Ein konsistentes Leitbild, gar eine geschlechterpolitische Zielvorstellung gilt dagegen als freiheitseinschränkend, vorschreibend. Bitte nicht polarisieren, sondern was für Männer und was für Frauen. Oder das Beispiel der Quote: Wenn dann etwas nach Jahrzehnten endlich erkämpft ist (sei es in einer homöopathischen Aufsichtsrats-Dosis), klopfen sich alle auf die Schultern und plötzlich will niemand jemals dagegen gewesen sein. Manch andere emanzipatorische Entwicklungen brauchen erst einen „Sachzwang“ aus Karlsruhe (beispielsweise die Urteile zum Transsexuellengesetz); selbst wenn dieser vollkommen absehbar war, wurde die Regierung nicht vorher aktiv und reagierte auf die richterlichen Sachzwänge stets mit dem kleinstmöglichen Reförmchen. In der aktuellen Legislatur gibt es einige Signale, dass diese Situation in Veränderung begriffen ist (um noch einmal das letzte Beispiel aufzugreifen: die Einrichtung einer Interministeriellen Arbeitsgruppe Inter- & Transsexualität), doch was daraus schließlich folgt, das heißt: In der „GroKo“ (= Große Koalition) umsetzbar ist, bleibt abzuwarten.

Teil des Postdemokratie-Theorems ist es, dass rechtspopulistische Parteien vom depolitisierenden Regieren per Sachzwang profitieren. Wenn die Herrschenden sagen: „Es gibt keine Alternative“, sei dies eine Steilvorlage für Kräfte, die populistisch behaupten, eine „Alternative“ zu sein. Auf welche Art stimmt dies nun geschlechterpolitisch? Offenbar sehen die Antifeminist_innen gegenwärtig eine enorme feministische Hegemonie am Werk und schreiben allem „Gender“-Bezogenen absurd starken Einfluss zu, durchaus entgegen aller Evidenz, wie das Beispiel Gender Mainstreaming zeigt. Gleichzeitig ist offenkundig, wie bestimmte feministische Forderungen Teil der gesellschaftlichen Hegemonie geworden sind. So sind manche feministische Forderungen in neoliberaler Form aufgegriffen worden, manche in homöopathischer Form, manche im familienpolitischen Kleid, manche aus juristischem Sachzwang und manche ausschließlich in Symbolpolitik und Rhetorik (beispielsweise in besagtem Polieren des verwaisten Holzpferdes) – doch damit sind sie auch Bestandteil einer Hegemonie, werden als Teil einer Hegemonie wahrgenommen und werden offenbar als Teil dieser Hegemonie angegriffen. Ob die propagierte Alternative tatsächlich eine solche ist oder ob sie einfach in möglicherweise rumpeligem Tonfall mehr desselben fordert (beispielsweise wenn die AfD vermeintlich rebellisch postuliert, Familienpolitik müsse Bevölkerungspolitik sein), sei hier dahingestellt.

Der VaterMutterKind-Antifeminismus bedient offenbar ein Bedürfnis nach Dissens mit Aspekten des Status quo.⁷ Zwar wird dieser Dissens offenkundig falsch adressiert, denn

⁷Kathrin Ganz versteht diese Mobilisierungen als „reaktionäre Formen der Krisenbearbeitung im Kontext einer Krise der sozialen Reproduktion“, was eine spannende Perspektive darauf ist, warum „Anti-Gender als gemeinsamer Nenner“ fungiert und funktioniert: Ganz, Kathrin (2015): PEGIDA gegen den Gender-Wahn: Rechte Mobilisierung und die Krise sozialer Reproduktion, feministische studien blog, 3.2.2015,

diese Aspekte gehen nicht auf feministische Erfolge oder geschlechterpolitische Programme zurück, doch ist Geschlechterpolitik, als emotional besonders aufgeladenes Politikfeld, offenbar geeignet, mit grandiosen Bedrohungsszenarien die sonstigen weltanschaulichen Differenzen zu überdecken.

Damit komme ich zum Ende dieser unterschiedlichen Thesen. Ist die zugrunde liegende Beobachtung der diskursiven Verschiebung plausibel? Und welche der vorgestellten Thesen und Denkrichtungen könnten dabei helfen, diese Verschiebung zu erklären? Welche anderen Erklärungen wären zu berücksichtigen? Ich bin gespannt, darüber in Diskussion zu treten. Wünschenswert wäre, diese Diskussion spektrenübergreifend zu führen: ob (queer-)feministische Aktivist_innen, zu Geschlechterpolitik Forschende, Gleichstellungs-Aktive, „Staatsfeminist_innen“, LBGTIQ-Organisationen, Expert_innen für extreme Rechte und Rechtspopulismus – vom Antifeminismus gemeint sind wir ohnehin alle. Und auch in Bezug auf die Erklärungen (ganz zu schweigen von den praktischen Aktivitäten) ist es sicherlich sinnvoll oder sogar notwendig, die jeweiligen Erfahrungen, Perspektiven und Fähigkeiten zusammenzubringen.

Sebastian Scheele ist Soziologe aus Berlin, und promoviert am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der TU Berlin zum „Privilegien“-Diskurs in feministischen und antirassistischen Bewegungen. Mit Geschlechterpolitik befasste und befasst er sich auf verschiedenen Ebenen: von Wissenschaft über Politikberatung (so einige Jahre im GenderKompetenzZentrum) bis zu (queerfeministischem) Aktivismus.

Die soziale Basis der AfD

Von der Partei des reaktionären Kleinbürgertums zur „Partei der kleinen Leute“?

VON SEBASTIAN FRIEDRICH

Seit September 2014 tobt innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD) ein unerbittlicher Führungsstreit. Anlass waren nicht nur die Wahlerfolge der rechten Landesverbände bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Sommer, sondern auch eine Reihe von Medienberichten über den Rechtsruck innerhalb der Partei. Dieser war so offensichtlich, dass Bernd Lucke, zentraler Initiator der Partei, im Oktober erstmals offen eingestand, dass die Partei ein Problem mit der Abgrenzung nach rechts habe. Es gebe, wie er gegenüber der *Bild am Sonntag* einräumte, „relativ viele“ rechte Einzelfälle.¹

Während dezidiert Rechte spätestens infolge der Landtagswahlen an Einfluss innerhalb der Partei gewannen, löste sich eine andere Strömung auf, die in der Anfangsphase der Partei noch eine gewisse Rolle gespielt hatte: Die auch in gesellschaftspolitischen Fragen liberal Gesinnten kehrten spätestens jetzt der Partei den Rücken.

In der aktuellen Konstellation haben wir es mit drei Parteiflügeln innerhalb der AfD zu tun: einem national-neoliberalen Flügel um Hans-Olaf Henkel; einem rechts- bzw. national-konservativen um Frauke Petry, Marcus Pretzell und Alexander Gauland; einem Rechtsaußen-Flügel um Björn Höcke, den Landesvorsitzenden der Thüringer AfD.

Bernd Lucke war lange Zeit eine Art „Zentrist“ in der Partei, der versuchte, zwischen den Flügeln zu vermitteln. Doch durch die Rechtsverschiebung der Partei, aber auch durch persönliche Zerwürfnisse, Luckes autoritären Führungsstil und das Machtbewusstsein seiner Kontrahent_innen steht Lucke nicht mehr über den Flügeln. Vielmehr versucht er – etwa über die Initiative „Weckruf 2015“ – die national-neoliberalen Kräfte in der Partei zu sammeln, um geschlossener gegen die parteiinterne Konkurrenz am rechten Rand vorgehen zu können. Seine stärkste Kontrahentin um die Vorherrschaft in der Partei ist Frauke Petry, mit der er in der Anfangszeit der Partei noch sehr eng zusammengearbeitet hatte. Als Vertreterin des rechts- bzw. nationalkonservativen Flügels hofft sie auf Unterstützung durch den weithin völkischen Flügel um Björn Höcke.

Es geht bei diesem Machtkampf keineswegs nur um persönliche Animositäten, Macht und die Suche nach dem Gesicht der Partei. Es geht auch um die grundsätzliche Ausrichtung der Partei – und damit um die Frage, wen die AfD ansprechen möchte. Ein Blick auf die Entwicklung hinsichtlich der AfD-Wähler_innen und die Unterstützung einzelner Kapitalfraktionen zeigt, dass sich das Spektrum der Kernklientel der AfD im Zuge der veränderten Konstellationen innerhalb der Partei gerade wandelt.

¹ „AfD-Chef Lucke räumt ‚relativ viele‘ rechtsextreme Einzelfälle ein“, in: *Bild am Samstag*, 12.10.2014, <http://vorab.bams.de/afd-chef-lucke-raeumt-relativ-viele-rechtsextreme-einzelfaelle-ein>, 14.6.15.

Zunächst Partei des reaktionären Kleinbürgertums

Mit der (vielleicht nur vorübergehenden) Erosion der FDP, der kaum rückgängig zu machenden gesellschaftspolitischen Modernisierung der CDU, den breiten Debatten um „Integration“, „Leitkultur“ und traditionelle Geschlechterrollen sowie die Euro-Rettungsprogramme vor Augen, wähten sich die Gründer_innen der Partei als Schöpfer_innen von etwas Einschneidendem. Was beim Gründungsparteitag der AfD Mitte April 2013 in Berlin herauskam, war der Versuch des Bündnisses aus National-Neoliberalen und Rechtskonservativen, die sich gemeinsam das Ziel gesetzt hatten, die Lücke zwischen CDU und FDP auf der einen und NPD auf der anderen Seite zu füllen.

Anders als vielfach angenommen, war die AfD aufgrund der Bündniskonstellation keineswegs darauf festgelegt, als Anti-EU/Euro-Partei eine Ein-Punkt-Bewegung zu sein, die sich ausschließlich mit der Finanz- und Währungspolitik der EU und der Bundesregierung beschäftigt. Die Mitgliederstruktur und die beteiligten Akteure waren von vornherein auf ein breiteres Themenfeld orientiert. Fast alle derjenigen, die gerade um Vorherrschaft in der Partei kämpfen, waren auch damals schon dabei und wurden in wichtige Positionen gewählt. Auch wenn die National-Neoliberalen aufgrund des konkreten Entstehungskontextes, der Kritik an der Euro-Rettungspolitik der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, zunächst den Ton angaben, war absehbar, dass auch die Rechtskonservativen sich schon bald deutlicher zu Wort melden würden.

Die soziale Basis, auf die die neue Partei abzielte, war das reaktionäre Kleinbürgertum. Man gab sich moderat wertkonservativ und vertrat ein national-neoliberales Wirtschaftsprogramm. Mit Erfolg. Wahlanalysen zu den Bundestagswahlen 2013, den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2014 sowie den im Sommer 2014 abgehaltenen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigen, dass genau diese Klientel auch angesprochen wurde.

AfD-Wähler_innen nach Tätigkeit in Prozent (Quelle: Infratest Dimap)	Bundestagswahl 2013	Wahlen zum Europaparlament 2014	Landtagswahl Sachsen 2014	Landtagswahl Thüringen 2014	Landtagswahl Brandenburg 2014
Alle	4,7%	7,1%	9,7%	10,6%	12,2%
Arbeiter_innen	6%	10%	15%	16%	19%
Angestellte	5%	8%	10%	11%	12%
Selbstständige	5%	8%	15%	13%	17%
Rentner_innen	4%	6%	6%	7%	8%
Arbeitslose	3%	5%	12%	10%	14%

Die Wahlanalyse von Infratest Dimap belegt, dass die AfD bei den Wahlen 2013 und 2014 am meisten Zuspruch von der Gruppe der Arbeiter_innen sowie der Selbstständigen erhielt.

Die Daten von Infratest Dimap lassen kaum Aussagen hinsichtlich des Bildungsstands und des Einkommens der AfD-Wähler_innen zu. Allerdings haben sich Untersuchungen anderer Institutionen diesen Fragen gewidmet: Laut einer repräsentativen Befragung im Auftrag der Universität Leipzig, die zwischen Februar und April 2014 stattfand, befinden sich unter den Wähler_innen der AfD nur sehr wenige mit niedrigem Einkommen. Ledig-

lich 3,9 Prozent der AfD-Wähler_innen haben ein Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro. Einen niedrigeren Wert hat nur die FDP vorzuweisen (2,8 Prozent).² Einer Auswertung des Forsa-Instituts kurz nach den Europawahlen zufolge kommen die Anhänger_innen der AfD überwiegend aus der Mittelschicht (53 Prozent) und der Oberschicht (26 Prozent). Mehr als die Hälfte der Anhänger_innen (55 Prozent) hat Abitur und 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 3.000 Euro. Der Forsa-Chef Manfred Güllner bemerkte hinsichtlich der Überschneidungen von AfD-Sympathisant_innen mit denen von NPD und DVU: „Anhänger der AfD stammen eher aus der Ober- und Mittelschicht mit relativ hohem Einkommen und entsprechend hoher Schulbildung, während Sympathisanten der rechtsextremen Parteien dagegen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung kommen.“³ Was das Vermögen angeht, gibt es kaum verlässliche Daten. Lediglich eine Mitteilung des Landesamtes für Statistik Berlin-Brandenburg ist hier aufschlussreich: Demnach schnitt die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg vor allem in Gebieten mit „einer höheren Eigentümerquote“ besser ab. In Gebieten „mit vielen SGB-II-Empfängern“ war die AfD weniger erfolgreich, so das Landesamt.⁴

Der Sozialwissenschaftler Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung kommt in seiner Auswertung vorliegender Umfragen und Daten der repräsentativen Wahlstatistik zu der Einschätzung, dass die AfD „eine rechtsbürgerliche Partei mit starkem Bezug zum Bildungsbürgertum, FreiberuflerInnen und Familienunternehmen“ ist.⁵

Die Klassenfraktion des (Klein-)Bürgertums, die die AfD ansprechen konnte, dürfte im Kern die Gruppe sein, mit der sich Soziolog_innen und Politikwissenschaftler_innen seit einigen Jahren vermehrt befassen. Sie haben festgestellt, dass Autoritarismus und Rassismus weit verbreitet seien und man allgemein von einem Rechtstrend in der Mitte der Gesellschaft sprechen könne. Die 2010 veröffentlichte neunte Folge der Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ der Universität Bielefeld machte eine deutliche Zunahme „abwertender, menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen“ aus, und zwar besonders bei höheren Einkommensgruppen.⁶ Das Forscherteam sprach hier von einer „rohen Bürgerlichkeit“. Es gebe „infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf eine entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit“. Dieser „entsicherte“ Teil der Mittelklasse richte seine Abwertung vornehmlich auf vermeintlich nutzlose Menschen und sei zudem zunehmend islamfeindlich.

² Elmar Brähler/Oliver Decker: Die Parteien und das Wählerherz 2014, Leipzig 2014, S. 2, http://www.uni-leipzig.de/~decker/waehlerherz_2014.pdf, 14.6.15.

³ Werner Mathes: Wer die AfD wählt, stern online, 4.6.2014, <http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-2115316.html>, 14.6.15.

⁴ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Pressemitteilung Nr. 259 vom 15. September 2014, <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2014/14-09-15.pdf>, 14.6.15.

⁵ Horst Kahrs: Leistung ist ihr Lieblingswort, in: ak – analyse und kritik, 14.10.2014, S. 28.

⁶ Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin: 2010. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf, S. 15, 14.6.15.

Selbstständige und „Familienunternehmer“ wenden sich ab

Vergleicht man die Analysen der Wahlen in den Jahren 2013 und 2014 mit den Analysen zu den beiden Wahlen im Jahr 2015, wird deutlich, dass sich die soziale Basis im Verlauf der Rechtsentwicklung der Partei wandelt. Nach den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg fanden lediglich Bürgerschaftswahlen in Hamburg (Februar 2015) sowie in Bremen (Mai 2015) statt.

AfD-Wähler_innen nach Tätigkeit in Prozent (Quelle: Infratest Dimap)	Bürgerschaftswahl Hamburg 2015	Bürgerschaftswahl Bremen 2015
Alle	6,1%	5,5%
Arbeiter_innen	11%	7%
Angestellte	6%	5%
Selbstständige	4%	3%
Rentner_innen	6%	5%
Arbeitslose	7%	5%

Laut Infratest Dimap konnte die AfD bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am besten bei Arbeiter_innen punkten. Den schlechtesten Wert hatte die AfD allerdings bei Selbstständigen. Lediglich vier Prozent von ihnen gaben der AfD ihre Stimme. Auch bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen schnitt die AfD am schlechtesten bei den Selbstständigen ab. Insgesamt bekam die AfD in Bremen 5,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, doch nur drei Prozent der Selbstständigen machten ihr Kreuz bei der Partei. Auch wenn einzuschränken ist, dass sich das Spektrum der Selbstständigen in Städten wie Bremen und Hamburg unterscheiden mag von dem in gering besiedelten Flächenstaaten wie Sachsen, Brandenburg und Thüringen, offenbart sich hier die Tendenz, dass sich Selbstständige von der AfD abkehren.

Das korrespondiert mit nachlassendem Interesse der Kapitalfraktion des nicht-monopolistischen Kapitals an der AfD. Die Partei erhielt vor allem zu Beginn durchaus Unterstützung von Teilen der Wirtschaft. Es waren vor allem diejenigen Unternehmen, die auf lokale und regionale Absatzmärkte setzen. Sie sind nicht exportorientiert und fürchten die europäische Integration wegen einer Intensivierung des Wettbewerbs, der sich negativ auf sie auswirken könnte. Eine Studie von Frederic Hein und Thomas Sablowski, die 2013 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt wurde, zeigt diese Verbindung eindrücklich auf. Hein und Sablowski untersuchten Pressemitteilungen und Positionspapiere von Wirtschaftsverbänden zur Regierungspolitik während der Legislaturperiode von Schwarz-Gelb.

Sie arbeiteten heraus, dass alle Wirtschaftsverbände mehr oder weniger d'accord waren mit der Regierungspolitik. Alle bis auf einen Verband: der Verband der Familienunternehmer. Dieser war der einzige Verband, der sich während der Euro-Krise grundsätzlich gegen die Euro-Rettungspolitik gestellt hatte. Er unterstützte außerdem die Klage gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus vor dem Bundesverfassungsgericht und forderte den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone. Insgesamt sprach sich der Verband gegen wirtschaftspolitische Europäisierung aus und bediente sich laut der Studie einer

rechtspopulistischen Rhetorik. Hein und Sablowski kommen zu dem Schluss, dass die nationalkonservativen und neoliberalen Kräfte in dem Verband in der AfD ihren parteipolitischen Ausdruck gefunden haben.

Sie sollten recht behalten. Praktisch wurde die Unterstützung des Verbands kurz vor der Europawahl Anfang Mai 2014. Beim „Tag der Familienunternehmer“ in Dresden war Bernd Lucke Hauptredner, erst später durften Christian Lindner und Günther Öttinger ran. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Albrecht von der Hagen, sprach davon, dass viele Fragen der AfD auch Fragen des Verbands seien.

Während also vor einem Jahr eine führende Fraktion des mächtigen Verbands der Familienunternehmer im Zuge der Europawahl 2014 die AfD unterstützte, scheint heute weitgehend Funkstille zwischen dem Verband und der AfD zu herrschen. Ende April 2015, also nur knapp ein Jahr, nachdem Lucke Hauptredner beim Verbandstreffen war, fanden die Familienunternehmer-Tage in Berlin statt, bei denen neben Gauck auch Vertreter_innen aus FDP, SPD, den Unionsparteien und den Grünen auf Podien sprachen. Die AfD suchte man vergeblich. Neben den Selbstständigen wenden sich offensichtlich auch Unternehmerverbände ab.

Linke Gegenstrategien sollten die Entwicklung antizipieren

Die AfD war in ihrer Gründung vor allem deshalb gefährlich, weil sie das Zeug hatte, National-Neoliberale und Rechtskonservative zu verbinden und dadurch ein rechtes Hegemonieprojekt⁷ zu etablieren. Die Basis des Projekts war zunächst die reaktionäre Mittelklasse, das Kleinbürgertum. Es ist die Basis, auf die im Kern Lucke weiter abzielt. Alexander Gauland, der zum Petry-Flügel zu zählen ist, hat eine andere Klientel im Blick. Gauland, der im Verlauf der vergangenen zwei Jahre immer weiter nach rechts rückte, wird im April 2015 im Handelsblatt zitiert: „Man sollte auch nicht den Fehler machen und auf Stimmen des Bürgertums und früherer FDP-Anhänger setzen. Wir sind eine Partei der kleinen Leute. Damit meine ich auch Leute, die eben kein Asylbewerberheim neben sich haben wollen. Die damit verbundenen Ängste und Sorgen sollten wir ernst nehmen und aufgreifen, dann werden wir auch gewählt.“

Die aktuellen Tendenzen sprechen für die Orientierung Gaulands. Selbstständige wenden sich ab, Arbeiter_innen, (wahrscheinlich eher die Facharbeiter_innen, wenn man auch die Einkommens- und Vermögenslage sowie den Bildungsabschluss der AfD-Wähler_innen berücksichtigt) fühlen sich verhältnismäßig stärker hingezogen.

Sollte sich der Flügel um Gauland und Petry letztlich durchsetzen, steht zu erwarten, dass die AfD in Zukunft stärker sozialpolitische Fragestellungen thematisiert. Eine gesellschaftliche Linke sollte diese Entwicklung antizipieren und sich intensiver mit der sozialpolitischen Agenda der AfD auseinandersetzen, denn auch Petry/Gauland stehen bei aller

⁷ Mit John Kannankulam und Fabian Georgi verstehe ich Hegemonieprojekte als „Verdichtungen bzw. die meist unbewussten und indirekten Verknüpfungen einer Vielzahl unterschiedlicher Taktiken und Strategien, die sich auf konkrete politische Projekte oder breitere gesellschaftliche Problemlagen richten. Die darin beteiligten AkteurInnen versuchen, ihre partikularen Interessen zum Allgemeininteresse zu machen und so hegemonial zu werden“. John Kannankulam/Fabian Georgi: Die europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das „Staatsprojekt Europa“, Marburg 2012, <https://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a30.pdf>, 14.6.15.

ostentativen Empathie für den „kleinen Mann“ letztlich für eine arbeitnehmerfeindliche Politik, für die Aufrechterhaltung eines elitären Bildungssystems und für die Einschränkung von Sozialleistungen.

Sebastian Friedrich ist Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und promoviert zum medialen Diskurs über Arbeitslose und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sozialstaatsdiskurse, Kritische Soziale Arbeit, Migration und Arbeit, Diskursanalyse sowie Klassenanalyse. Im Januar erschien beim Berliner Verlag bertz+fischer sein Buch „Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland“.

Pegida: ein genuin ostdeutsches Protestformat?

Aspekte und Fragen an eine *Mobilizing Ressource*

VON DAVID BEGRICH

Im Zuge der Debatte um die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) wurde wiederholt die Frage diskutiert, ob es 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Elemente einer eigenständigen ostdeutschen politischen Kultur gibt, die eine unverbundene Parallelität zur westdeutschen politischen Kultur aufweist. Der Verlauf der Mobilisierung zu den Pegida-Demonstrationen wirft zudem die Frage auf, ob es ein spezifisch ostdeutsches Mobilisierungspotenzial gibt, welches seine Wirkung nur in den ostdeutschen Bundesländern entfalten kann.

Daraus ergeben sich diese Fragen: Gründen die Unterschiede in der politischen Kultur Ostdeutschlands nur in regionalgeschichtlichen Spezifika, wie die These vom „Dresdner Tal der Ahnungslosen“ glauben machen will? Oder gibt es eine die Regionen übergreifende zeitgeschichtlich bedingte Konstellation politischen Massenbewusstseins und daraus resultierend eine nur in Ostdeutschland anzutreffende *Mobilizing Ressource* für Proteste und ihre öffentliche Beglaubigung?

Bereits die Proteste gegen die Arbeitsmarktreform Hartz IV im Jahr 2004 ließen diese Frage aufkommen. Vorbei an den korporatistischen Strukturen wie Gewerkschaften, Parteien und institutionalisierten Verbänden formierte sich im August 2004 ausgehend von Magdeburg Protest gegen die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, dessen Vehemenz den westdeutsch tickenden politischen Betrieb überraschte und verstörte. Nicht nur der damalige Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) machte die Erfahrung, dass die im Osten Protestierenden durch die Medienrituale des politischen Diskurses nicht erreichbar waren. Der damals im weitesten Sinne als politisch links konnotierte Protest war dezidiert anti-institutionell und verweigerte sich bis zum Ende seines Mobilisierungszyklus' der institutionellen Vereinnahmung durch sich vielfach anbietende Interessengruppen.

Der bereits in 2004 reaktivierte Slogan „Wir sind das Volk“ wurde von der politischen Klasse ebenso empört wie folgenlos zurückgewiesen. Offenbar greifen Proteste in Ostdeutschland sehr stark, und in ihrer Rezeption anders als von der Geschichtsschreibung nahegelegt, auf die Protesterfahrungen des Jahres 1989 zurück und aktualisieren diese vor dem Hintergrund ihrer biografischen Erfahrungen oder Narrative hinsichtlich des Lebens in zwei politischen Systemen, die auf jeweils ihre Art gewohnt sind bzw. waren, sich als „alternativlos“ darzustellen. Die Erfahrung der Dynamik und des Erfolgs des Protestes des Jahres 1989 scheint für zwei Generationenkohorten in Ostdeutschland prägend, so dass die Proteste des Jahres 1989 wieder und wieder zum zentralen Motiv der öffentlichen Beglaubigung von Protest heute werden. Im Falle der Hartz-IV-Proteste vertrat der Sozialwissenschaftler Roland Roth die Auffassung, bei diesen fordere die Generation der Wendeakteur_innen, also die Alterskohorte der damals zwischen 20- und 30-Jährigen die Einlösung all jener Versprechen aus der Zeit der Wiedervereinigung ein bzw. artikuliere

ihre Enttäuschung. Roth konstatierte bereits damals einen Mechanismus des „Sich-nicht-verständigen-könnens“ zwischen der Formation von Protest Ost und medial-politischen Diskurs West.

Offenbar übertragen ostdeutsche Protestakteur_innen die Protestnarration des Jahres 1989 in die Annahme, man müsse nur lange genug massenhaft auf die Straße gehen, um politische Veränderungen im eigenen Sinne zu bewirken. Diese Auffassung von Protest blendet die völlig anderen Macht- und Herrschaftsmechanismen in der politischen Kultur der Bundesrepublik gegenüber jenen der DDR komplett aus. Während der DDR-Staat panische Angst vor jeder Form unabhängiger öffentlicher Willensbekundung hatte und sofort die Machtfrage gestellt sah, wenn sich eine Gruppe unangemessen gekleideter Jugendlicher am örtlichen Ernst-Thälmann-Denkmal traf, assimilieren die postdemokratischen Zustände in der Bundesrepublik jede Form von Protest sogleich in Formen der Popkultur und begrenzen somit ihre Sprengkraft und Reichweite.

Das ostdeutsche Protestnarrativ des Jahres 1989 wird von Pegida aufgegriffen. Diesmal ist die Parole „Wir sind das Volk“ nicht als soziales Moment gemeint, sondern der völkisch/volksgemeinschaftliche Aspekt ist Gegenstand dieser Selbstverortung.

Der wesentliche Unterschied zwischen den Hartz-IV-Protesten und Pegida besteht jedoch darin, dass die Hartz-IV-Proteste ein zugespitztes konkretes Ziel verfolgten, während Pegida in der Hochphase eine inhaltliche Aufladung erfuhr, in deren Diffusität sich viele Motivlagen von Protest wiederfanden. Man täusche sich nicht: Den Charakter dieser inhaltlichen Diffusität trugen auch die Proteste des Jahres 1989. Es wäre naiv, von den Forderungen und Programmen der DDR-Oppositionsgruppen auf die Protestmotive jener zu schließen, die zwischen November 1989 und März 1990 in Leipzig und anderswo auf die Straße gingen.

Um auf die titelgebende Frage zu antworten: Es gibt nicht die ostdeutsche Protestressource, die Pegida abrufen kann. Aber es gibt eine sehr wirkungsmächtige Erzählung davon, dass sie doch existiere. Das ist ein Unterschied.

Gerade die mediale Präsenz des Jahres 1989 im zurückliegenden Jubiläumsjahr 2014 hat die selbstbewusste Bezugnahme der Protagonist_innen um Lutz Bachmann und Kathrin Oertel auf die Montagsdemonstrationen 1989 noch angeheizt und gestärkt. In der Hochphase der Mobilisierung in Dresden und Leipzig war es ein Zeichen der Stärke des Protests, sich den sogleich aufkommenden Dialogangeboten der Politik zunächst zu verweigern. Als dies nicht mehr möglich war, entwaffnete Kathrin Oertel die Politiker_innenrunde bei Günther Jauch (u.a. mit Wolfgang Thierse) im Januar 2015 mit dem Satz: „Ich bin eine einfache Frau aus dem Volk“, und betrieb somit erfolgreich die Strategie der entpolitisierten Politik ihrer Inhalte.

Diese Aspekte lassen sich meiner Auffassung nach zu Faktoren der strategischen Kommunikation Pegidas in ihrer Hochphase zusammenfassen:

- Die Pegida-Demonstrationen behaupten ein imperatives Durchgriffsrecht auf die Institutionen der repräsentativen Demokratie, die umzusetzen hätten, was „das Volk“ will.
- Die Kommunikation Pegidas betreibt das Geschäft einer entpolitisierten Politik mit rassistischen Ressentiments und Konzepten sozialer und ethnischer Homogenität. Pegida appelliert an einen Horizont kulturellen Erbes und gesellschaftlich geteilter

Rituale und sozialer Praxen der christlichen Religiosität, die nirgendwo in Europa schwächer verankert ist als in Ostdeutschland. Nur zehn Prozent der Ostdeutschen gehören einer christlichen Konfession an. Die hier anzutreffende Abwesenheit von Religiosität in sozialen und kulturellen Kontexten tritt nicht als dezidierter Atheismus, sondern als eine völlige Indifferenz gegenüber der Frage nach Religiosität auf. Die vielfach konstatierte religiöse „Unmusikalität“ (Max Weber) der Ostdeutschen steht in einem eigenwilligen Kontrast zur ostentativen Anrufung „christlicher Werte“ durch Pegida. So liegt die Vermutung nahe, dass mit der Berufung auf das „Christliche“ im Ideenkanon von Pegida eigentlich gemeint ist, was ebendort für den Inbegriff von „Deutsch“ gehalten wird. Bei näherer Betrachtung ergibt sich hier ein Vademekum der repressiven Spießbürgerlichkeit, die gesellschaftliche Repressivität gegenüber normabweichendem Verhalten übt.

- Pegida repräsentiert in seiner Selbstwahrnehmung eine schweigende Mehrheit, die „Normalos“ im Gegenlicht einer Gesellschaft, die „einen Kult um jede Minderheit entfacht, aber die normalen Menschen nicht mehr im Blick hat“, jene also, die sich zwischen Globalisierung und Selbstausbeutung zerrieben sehen.

Dass alle Fraktionen der extremen Rechten in den zurückliegenden Monaten um Pegida wie die Kinder Israels in Moses Abwesenheit um das Goldene Kalb tanzten, ist der Tatsache geschuldet, dass Pegida das erste wirklich starke Thema der extremen Rechten mit großer Reichweite seit dem „Asylkompromiss“ 1993 ist. Diskursive Erfolge in der Metapolitik hin oder her: Von der NPD bis zum neurechten „Institut für Staatspolitik“ sind alle rechten Akteur_innen von Pegida geradezu elektrisiert. Die im Falle Sarrazin herbeigesehnte Manifestation auf der Straße ist für diese Akteur_innen eingetreten. Es ist bitter für die NPD, dass ihr Niedergang parallel zu einem im Aufstieg begriffenen Zyklus rassistischer Mobilisierung verläuft. Gerade jenen, die für einen Auszug der Partei aus der neonazistischen Besenstube warben, muss der Erfolg Pegidas bitter aufstoßen. Dass darob die Angriffe auf die durchstartende neue Rechtspartei Alternative für Deutschland (AfD) umso heftiger ausfallen, ist aus Sicht der NPD auch dann verständlich, wenn noch nicht ausgemacht ist, dass und wie die AfD mittelfristig von Pegida profitieren wird. Vorstellbar wäre, dass die AfD Ost einen starken völkischen Flügel bekommt, der sich ins gemachte Milieunest der NPD und ihres kleinbürgerlichen Umfeldes setzt.

Es war die sächsische NPD, die das Feld für eine kommende rechtspopulistische Fruchfolge bereitet hat. Ihre parlamentarische und gesellschaftliche Repräsentanz hat über anderthalb Jahrzehnte rechte Milieus in Sachsen stabilisiert. So etwas bleibt nicht ohne Folgen für die politische Kultur eines Bundeslandes.

Ein materialistischer Erkenntniszugang zum Phänomen Pegida müsste fragen, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Umstand der Nullzinspolitik der Banken und dessen Folgen für die soziale Gruppe der prekarierten Kleinunternehmer_innen, denen vor Augen steht, dass nicht nur ihre in 25 Jahren mühsam angesparte Altersvorsorge verloren geht, sondern die gesamte Grundlage ihrer unsicheren geschäftlichen Existenz. Die Gewinnmargen für Tattoo-Studios, Friseurgeschäfte und Fußpflegesalons – also jene Unternehmensformen, aus deren Milieu sich der Kreis der Dresdner Protestinitiator_innen rekrutiert,– werden geringer. Das Ausbleiben des sprichwörtlichen Ertrages, der Zinsen für die ehrliche und fleißige Arbeit verunsichert dieses Milieu zutiefst. Denn es lehrt, dass

die Ethik ehrlicher und fleißiger Arbeit eben keine Garantie sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Anerkennung bietet. Im Gegenteil. Die Netzwerke der migrantischen Konkurrenz erweisen sich als effizienter, billiger und schneller. So hat das rassistische Ressentiment hier seinen materiellen Grund. Die Kleinstunternehmer_innen stehen unter einem ungeheuren Kostendruck. Lutz Bachmann, den gescheiterten Selfmademan aus Dresden, drängt es in die Sphäre des Politischen, um dort zu suchen, was ihm wirtschaftlich verwehrt blieb: *Erfolg*.

Die Ausgangsthese lautete, es gebe in Ostdeutschland nach wie vor eine zeitgeschichtlich bedingte und gewachsene politische Kultur, die nicht ohne weiteres Einvernehmen mit der westdeutschen herzustellen vermag. Ich bin unsicher, ob diese These zu halten ist. Die Differenzierung der 25-jährigen Tradition politischer Kulturen in den neuen Bundesländern im Spektrum zwischen Brandenburg auf der einen und Sachsen auf der anderen Seite scheint wirkungsmächtiger zu sein, als der Nachhall der DDR und der ostdeutschen Transformationsgesellschaft der 1990er Jahre. Aus diesem Grund würde ich eher von einer parallelen oder Teil-Öffentlichkeit sprechen, die sich ihrem Selbstverständnis nach von der Interaktion mit der Öffentlichkeit der institutionellen Politik, der Tageszeitungen etc. verabschiedet hat. Diese Parallelöffentlichkeit ist selbstreferenziell und blendet konträre Erkenntniszugänge zu politischen Prozessen konsequent einfach aus. Nur so ist meiner Ansicht nach die bei Pegida in Dresden anzutreffende Auffassung zu verstehen, die Medien in der Bundesrepublik seien faktisch gleichgeschaltet und verkündeten nur noch die Wahrheit der Regierung. Man muss nicht ein Loblied auf eine in der Krise befindliche Medienvielfalt in Deutschland singen, um zu begreifen, dass es zwischen Presseerzeugnissen – wie, sagen wir – *Deutsche Stimme*, FAZ und *neues deutschland* mehr als nur graduelle Unterschiede im Propaganda-Wording gibt. Die Imagination, die Berichterstattung über Pegida werde zentral gesteuert und erfolge im Tone der Presseanweisungen der ehemals allmächtigen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, ist gegenüber Pegida-Anhänger_innen nicht sinnvoll widerlegbar. Und wenn sich ihre rassistischen Meinungen vielfach in den Leserbriefen der *Leipziger Volkszeitung* (LVZ), der *Sächsischen Zeitung* und *Mitteldeutschen Zeitung* spiegeln: Sie sind der unhintergehbaren Auffassung, heute werde man schlimmer manipuliert als zu der Zeit, als die Auflage des ND noch in die Millionen ging. Den Ruf „Lügenpresse“ möchte man mit einem Scherz Ronald Schernikaus beantworten, der nach der Wende schrieb: „*Früher stand gar nichts in der Zeitung. Heute steht das falsche drin.*“ Will sagen, die bis heute weittragende Annahme, was in der Zeitung steht, müsse wahr sein, ist selbst dort noch nicht zerstört, wo man sich enttäuscht abwendet, weil die Zeitung Unfug schreibt. Somit wird die verbreitete ostdeutsche Erwartungshaltung, in der Zeitung müsse doch eigentlich die Wahrheit stehen, zum Kern des Problems.

Heinrich August Winkler, der Mann, der nach Westen ritt¹, ist enttäuscht von den Ostdeutschen. Ihre Affinität zu Russland kann er nur als Dummheit erklären. Das ist etwas plump. In der Debatte um die Ursachen solcher Rufe wie „Putin hilf!“ gilt es, ein paar

¹Der Historiker Heinrich August Winkler ist Verfasser eines mehrbändigen Werkes mit dem Titel „Der lange Weg nach Westen“, in welchem er die These vom deutschen Sonderweg zur Demokratie noch einmal entfaltet. In der Debatte um Pegida warf Winkler den Sachsen vor, mental nicht im Westen angekommen zu sein.

Dinge zu sortieren: Winkler meint mit seiner Intervention, in Ostdeutschland gebe es einen im Massenbewusstsein wirkenden „I would like dictatorship“-Mechanismus, dessen anti-westliche Ressentiments sich bruchlos in generationelle ostdeutsche Erfahrung einfüge. Plausibilität gewinnt dieser Hinweis vor dem Hintergrund der in Ostdeutschland höheren Zustimmungsbereitschaft zu autoritären Konfliktlösungs- und Gesellschaftskonzepten. Doch dies allein erklärt die Eruption der Protestformation Pegida nicht. Es gibt in Ostdeutschland ein aus der Zeitgeschichte stammendes Gespür und Bewusstsein für die Bruchlinien politischer Systeme und ihre Rhetorik von Alternativlosigkeit. Dieses Bewusstsein kann ebenso eine autoritäre wie eine emanzipatorische Brechung erfahren.

Schließlich: Unbestreitbar ist der Prozess der Normalisierung rechter Politikangebote in Ostdeutschland derart weit fortgeschritten, dass diese im Zweifel nicht mehr als solche identifiziert werden. Überall dort, wo sich rechte Politikinhalt als vorgebliches Gebot der Normalität, der Vielfalt des Meinungsspektrums oder schlicht als „gesunder Menschenverstand“ wie bei Pegida ausgeben, scheint ein Maß an Normalisierung erreicht, innerhalb dessen rechte politische Inhalte nur noch dann für diskreditiert gelten, wenn sie in einem explizit neonazistischen Kontext stehen. Der Prozess der Normalisierung rechter Politiken hat das Spektrum des Sagbaren ungeheuer erweitert. Anders formuliert: Was im Westen der Sarrazin-Effekt für die Enttabuisierung von Rassismus war, ist in Ostdeutschland Pegida als Ausdrucksform autoritären Krisenbewusstseins.

Wie gezeigt, speiste sich die Dynamik von Pegida aus vielen Faktoren, die den Umständen der ostdeutschen Gesellschaft geschuldet sind. Dennoch ist Pegida nur in seiner Form ein ostdeutscher Ausdruck von Bewusstseinslagen, die sich ebenso weiter westlich antreffen lassen und dort Ausdrucksformen gefunden haben, die offenbar dort keine gesellschaftliche Sanktion erfahren. Die Zonen, wo gesellschaftliche Konflikte abgefangen und in diskursive Regelkreisläufe überführt werden, sind in Ostdeutschland kleiner, die Komfortabilität der materiellen Sicherung geringer. Von diesen Umständen profitiert das, was ich die gesellschaftliche Rechte nennen möchte.

Als Mobilisierungsform mag Pegida inzwischen ausgereizt sein. Die dort anzutreffenden Themen, Ressentiments und politischen Agitationsformen werden jedoch gewiss in anderer Gestalt wiederkehren.

David Begrich ist Mitarbeiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V.

Literatur:

Stefan Bollinger/Fritz Vilmar (Hrsg.): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen, Berlin 2002

Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002

Roland Roth: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Berlin 2012

Alexander Thumfart: Die politische Integration Ostdeutschlands, Frankfurt/M. 2002

Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter: Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015

Pegida – das erste halbe Jahr

Eine kritische Zwischenbilanz

VON FELIX KORSCH

1. Die vielleicht drängendste Frage lautet: Was ist Pegida? Es ist nicht zufriedenstellend, die sogenannten Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes nur bei ihrer Selbstbezeichnung, also durch eine Verkettung ideologisch äußerst gehaltvoller Kampfbegriffe anzusprechen. Umso bezeichnender bleibt, dass Pegida dennoch zu einer Marke, ja zum generischen Begriff für ein spezifisches Versammlungswesen geworden ist, dessen Signatur von Dresden ausgehend in zahlreichen Städten Deutschlands und selbst darüber hinaus aufgerufen wird. Das mag Ergebnis eines erfolgreichen *wordings* sein, und es widerspiegelt sich beispielsweise in der massenmedial vermittelten Wahrnehmung, in der die Pegida-Protagonist_innen nicht etwa das tun, was sie tun: demonstrieren. Sondern sie veranstalten „Spaziergänge“. Die „Spaziergänger“, so betonen sie selbst und bekräftigen es manche Beobachter_innen aus Medien, Politik und Wissenschaft, möchten ihren „Ängsten und Sorgen“ Ausdruck verleihen.

Gar so „niedlich“ ist es aber nicht. An dieser Wahrnehmung können gleich mehrere Dinge grundsätzlich nicht stimmen. Zunächst: Dass die Beteiligten „Ängste und Sorgen“ hegen, kann durchaus so sein, besagt aber überhaupt nichts. Ängste und Sorgen sind abstrakte Voraussetzungen *jedlichen* Protesthandelns, allerdings nicht ihr einziges, wohl auch nicht das bestimmende *Movens*. Wer vor allem Angst hat, so könnte man im Gegenteil vermuten, schließt sich eher keinen Massenversammlungen an, sondern zu Hause ein. Und wessen Weltsicht durch zumindest noch teils rationalisierbare Sorgen bestimmt ist, so kann man weiter vermuten, der begegnet auch Politikangeboten wie Pegida mit Skepsis und nicht mit schierem Massenzulauf. Dass er sich trotzdem und bemerkenswert schnell eingestellt hat, gehört zum Faszinosum. Wir können es insoweit (noch) nicht erklären, als wir die Entwicklung nicht von ihrem Ende her beurteilen, sondern nur entlang ganz unterschiedlicher Erscheinungsformen beschreiben können. Mir erscheint es schon aufgrund eigener Nahbeobachtung etlicher Pegida-Versammlungen in verschiedenen Städten als schlüssig, dass die Summe dieser Erscheinungsformen „keine bloße Bewegung besorgter Bürger, sondern eine Schmähgemeinschaft“¹ an der Schwelle zur Volksverhetzung ausmacht.

Offensichtlich teilen die Demonstrierenden, trotz aller Divergenzen und trotz großer Diffusität der vorgetragenen Inhalte, eine durchaus rigide politische Substanz. Sie ergibt sich nicht aus bloß affektiven Negationen – eben: Ängsten und Sorgen –, sondern aus einer mitunter aggressiv vorgetragenen *Abwehrbereitschaft*, die sich der Selbstbezeichnung nach und durch etliche schriftliche Zeugnisse gegen „Islamisierung“, zahlreichen Reden zufolge gegen „Überfremdung“ und „Massenzuwanderung“ richtet. Diese

¹Schwerhoff, Gerd (2015): Patzelts Pegida oder Bachmanns Pegida? Zur Beurteilung einer Schmähgemeinschaft. Veröffentlicht unter: <http://www.weiterdenken.de/de/2015/03/31/patzelts-pegida-oder-bachmanns-pegida-zur-beurteilung-einer-schmahgemeinschaft>, abgerufen am: 31.03.2015.

durchaus konkreten *issues* sind gewissermaßen konventionell, wenn wir ein radikal bis extrem rechts verortetes Protestspektrum annehmen; ebenso konventionell ist eine auf dieser inhaltlichen Grundlage entfaltete, durch ein solches Protestspektrum getragene, kampagnenhaft aufbereitete Demonstrationspolitik. Unkonventionell hieran sind die Ausmaße, die sich in keiner Hinsicht mit dem vergleichen lassen, was die radikale bis extreme Rechte bisweilen als mobilisierende Akteurin zu leisten vermochte. Die jetzt erreichten Ausmaße müssen uns insoweit an eine Debatte erinnern, die Mitte der 1990er Jahre schon einmal anhand vergleichbarer *issues*, einer (nicht nur) quantitativen Eskalation des Protesthandelns und auch dessen zeitlicher Ausdehnung aufgebrochen war: Entsteht eine soziale Bewegung von rechts?²

2. Das kann zum jetzigen Zeitpunkt nur eine Vermutung sein. Eine seriöse Beurteilung wird erst später möglich werden, aber wir haben bereits allen Grund, bis dahin eine seriöse Beobachtung anzustrengen und weitergehende „Inspektionen des Feldes“ vorzubereiten.³ Das heißt unter anderem auch, Pegida zu „vermessen“ und so weitgehend objektivierbaren Aufschluss über die tatsächlichen Ausmaße zu erlangen. Nach meiner eigenen Aggregation ergibt sich folgendes Bild:⁴

	BRD gesamt	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer (inkl. Berlin)	
			nur Sachsen	nur Dresden
Orte	40	19	21	8
Veranstaltungen	252	129	123	57
Teilnehmende	240.200	21.600	218.600	198.000
Teilnehmende pro VA	950	170	1780	3470

Schon aus quantitativer Sicht wird hier eine spezifische *Ver-Ortung* des Protesthandelns sichtbar:

²Siehe beispielsweise Grumke, Thomas (2008): Die rechtsextremistische Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, S. 475–491. – Zu den bemerkenswerten Parallelen gehört, dass sich selbst manche Schauplätze gleichen: Das jetzige Bewegungszentrum Dresden war Anfang der 1990er Jahre „Frontstadt“ der neo-nationalsozialistischen Szene und blieb auch in der Zwischenzeit Schauplatz einer bemerkenswert ausgeprägten Demonstrationspolitik anlässlich der Jahrestage der Bombardierung der Stadt im 2. Weltkrieg. Vgl. Antifa Recherche-Team Dresden (2013): Dresden ruft. Wie einer der größten europäischen Naziaufmärsche entsteht. In: Autor_innenkollektiv Dissonanz (Hg.): Gedenken abschaffen. Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945, S. 141–153. – Für die Beschreibung der ‚langen Linie‘ und der Modifikationsprozesse, der sie unterliegt, findet sich ein Ansatz bei Kollmorgen, Raj/Quent, Matthias (2014): Innovation und Reziprozität. Zur Bedeutung von sozialen Innovationsbeziehungen in der Entwicklung des Rechtsextremismus. In: Berliner Debatte Initial 1/2014, S. 5–17.

³Geigs, Lars u.a. (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? S. 8.

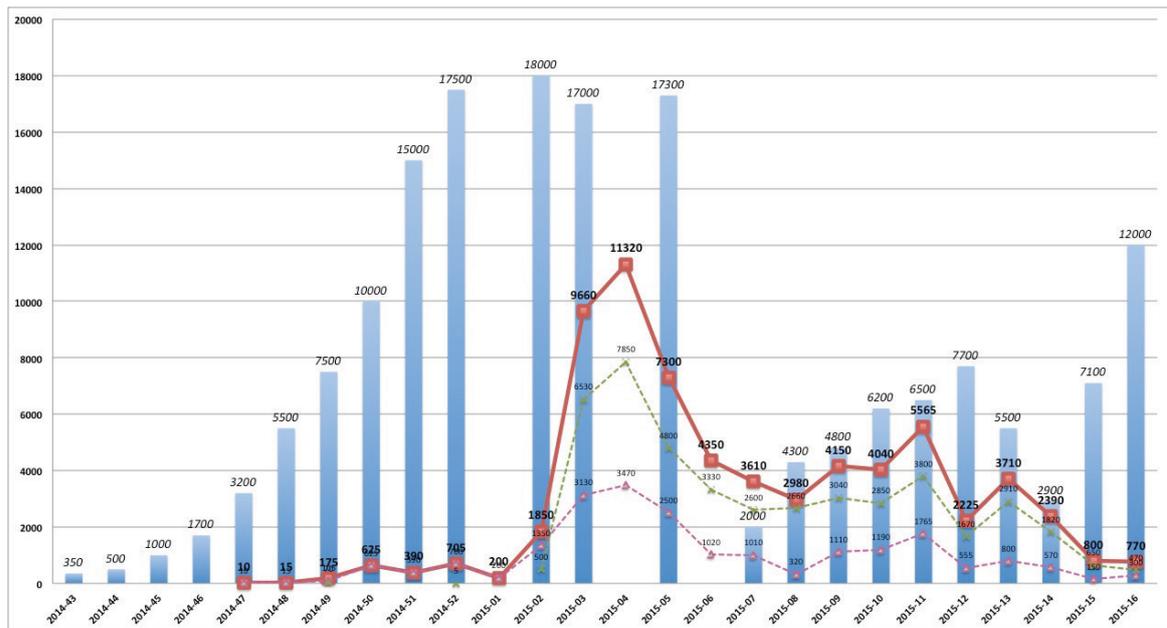
⁴Einbezogen ist ausschließlich der Zeitraum bis 19.04.2015. Die Daten sind kompiliert aus reputablen Medienangaben, Schätzungen durch Forscher_innen sowie Zählungen der Polizeibehörden. Nicht immer lässt sich die tatsächliche Zahl ermitteln; im Zweifel habe ich „konservativere“ Schätzungen bevorzugt, um das Gesamtbild nicht zu „dramatisieren“. Daraus ergibt sich zugleich der nur provisorische Charakter der hier wiedergegebenen Werte.

- Im ersten halben Jahr, d. h. seit Beginn der Demonstrationsserie in Dresden am 20. Oktober 2014 bis einschließlich 19. April 2015, fanden in 40 verschiedenen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik insgesamt 252 Versammlungen Pegidas und der jeweiligen örtlichen Ableger statt. An diesen Versammlungen beteiligten sich insgesamt mehr als 240.200 Personen. Das sind fast 1.000 Personen pro Veranstaltung.
- Die betroffenen Orte und die Zahl der dort jeweils abgehaltenen Veranstaltungen verteilen sich jeweils annähernd zur Hälfte auf Ost- und Westdeutschland. Mit anderen Worten haben wir es mit einer bundesweit ausgeprägten *Angebotsstruktur* zu tun. Ein augenfälliger Unterschied besteht in der Nachfragestruktur: Der Gesamtzulauf bei „pegida-artigen“ Versammlungen ist in den neuen Bundesländern inklusive Berlin (218.600) zehn Mal größer als in den alten Bundesländern (21.600). Entsprechendes gilt für die durchschnittliche Zahl der Teilnehmenden pro Versammlung (1.780 bzw. 170).
- Bei näherer Betrachtung handelt es sich aber nicht um eine schlichte Ost-West-Schere. Die allein in Sachsen abgelaufenen „pegida-artigen“ Versammlungen (57) haben insgesamt etwa 198.000 Personen mobilisiert, das sind mehr als 80 Prozent des bundesweiten Zulaufs. Etwa 73 Prozent dieses Gesamtzulaufs – 175.000 Personen – konzentrieren sich allein auf den Versammlungsort Dresden, das heißt den Schauplatz des Pegida-„Originals“. Die durchschnittliche Zahl der Teilnehmenden ist dort acht Mal größer (7.610) als im Bundesschnitt. Dresden ist offensichtlich von Anbeginn das Zentrum der „Bewegung“ und es auch durchgängig geblieben. Eine andere Frage wäre, warum das so ist.⁵

3. Weiteren Aufschluss gibt der Versuch, einen Längsschnitt der „Bewegung“ zu zeichnen. Aus ihm lassen sich wesentliche Entwicklungsphasen der „Bewegung“ entnehmen:

Sowohl die Pegida-Versammlungen in Dresden, wie auch die „pegida-artigen“ Ableger bundesweit erreichten im Januar 2015 ihren absoluten Höhepunkt. Lassen wir Dresden bei der folgenden Betrachtung außen vor, so war in der vierten Kalenderwoche (19.–25.1.2015) der Nachfrage-Peak erreicht: Bundesweit beteiligten sich etwa 11.300 Personen an 17 Versammlungen. In Ostdeutschland waren es sieben Veranstaltungen mit insgesamt 7.850, in Westdeutschland zehn Veranstaltungen mit insgesamt 3.470 Teilnehmenden. Auch hieran wird die spezifische Topografie der Angebots- und Nachfragestruktur deutlich. In der folgenden fünften Kalenderwoche (26.1.–1.2.2015) folgte der „Angebots-Peak“ mit 19 „pegida-artigen“ Versammlungen und 7.300 Teilnehmenden (Ost: acht Veranstaltungen mit 4.800 Teilnehmenden; West: elf Veranstaltungen mit 2.500 Teilnehmenden).

⁵Vergleiche meine Überlegungen hierzu in (2015): Pegida. Neue Qualität, örtlich begrenzt. Was in Dresden erfolgreich ist, stockt beim Export in andere Städte, in: ak – analyse & kritik, Nr. 601, 20.1.2015), S. 28.



Balken: Teilnehmende in Dresden
 Obere Linie: Teilnehmende pro Kalenderwoche, bundesweit (ohne Dresden)
 Mittlere Linie: nur Ostdeutschland (ohne Dresden)
 Untere Linie: nur Westdeutschland

Beachtlich ist die Kontrastierung der bundesweiten Ausbreitung im Gegensatz zur Entwicklung am Versammlungsort Dresden: Während sich hier der Zulauf bis Ende des Jahres Woche auf Woche schrittweise auf ein Maximum von knapp 20.000 Personen aufgebaut hatte, erreichten die Ableger in allen anderen Städten ihr gemeinsames Maximum ohne diesen Vorlauf und fast „aus dem Stand“. Das dürfte sich gut erklären lassen: In just diesem Zeitraum hatte auch die massenmediale Aufmerksamkeit für Pegida in Dresden ein Maximum erreicht. Diese außerordentliche Zuwendung der Medienöffentlichkeit allgemein war noch angereichert worden durch prononcierte Einzeldiskurse, darunter die Aushandlung um die Legitimität der Proteste – hierin war die Verständnis suchende Wendung von den „Ängsten und Sorgen“ der Protestierenden geprägt worden –, der Streit um das Ob und Wie eines „Dialogs“ und vor allem die Frage, ob sich Pegida und die AfD (noch weiter) annähern würden. Flankiert war die Fokussierung noch durch einschneidende äußere Bedingungen, darunter die Resonanz auf die islamistischen Attentate in Frankreich am 7. Januar und schließlich, am 19. Januar 2015, die Absage einer Dresdner Pegida-Versammlung (sowie das Verbot aller pegida-kritischen Gegenveranstaltungen am selben Tag) wegen einer Anschlagdrohung.

Während sich Pegida in Dresden bis dahin über etliche Wochen hinweg ausgeweitet hatte und über mehrere Wochen ein hohes Mobilisierungsniveau zwischen 17.000 und 18.000 Teilnehmenden halten konnte, ist der Zulauf bei den Ablegern ebenso schnell, wie er in die Höhe geschneit war, wieder zusammengebrochen. Der gegenläufige Trend hatte seine Ursache in Dresden, wo es zur Spaltung des sogenannten Orgateams um Lutz Bachmann kam, nachdem ab dem 20. Januar 2015 durch ihn getätigte, mutmaßlich volksverhetzende Äußerungen und ein dann selbst in der internationalen Presse abgedrucktes „Hitler-Selfie“ bekannt geworden waren. Die zumindest vorläufige Selbstdesavouierung

Pegidas führte zu der verbreiteten, aber unzutreffenden Einschätzung, dass sich die „Bewegung“ damit erledigt hätte. Dass daraufhin die Medienberichterstattung erheblich nachließ und das Thema auch in den o.g. Einzeldiskursen „abmoderiert“ war, mag ein *tatsächlicher* Faktor bei der weiteren negativen Entwicklung der bundesweiten Mobilisierungsleistung gewesen sein.

Zusammengebrochen ist sie aber zunächst nicht, sondern stabilisierte sich außerhalb Dresdens über mehrere Wochen hinweg auf einen Zulauf, der zwischen 2.000 und 6.000 Teilnehmenden oszillierte. Der Grund dafür, dass dieser Sockel gehalten werden konnte, waren jene vergleichsweise zugkräftigen Pegida-Ableger, die von Anbeginn hauptsächliche Träger der bundesweiten Ausweitung waren, etwa in Leipzig („Legida“, bis zu 5.000 Personen), München („Bagida“, bis zu 1.500), Suhl („Sügida“, bis zu 1.030) und Magdeburg („Magida“, bis zu 830). In immerhin neun weiteren Städten fanden Einzelveranstaltungen mit jeweils mehr als 500 Teilnehmenden statt. In der Folgezeit konnte dieses Niveau zwar nirgends gehalten werden, d. h., die Nachfrage nahm kontinuierlich ab. Aber gerade von den aufgezählten Orten/Ablegern aus konnte mit wenigen Ausnahmen ein kontinuierlicher Versammlungsbetrieb und damit die üppige Angebotsstruktur aufrechterhalten werden. Mit anderen Worten: Außerhalb Dresdens ist weniger ein – partiell durchaus eingetretener – außergewöhnlicher Zulauf, sondern vielmehr die Kontinuität in der Zeit bemerkenswert. Sie bewirkt eine außerordentliche Dichte der Protestereignisse und legt damit auch ein Kriterium nahe, das zur Beurteilung Pegidas als Bewegung nicht unbeachtlich sein dürfte.

Nach einem halben Jahr Pegida kann von einer Ausweitung der „Bewegung“ jedoch nicht mehr gesprochen werden. Die in verschiedensten Thesenpapieren und Forderungskatalogen kanonisierten Forderungen (nominell am häufigsten: Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild, bundesweiter Volksentscheid nach Schweizer Vorbild, mehr Personal bei der Polizei) waren bis Januar 2015 etabliert. Bis dahin waren auch die vergleichsweise erfolgreich mobilisierenden Pegida-Ableger „beigetreten“. Zu quantitativ relevanten Neugründungen oder auch qualitativen Programmentwicklungen kam es fortan nicht mehr, sondern im Gegenteil zu Spaltungseffekten nicht nur in Dresden selbst, sondern beispielsweise auch in Düsseldorf, Frankfurt/Main, Nürnberg sowie in Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kamen konkurrierende Nachbildungen wie die „Patriotischen Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“. Während die Mobilisierungsleistung nachließ, wurde umso deutlicher der jeweilige „Protestkern“ offengelegt, was in etlichen Orten unabwiesbare Hinweise auf die organisatorischen Einflüsse verschiedener, untereinander wiederum konkurrierender Bestrebungen der radikalen bis extremen Rechten kenntlich machte. Das alles signalisiert eine Fragmentierung des Protestmilieus. Zumindest in den Orten, in denen Gegenmobilisierungen gelangen, mag zusätzlich eine rasche Demotivierung des Protestmilieus eingetreten sein.

Letzte Zeichen der rezenten Gesamttendenz und der immer flüchtigeren Protestdynamik sind erstens: das Scheitern einer bundesweiten Mobilisierung am 14. März 2015 in Wuppertal. Zu diesem Versuch, eine „zentrale“ Pegida-Demonstration unter Beteiligung mehrerer Ableger zu inszenieren, erschienen lediglich 800 Personen, darunter etliche Anhänger der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa). Die Kundgebung endete nach Auseinandersetzungen mit der Polizei, die beabsichtigte Demonstrationsroute konnte hernach

nicht abgeschritten werden. Zweitens: Auch mit höchstmöglichem Anreiz, in diesem Falle mit dem niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders als Redner am 13. April 2015 in Dresden, erscheinen zwar noch bis zu 12.000 Personen. Aber damit kann nicht einmal in Dresden das kurz zuvor noch mobilisierbare Spektrum annähernd ausgeschöpft werden, vielmehr schwindet es.

4. Das alles muss, wohlgemerkt, nicht das Ende Pegidas bedeuten und es würde nicht einmal zwingend im Falle der weitgehenden Einstellung der Demonstrationspolitik als der bisher dominanten Proteststrategie eintreten. Gerade die Bewegungsperspektive weist auf den Umstand hin, dass Bewegungen ihre Konjunkturen haben und in Phasen der Latenz treten, ohne dadurch zu verschwinden. Die Reaktion Pegidas auf die jüngste Negativkonjunktur ist die Ankündigung einer bislang noch nicht weiter detaillierten „Agenda 2017“. Unter diesem Begriff wollen zumindest die tonangebenden sächsischen Bewegungsakteur_innen kurzfristig kommunalpolitisch und daraufhin – im Jahr 2017 wird die nächste Bundestagswahl stattfinden – bundespolitisch aktiv werden. Ein erster Schritt sind der Antritt der Pegida-Mitorganisatorin Tatjana Festerling zur Oberbürgermeisterwahl in Dresden und analoge Ankündigungen weiterer Kandidaturen zur Kommunalwahl im Umland Dresdens, dem Raum Ostsachsen sowie dem Erzgebirgskreis. Es liegt auf der Hand, dass dieses Vorgehen automatisch von ungleich geringerer Relevanz sein wird als die medial hochpräsenten Mobilisierungen im Dezember 2014 und Januar 2015. Es bleibt insbesondere fraglich, inwieweit, ausgehend von diesem niedrigeren Niveau – dessen Auswahl doch nicht weniger als ein Scheitern Pegidas als bundesweiter Bewegung ausdrückt –, eine weit voraussetzungsvollere bundespolitische Betätigung gelingen kann.

Als bereits gescheitert gelten kann nach dem ersten halben Jahr der Versuch, Pegida in anderen Ländern zu etablieren. Zwar fanden in dem Zeitraum insgesamt 59 „pegida-artige“ Versammlungen in immerhin neun Staaten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Großbritannien, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien) bzw. 29 Orten statt. Aber die Gesamtzahl der Teilnehmenden beläuft sich auf lediglich etwa 4.000 Personen, das sind rund 70 pro Veranstaltung. Diese Werte stehen in keinem Verhältnis zum Protestgeschehen in Deutschland: Weder gibt es außerhalb Deutschlands einen entsprechenden Zulauf, noch kommt es zu einer vergleichbaren „Verselbstständigung“ einzelner Versammlungsserien oder einer Binnenausbreitung im jeweiligen Land. Es setzt sich gewissermaßen fort, was ganz grob auch innerhalb Deutschlands gilt: Je weiter ein Demonstrationssort von Dresden entfernt ist, desto geringer ausgeprägt ist die Nachfragestruktur.

Es mögen aber weitere Faktoren hinzutreten, etwa der außerhalb des deutschen Sprachgebietes wenig verständliche „Abendland“-Topos als Begriff und Ideologie,⁶ aber auch die Tatsache, dass die „Großthemen“ des Protests auswärts bereits durch andere Akteur_innen besetzt sind. Bei diesen ist allerdings zu beobachten, dass sie sich das Label „Pegida“ taktisch aneignen. So überschneidet sich eine „pegida-artige“ und mitunter auch so gelabelte Demonstrationsserie in Dänemark mit den Bestrebungen der Organisation

⁶Grundlegend dazu: Faber, Richard (1979): Abendland. Ein politischer Kampfbegriff; Dorowin, Hermann (1991): Retter des Abendlands. Kulturkritik im Vorfeld des europäischen Faschismus; Schildt, Axel (1999): Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre; Pöpping, Dagmar (2002): Abendland. Christliche Akademiker und die Utopie der Antimoderne 1900–1945.

„Stop islamiseringen af Danmark“ (SIAD). Ähnliches gilt für Belgien bzw. Flandern, wo einige Pegida-Kundgebungen angesetzt worden sind, die zur Kampagne „Dit is ons Land“ gehören, die wiederum unschwer im politischen Vorfeld des Vlaams Belang zu verorten sein dürfte. Schließlich kam es in Australien zu einer nationalistischen und zuwanderungsfeindlichen Kampagne namens „Reclaim Australia“, die sich die Dresdner Pegida-Protagonist_innen zurechnen, ohne dass ein tatsächlicher Bezug vorliegt. Es gibt mit anderen Worten keine belastbaren Anzeichen, dass das mit Pegida verbundene Protestgeschehen außerhalb Deutschlands eine irgendwie vergleichbare Resonanz oder auch nur eine mittelbare Fortsetzung gefunden hätte.

5. Wenn Pegida aber definitiv keine internationale Bewegung ist und vermutlich auch keine bundesweite Bewegung (mehr) werden wird, gibt uns das einen Anhaltspunkt, wo nach ihrem „wirklichen“ Wirkungsfeld zu suchen, wo ihr Resonanzraum zu finden ist. Ich bin der Auffassung, dass dieser Resonanzraum nicht einmal unmittelbar in der Protestgemeinschaft des montäglich in Dresden beteiligten Personenspektrums zu suchen ist, denn eine Bewegung ist nicht nur das, was sich *in ihrem Namen* von Mal zu Mal versammelt. Erinnern wir uns daran, dass die „Großthemen“ Pegidas, d. h. die *issues* des Protestspektrums – Migration und Religion – konventionell sind. Im Falle Sachsens heißt das, dass auch in der Zeit vor Pegida zahlreiche, fast ausschließlich der extremen Rechten zuzuschreibende Protestereignisse stattfanden, die genau dieselben oder jedenfalls äußerst ähnliche *issues* bedienten.

In den beiden Jahren vor Beginn von Pegida fanden in Sachsen mit diesem Themenfokus insgesamt 85 Versammlungen mit insgesamt 11.600 Teilnehmenden statt. Wenn man die Zeitachse noch weiter zurückginge, ließe sich zeigen, dass es sich bei diesen Werten ganz weitgehend um eine Art „Grundrauschen“ handelt, dessen Konjunkturen sich durch aktuelle Mobilisierungsanlässe (darunter Wahlkämpfe) und jeweils bevorzugte Kampagnenthemen der extremen Rechten gut erklären lassen. In den Zeitraum vor Pegida fallen bereits einige außerordentliche Protestserien; die bekanntesten davon waren die sogenannten Lichtelläufe in Schneeberg Ende 2013, als dreimal infolge jeweils mehr als 1.500 Teilnehmende in die erzgebirgische Kleinstadt strömten, um gegen eine Unterkunft für Asylsuchende zu protestieren – übrigens bereits begleitet durch zahlreiche Hooligans, Bedrohungen gegen Journalist_innen und Parolen wie „Lügenpresse“ und „Volksverräter“. Aber das waren damals singuläre Ausnahmen, zumal sich die außerordentlichen Mobilisierungsleistungen nicht beliebig reproduzieren ließen.

Seit Beginn der Dresdner Pegida-Mobilisierung allerdings hat sich das Protestgeschehen der politischen Rechten in Sachsen – nach wie vor fokussiert auf dieselben Themenkreise Migration und Religion – grundlegend geändert. Das bedeutet: Es finden in wesentlich kürzerer Folge deutlich mehr Versammlungen mit einer durchschnittlich größeren Zahl an Teilnehmenden statt als zuvor:

	Veranstaltung	Teilnehmende	Teilnehmende pro Veranstaltung	Veranstaltungen pro Tag
Seit Beginn von Pegida (20.10.2014–19.04.2015)	115	22.000	190	0,7
Vorjahreszeitraum (20.10.2013–17.04.2014)	37	5.900	160	0,2
Zwei-Jahres-Periode (20.10.2012–19.10.2014)	85	11.600	137	0,1

In dem halben Jahr seit Beginn von Pegida haben neben Pegida und allein in Sachsen mehr gegen Migrant_innen und/oder Muslim_innen gerichtete Versammlungen stattgefunden als in den beiden vorangegangenen Jahren zusammen. In dem hier betrachteten halben Jahr waren auch fast doppelt so viele Personen beteiligt wie in der gesamten vorangehenden Zwei-Jahres-Periode. Nicht nur das Volumen der einzelnen Protestereignisse ist erheblich angewachsen, sondern auch deren Dichte – sie finden seit und parallel zu Pegida sieben Mal häufiger statt. Das ist ein signifikanter Effekt, für den sich zurückliegend kein Beispiel finden lässt und der gelesen werden kann als eine regelrechte Eskalation des Protesthandelns, übrigens deutlich konzentriert auf das nähere Umland Dresdens und schon dadurch bezogen auf das Bewegungszentrum. Das parallele Versammlungsgeschehen orientiert sich ebenso deutlich an „stilbildenden“ Ausdrucksformen der Pegida-Demonstrationen, d. h., oft handelt es sich um wöchentlich wiederholte Kundgebungen, an die sich als „Spaziergänge“ bezeichnete Demonstrationzüge anschließen.

Dieses bloße Rahmengeschehen in Sachsen ist angebots- wie nachfrageseitig in etwa so stark ausgeprägt wie die Pegida-Ableger in den gesamten alten Bundesländern zusammen. Was Pegida bundesweit nicht gelingt, passiert im regionalen Maßstab also durchaus. Es nennt sich nur nicht „Pegida“ und wird bei Weitem nicht derart stark, sondern fast gar nicht beachtet. Dabei sollte es durchaus der Rede wert sein, dass an diesem bloßen Rahmengeschehen allein in Sachsen und allein binnen eines halben Jahres insgesamt mehr Personen beteiligt waren, als sich sonst üblicherweise im gesamten Jahresverlauf und im gesamten Bundesgebiet an klassischen „rechtsextremen“ Aufmärschen beteiligen. Man kann geneigt sein, hierin den eigentlichen „Pegida-Effekt“ zu erkennen.

6. Es ist hier nicht der Platz, dafür Erklärungsgründe auszuloten, aber gewiss wären sie in der Zeit kurz bis unmittelbar vor Pegida auffindbar, in die Mobilisierungsserien und -höhepunkte jener Protestmilieus fielen (am bekanntesten: HoGeSa), die hernach in verschiedenen Orten zum Bestandteil der Pegida-Protestkerne wurden. Was sich auf Makroebene als gesellschaftliche Konvulsion darstellt, könnte auf Mikroebene zurückgeführt werden auf ein je verschieden strukturiertes Realbündnis an sich separater Protestakteur_innen, das freilich nicht beständig sein muss bzw. nirgends so beständig ist wie in Dresden. Hierzu wird es weiterer Fallstudien über einzelne Pegida-Ableger bedürfen. Das ist schon deswegen nötig, weil oben gezeigt wurde, dass die Entwicklung Pegidas in Dresden und die Entwicklung der Ableger bundesweit nur phasenweise kongruent verläuft. Offenbar unterscheiden sich die Ableger hinsichtlich der örtlich dominanten Pro-

testspektren zum Teil ganz erheblich und entsprechend unterschiedlich ist ihr Erscheinungsbild „auf der Straße“ und ihr Grad an inhaltlicher Radikalisierung (oder auch: taktischer Zivilisierung).

Die unterschiedliche Entwicklung dürfte auch Grund für die zuletzt eingetretene Divergenz sein. Während zum Teil recht zeitig Tendenzen hin zu einer Institutionalisierung erkennbar wurden, etwa durch Gründung von Vereinen (in Dresden: „Pegida e.V.“ und „Pegida Förderverein e.V.“; in Leipzig: „Legida e.V.“), blieb es in anderen Fällen lediglich bei einer Ankündigung (Pegida NRW, Pegida Kassel, Bärgida) oder aber die veranstaltenden „Orgateams“ sind bereits wieder zerfallen oder gespalten. Die Binnenkohärenz der „Bewegung“ dürfte nicht zuletzt vom medienvermittelten Erfolg der Mobilisierung abhängig sein und damit von einem Faktor, der aktuell nicht mehr vorausgesetzt werden kann.

Nimmt man zur Kenntnis, dass einige Pegida-Ableger unter deutlichem Einfluss parteiförmiger Bestrebungen der extremen Rechten stehen, werden diese Einflussgrößen schlicht kein Interesse haben, eine ressourcenintensive, aber zunehmend misslingende Mobilisierungsserie endlos fortzuführen. Erst recht kann ihnen nicht daran gelegen sein, zu einer Institutionalisierung Pegidas beizutragen, sei es vereinsförmig oder in Form künftiger Wahlteilnahmen, also potenziell bereits parteiförmig. Denn dann entstünde Konkurrenz für einige der Protestakteur_innen selbst – ihr Ziel kann das nicht sein. Ob die Demonstrationspolitik Pegidas früher oder später am „Ausstieg“ immer weiterer Organisator_innen oder aber am langsamen „Kältetod“ angesichts immer geringeren Zulaufs und immer marginalerer Bedeutung in der Medienöffentlichkeit enden wird, ist natürlich noch nicht ausgemacht.

Was bleiben und vielleicht anders, vielleicht auch ganz ähnlich, wieder aufgegriffen werden wird, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit das ausgesuchte Politikverständnis Pegidas. Die Bewegung ist nicht Opposition. Sie ist, wofür auch Teile der AfD antreten: Opposition der Opposition.

Nachtrag: Pegida und die Kommunalpolitik

VON FELIX KORSCH

Im Juni 2015 fanden im Freistaat Sachsen Landrats- und in etlichen Gemeinden Bürgermeisterwahlen statt. Dies galt als elektoraler Stimmungstest der Pegida-Bewegung und der synchronen Protestmobilisierungen, die sich im Vorgehen an Pegida orientieren, etwa durch wöchentliche „Spaziergänge“, und sich insbesondere gegen Unterkünfte für Asylsuchende wenden. Ein strategisches Vorgehen, etwa durch systematische Antritte mit dem Ziel der Flächendeckung oder einer übergreifenden Wahlkampagne, war hierbei ebenso wenig zu erkennen wie ein wählerhebliches Taktieren im Zusammen-

spiel mit anderen Parteien oder Wähler_innenvereinigungen.

Abgesehen davon, dass einige der unten genannten Kandidat_innen durchaus beachtenswerte Ergebnisse erzielen konnten, wurden die Antritte sämtlich nicht mit Mandaten beschieden. Eine Reihe frühzeitig angekündigter Kandidaturen war nicht einmal zustande gekommen, so zur Bürgermeisterwahl in **Weinböhl**⁷ sowie zur Landratswahl im selben **Landkreis Meißen**.⁸ Mangels Unterstützer_innenunterschriften kamen angekündigte Kandidat_innen in **Bautzen** (Pegida-Sympathisant Engelbert Merz)⁹ sowie im erzgebirgischen **Amtsberg** (Sven Mathes, Mitorganisator von „Pegida Chemnitz-Erzgebirge“)¹⁰ nicht zum Zuge. Dasselbe gilt für **Neustadt** in der Sächsischen Schweiz (Martin Górka)¹¹, wo das „pegida-ähnliche“ und durch die extreme Rechte beeinflusste Bündnis „Demokratischer Aufbruch Sächsische Schweiz“ (DASS) reüssieren wollte.

In anderen, weit bekannteren Fällen kam es zu Kandidaturen mit teils beachtlichen Ergebnissen:¹²

Sächsische Schweiz-Osterzgebirge: Im Landkreis trat Nicos Chawales zur Landratswahl an. Der Dresdner war zuvor aufgefallen durch seine Beteiligung an Anti-Asyl-Protesten in Wilsdruff, Dippoldiswalde und Freital; die Lokalpresse ordnete ihn dem „Dunstkreis von Pegida“ zu.¹³ Er erzielte als Einzelbewerber 9,9 Prozent der Stimmen (absolut: ca. 8.600) und erreichte den vierten Platz – nur knapp hinter dem NPD-Bewerber mit 10,6 Prozent. Der neurechten Zeitschrift *Blaue Narzisse* gewährte er ein Interview.¹⁴

Freital: In der nahe Dresden gelegenen Stadt, die als ein Zentrum des „asylkritischen“ Protests gilt, kandidierte René Seyfried zur Oberbürgermeisterwahl. Er gehört der Initiative „Freital steht auf“ an,¹⁵ die mit einer „pegida-artigen“ Demonstrationsserie und Protestaktionen gegen eine Unterkunft für Asylsuchende von sich reden machte, teils unter Beteiligung von Pegida-Protagonist_innen. Seyfried erzielte im ersten und einzigen Wahlgang 8,8 Prozent der Stimmen (absolut: ca. 1.300). Er belegte den fünften Platz, noch hinter einem AfD-Kandidaten, der 11,7 Prozent erreichte.

Roßwein: In der mittelsächsischen Kleinstadt bewarb sich Jens Tamke um das Amt des Bürgermeisters. Bekannt gemacht hatte er sich als Protagonist der Initiative „Roß-

⁷ Tobias Winzer(2015): Pegida plant Landrats-Kandidaten, SZ-online.de, 11.4.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/pegida-plant-landrats-kandidaten-3079178.html>.

⁸ Linda Barthel/Peter Anderson: Drei wollen es wissen, SZ-online.de, 9.4.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/drei-wollen-es-wissen-3076787.html>.

⁹ Stefan Schramm: Direkter Querkopf, SZ-online.de, 18.4.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/direkter-querkopf-3084668.html>.

¹⁰ „Bürgermeisterwahl – Rechtsaufsicht weist Beschwerde ab“, freipresse.de, 23.5.2015, <http://www.freipresse.de/LOKALES/ERZGEBIRGE/ZSCHOPAU/Buergermeisterwahl-Rechtsaufsicht-weist-Beschwerde-ab-artikel9202799.php>.

¹¹ „Anti-Asyl-Initiative stellt Bürgermeisterkandidaten“, SZ-online.de, 28.4.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/anti-asyl-initiative-stellt-buergermeisterkandidaten-3091552.html>.

¹² Angaben sind (vorläufige) amtliche Endergebnisse lt. Statistischem Landesamt Sachsen.

¹³ Matthias Weigel: Vier Kandidaten für Landratswahl, SZ-online.de, 13.5.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/vier-kandidaten-fuer-landratswahl-3102096.html>.

¹⁴ Johannes Schüller: Vom Bürgerprotest zur Wahlurne (Interview, 4.6.2015), <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/5309-vom-buergerprotest-zur-wahlurne>.

¹⁵ „Bürgerinitiative tritt zur OB-Wahl an“, SZ-online.de, 2.5.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/buergerinitiative-tritt-zur-ob-wahl-an-3094883.html>.

wein wehrt sich – nein zum Wohnheim“.¹⁶ Die Initiative hatte unter anderem das Gerücht verbreitet, die örtliche „Tafel“ – die das zurückweist – würde Asylsuchende bevorzugt behandeln.¹⁷ Ende Mai trat er bei Pegida in Dresden als Redner auf.¹⁸ Unterstützung erhielt er durch Legida (Leipzig).¹⁹ Zu Wahl erhielt er 10,4 Prozent der Stimmen (absolut: ca. 300) und erreichte damit den zweiten Platz.

Dresden: Die größte Aufmerksamkeit erfuhr schließlich die Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Dresden, wo zum ersten Wahlgang am 7. Juni mit Tatjana Festerling eine durch Pegida unterstützte Einzelbewerberin antrat. Die ehemalige AfD-Politikerin war 2014 zunächst als Fürsprecherin der HoGeSa-Bewegung aufgefallen, ab Anfang 2015 wurde sie sukzessive zur Pegida-„Frontfrau“ aufgebaut, die mittels drastischer Redebeiträge – politische Konkurrent_innen schmähte sie als „Alkoholiker, grüne Männlein, Kommunisten und Kinderficker in den Parteien“²⁰ – für eine gesteigerte Außenwirkung der zwischenzeitlich geschrumpften Dresdner Versammlungen gesorgt hatte.

Festerling erreichte im ersten Wahlgang 9,6 Prozent der Stimmen (absolut: ca. 21.300), was für den vierten Platz genügte. Zu einer Anfang des Jahres noch für möglich erachteten Wahlabsprache mit der AfD kam es nicht: Deren Kandidat Stefan Vogel erzielte 4,8 Prozent der Stimmen und damit deutlich weniger als die Partei bisher einholen konnte. Die NPD wiederum hatte vorab den einseitigen Verzicht auf eine Kandidatur zugunsten Festerlings erklärt.²¹ Ob die NPD unter anderen Umständen kandidiert hätte, bleibt offen – bei der vorangegangenen OB-Wahl im Jahr 2008 war das nicht der Fall. Obwohl Dresden im landesweiten Vergleich weder eine NPD-, noch eine AfD-Hochburg ist, wären der Wähler_innensockel der einen und die Verluste der anderen erklärungskräftig für eine deutliche Mehrheit der Festerling-Stimmen. Geht man davon aus, dass es sich teils auch um Wähler_innen handelt, die sich regelmäßig für extrem rechte Politikangebote entscheiden, relativiert sich der „Achtungserfolg“.

Untersuchungen zur Wanderung von Wähler_innen liegen gleichwohl nicht vor. Auch die Behauptung Pegidas, für die im Vergleich zu 2008 um rund neun Prozentpunkte auf 51,1 Prozent gesteigerte Wahlbeteiligung (bei deutlich gestiegener Einwohner_innenzahl) verantwortlich zu sein, lassen sich nicht überprüfen; dies hätte realiter ein noch weitaus besseres Abschneiden Festerlings erwarten lassen. Im Kontext eines vergleichsweise stark fragmentierten Wahlkampfes im bürgerlich- bis rechtskonservativen Spektrum – LINKE, SPD, Grüne und Piraten hatten sich dagegen auf eine gemeinsame Kandidatin geeinigt – könnte sich wohl eher das unerwartet schlechte Ab-

¹⁶ Heike Stumpf: Erste Demo mit viel Polizei, SZ-online.de, 10.4.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/erste-demo-mit-viel-polizei-3078246.html>.

¹⁷ Cathrin Reichelt: Bedient die Tafel Asylbewerber zuerst?, SZ-online.de, 13.6.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/bedient-die-tafel-asylbewerber-zuerst-3125165.html>.

¹⁸ „2200 Menschen bei Pegida-Demo am Pfingstmontag“, mopo24.de, 25.5.2015, <https://mopo24.de/nachrichten/pegida-dresden-pfingstmontag-7300>.

¹⁹ Facebook-Profil „GIDA – Regional“, 1.6.2015, Kopie abrufbar unter: <https://archive.is/HWDVc>.

²⁰ Lars Radau: Ergebnis von Pegida-Kandidatin Festerling ist der Lackmestest, Tagesspiegel 5.6.2015, <http://www.tagesspiegel.de/politik/oberbuergemeisterwahl-in-dresden-ergebnis-von-pegida-kandidatin-festerling-ist-der-lackmestest/11876710.html>.

²¹ Vorstand NPD-Kreisverband Dresden: Dem patriotischen Protest in Dresden eine Stimme geben!, 20.4.2015, <http://www.npd-dresden.de/2011/?p=2686>.

schneiden des CDU-Kandidaten Markus Ulbig (15,4 Prozent), zugleich Innenminister des Freistaats, zugunsten Festerlings ausgewirkt haben.

Überdurchschnittlich viele Stimmen erzielte sie übrigens in dicht besiedelten, sozialstrukturell benachteiligten Wohnquartieren – und namentlich dort, wo Unterkünfte für Asylsuchende bestehen oder geplant sind.²² Gleichwohl gewann sie keinen einzigen Stadtteil für sich. Einen Antritt im zweiten Wahlkampf schlug sie aus, verbunden mit einer Empfehlung für den unabhängigen Kandidaten Dirk Hilbert, der zugleich FDP-Mitglied ist und im ersten Wahlgang knapp hinter der rot-rot-grünen Kandidatin abgeschnitten hatte. Das erklärte Ziel Festerlings war denn auch, eben jene Kandidatin zu verhindern. 23

Beachtlich ist ein Sonderfall, dem keine erwiesene Pegida-Verbindung zugrunde liegt. Jedoch hatte der folgende Kandidat im Vorfeld im Zusammenhang mit Anti-Asyl-Protesten von sich reden gemacht:

Bad Schandau: Der parteilose, kommunalpolitisch erfahrene Steffen Kunze war zuletzt im Vorjahr auf CDU-Ticket in den Stadt- und Ortschaftsrat gewählt worden. Anfang des Jahres fiel er als Teilnehmer einer Kundgebung („Nein zum Heim“) auf, die durch einen NPD-Politiker angemeldet worden war. Im Nachgang soll der Fahrlehrer nach Darstellung der Polizei den Bereich einer gewerkschaftlichen Gegenkundgebung aufgesucht haben, sie durch Hupen seines Autos gestört und schließlich einen Beamten angefahren haben.²⁴ Der vor Ort festgenommene Kunze bestreitet einen Vorsatz und sprach gegenüber Medien von einer „vorhersehbare[n] [!] Verkettung unglücklicher Umstände.“²⁵ Kurz darauf verließ er die örtliche CDU-Fraktion. Eine Distanzierung Kunzes von den „Nein zum Heim“-Aktionen ist nicht bekannt. Stattdessen teilte er mit, dass „Nationalstolz und Heimatverbundenheit“ zu seinen „Charakterzügen“ gehörten.²⁶ Im ersten Wahlgang zur örtlichen Bürgermeisterwahl erhielt Kunze 29,2 Prozent (absolut: ca. 610), im zweiten Wahlgang gar 41,3 Prozent (absolut: ca. 810) der Stimmen. Das entspricht jeweils dem zweiten Platz.

Felix Korsch ist Politikwissenschaftler und Fachjournalist in Leipzig. Er forscht und publiziert zur politischen Rechten.

²² Tobias Wolf: Festerling punktet rund um Asylheime, SZ-online.de, 9.6.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/festerling-punktet-rund-um-asylheime-3121783.html>.

²³ „Festerling verzichtet auf zweite OB-Wahl-Runde“, mdr.de, 10.6.2015, http://www.mdr.de/sachsen/dresden/festerling-oberbuergermeisterwahl-rueckzug100_zc-cf5ff0a4_zs-6689deb8.html.

²⁴ „Sächsischer CDU-Politiker gegen Antirassist_innen“, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 106 (Frühjahr 2015), S. 5; vgl. auch: Gunnar Klehm: „Man wird doch wohl noch hupen dürfen“, SZ-online.de, 20.1.2015, <http://www.sz-online.de/nachrichten/man-wird-wohl-noch-hupen-duerfen-3018566.html>.

²⁵ „Hier wird gerade ein CDU-Politiker festgenommen“, mopo24.de, 8.1.2015, <https://mopo24.de/nachrichten/cdu-politiker-festgenommen-3699>.

²⁶ Facebook-Profil Steffen Kunze, 9.6.2015, Kopie abrufbar unter: <https://archive.is/5XYb6>.

Pegida und die Kleingärtner_innen der Gesellschaft

**Was der Umgang mit Pegida über unser Demokratieverständnis sagen kann:
Überlegungen zu gesellschaftlicher Ordnung und radikaler Demokratie**

VON STEFAN KAUSCH

Einleitung und Vorgehensweise

Erstaunlicherweise hat uns Pegida etwas erneut in den Sinn gerufen, dass wir vielleicht unterbewusst als Erfahrung gespeichert haben, allerdings nicht immer präsent vor Augen haben. Demokratie findet auf den Plätzen und draußen statt. Demokratie ist also eine öffentliche Angelegenheit. Das mag sicherlich einige Personen überraschen, aber ich halte den Umgang mit Pegida in seiner Weise für idealtypisch für den Umgang der Gesellschaft mit politischer Unordnung. Zudem ist aus meiner Sicht strategisch wie taktisch absolut notwendig, sich mit so einem Phänomen intensiv auseinanderzusetzen – und dies gerade in einer kontroversen, ungewöhnlichen Art und Weise.

Deshalb möchte ich mich im Folgenden vor allem den Reaktionen auf Pegida widmen. Reaktionen der etablierten Player des politischen Feldes wie Parteien, Regierungen etc. Daraus lassen sich bestimmte Ordnungsversuche dieses Phänomens ableiten, nicht zuletzt bedenkliche politische Denk- und Handlungsweisen sichtbar machen.¹ Zudem möchte ich die damit verbundene politische Raumaufteilung unserer Gesellschaft analysieren. Darauf aufbauend nehme ich die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen in den Blick und befrage sie im Fokus einer radikaldemokratischen Analyseperspektive auf ihre innere und äußere Konsistenz. Schließlich möchte ich mit diesen Überlegungen zu Positionierungen und Handlungsüberlegungen in unterschiedlichen Bereichen politischen und wissenschaftlichen Handelns anregen und diese zur Diskussion stellen. Doch zunächst soll kurz dargestellt werden, welchen historischen Entwicklungen und Grundlagen wir den Willen zur Ordnung in unserer Gesellschaft zu verdanken haben. Dies erkläre ich mit dem Ziel, die Ordnungsversuche von Pegida mit einer historischen Perspektive anders verorten und verstehen zu können.

„Ordnung muss sein“: Die Moderne will in den Garten!

Auch wenn die Schriften über Postmoderne und andere Einordnungsversuche des aktuellen Gesellschaftstypus uns erzählen wollen, dass die Moderne vorbei ist, erscheint es mir hier doch wichtig und angemessen, noch mal darauf hinzuweisen, was diese sogenannte Moderne eigentlich ausgezeichnet hat. Zudem erscheint es mir angemessen in Erinnerung zu rufen, in welcher Weise diese Strukturen und Deutungsmuster der (Alltags-)Welt bis heute unser Wissen prägen und uns die Brille aufsetzen, mit der wir denken, sehen und auch handeln (Reuter/Villa 2009: 11).

¹ Erste Überlegungen zu diesem Thema erschienen unter dem Titel „Von der Ordnung der Orte des Demokratischen zu anderen Momenten des Politischen“ im Mai 2015 im Rahmen der Reihe „Heftige Heftchen“, hrsg. von ag16 und Anna Jehle, Berlin/Bielefeld.

Auf einen Punkt gebracht ist die Moderne davon gekennzeichnet, Ordnung herzustellen. Diese Ordnungsproduktion wird nötig, weil die gesellschaftlichen Dynamiken der Moderne die eingefahrenen und bisherigen Produktionsbedingungen, die politischen, wirtschaftlichen und anderen Strukturen sowie die alltäglichen Daseinsformen mehr als nur durcheinanderbringen. Zur Beschreibung der Moderne werden gemeinhin folgende Elemente genannt: industrielle Revolution, Kapitalismus, Liberalismus, moderne Menschwerdung mit neuen Geschlechter- und Familienverhältnissen, Rationalität, Individualisierung usw. usf. Das kann hier bestenfalls nur angedeutet werden.

Entscheidend ist, dass in diesem Prozess der Moderne-Werdung alles Bisherige „verdampft“ (Marx/Engels 1848), umgewälzt und infrage gestellt wird. Dies umfasst alle Alltagswelten des europäischen Kontinents wie auch die politökonomischen Entwicklungen in der Welt. Damit aber die sich negativ entwickelnden Verhältnisse in Europa nicht außer Kontrolle geraten – z. B. durch zu revolutionäre politische Kräfte – müssen Praktiken und Apparate entwickelt werden, um diese negativen Entwicklungen einzuhegen. Für die Innovation und Produktion dieser Praktiken und Apparate wird hauptsächlich der Staat auserkoren. Deshalb bildet sich der moderne Staat auch in einem verschachtelten Verhältnis in Verbindung einerseits zum Kapitalismus und andererseits zur Moderne aus. Auf dieser Grundlage kann sich auch der Staat immer weiter entwickeln. Sein „Wille zum Wissen“ wird geweckt und ausgebaut (Foucault 1983). Er erfindet die Statistik und die Bevölkerung (Schmidt 2005), das Gefängnis, die Anstalten der Psychiatrie, die moderne Klinik usw. usf.

Der Staat wird im wahrsten Sinne des Wortes zum Gärtner (Baumann 2002, Niemann-Findeisen 2008). Er sortiert seine Untertanen, die inzwischen Staatsbürger_innen geworden sind, hegt und pflegt sie und greift dort ein, wo sie kriminell, deviant, asozial, krank, behindert, uneindeutigen Geschlechts usw. usf. geworden sind oder dies zu werden drohen. Zur Erfüllung dieser umfassenden Aufgabe werden diverse Staatsapparate geschaffen. Und auch umgekehrt werden immer mehr Aufgaben an den Staat herangetragen, sodass Foucault (2006) von einer Gouvernentalisierung des Staates spricht.

Doch selbst dieser dynamische und sich dynamisierende Staat und seine Apparate werden immer wieder herausgefordert. Dabei entwickeln sich erstaunliche Metamorphosen des (liberalen) Regierungsdenkens und seiner Praktiken des Regierens (Bohlender 2007). Denn entgegen der vorherrschenden Erzählung ist der Liberalismus keine Gegenbewegung zu Entwicklung von Staatlichkeit und der Regulation der Gesellschaft – im Gegenteil (ebd.). Die Entwicklung des Kapitalismus sowie seiner Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte sind ohne die Eingriffe liberalen Regierungsdenkens und -handelns undenkbar. Auch und gerade im sich entwickelnden Liberalismus wird regiert in „gärtnerischer Absicht“. Denn obwohl das Bild des Nachtwächters immer wieder strapaziert wird, wenn wir über (Neo-)Liberalismus nachdenken sollen, erscheint mir das Bild der gärtnerischen Tätigkeiten und eines kleinen Heers an Gärtner_innen, die Gesellschaft gestalten wollen, viel passender.

Diese liberale Art und Weise der Weltwahrnehmung und der Handlungsweisen ist aus meiner Sicht bis heute vorherrschend. Natürlich, sie hat sich weiter angepasst, umgeformt und immer wieder modernisiert, aber der Liberalismus als hegemoniale Denkweise und politische Ordnungs- und Eingriffsmacht regiert bis ins 21. Jahrhundert. Denn selbst die

Sozialdemokratie als Denk- und Handlungsweise, die theoretisch und strategisch die Möglichkeit hätte, eine Liberalismus-kritische Position einzunehmen, ist tief im liberalen Dilemma eingewoben. Und ihre Staatsfetischisierung ist zwar historisch betrachtet verwunderlich, aber bis heute – leider – eine massive Realität.

Ein Ende dieses liberalen Paradigmas ist deshalb bisher nicht absehbar. Dieses Paradigma regiert unsere Gegenwart und dieses Denken hat damit auch zentralen Einfluss auf die Handlungen der politischen Akteur_innen in Sachsen im Jahre 2014 und 2015. Die Gärtner_innen sind also weiterhin in Anstellung in der Gesellschaft.

Die Zwecke der Mittel des Regierens sind historisch betrachtet neben dem Erhalt und dem Ausbau der Ordnung der Moderne vor allem auch die Sicherung der kapitalistischen Produktionsweise. Parallel werden auch die Machteliten und die Herrschaftsverhältnisse Schritt für Schritt verändert. Denn die bürgerliche Gesellschaft bringt neue Eliten und Macht- wie Herrschaftsverhältnisse hervor. Dies geschieht nicht immer gewaltfrei, wie wir aus der Revolutionsgeschichte wissen, egal ob wir nach Nordamerika, Frankreich oder Haiti schauen.

In diesem historischen Prozess taucht eine Idee auf und wird dann stärker und stärker: Es ist die Idee der Demokratie. Diese erscheint uns bis heute vertraut. Demokratie wird dabei in einer doppelten Art und Weise eingesetzt und für politische Handlungen operationalisiert: Als ordnende Figur soll ihr Einsatz im Spiel der neuen Kräfte (Parteien, Gewerkschaften, der 3. Stand usw.) im Sinne der sich etablierenden und etablierten Ordnung der Erhalt ebendieser Ordnung sein. Sie ist also ein staatspolitisches Instrument zur Einhegung von zu radikalen Machtakteur_innen.

Eben diese Machtakteur_innen und vor allem die vielen ungeordneten Subjekte in den sich langsam entwickelnden Möglichkeitsräumen berufen sich auf die Demokratie als Mittel zur Etablierung, Erweiterung oder sogar Infragestellung der gesellschaftlichen Ordnung. Hier entsteht das Politische als der Moment der Unordnung der Gesellschaft (Rancière 2012). Demokratie im Einsatz für diese Kräfte – die in all ihrer Ambivalenz eigentlich noch gar nicht als Kräfte wahrgenommen werden (Rancière 2002) – im sich formierenden Gesellschaftsspiel ist keine konkret durchdeklinierte Ordnungsvorstellung, geschweige denn Organisation von Macht und Herrschaft. Demokratie als eine sich Gehör verschaffende Artikulation des Politischen ist hier Subjektressource der (noch) Entmächtigten. Sie ist eine Möglichkeit, in den Momenten der Vergemeinschaftung vom „Unvernehmen“ (ebd.) auf die Bühne der Gesellschaft zu treten und der etablierten Ordnung, die behauptet, Demokratie zu sein, ihre eigene undemokratische Verfasstheit bzw. Realität aufzuzeigen. Dieses sich hier entwickelnde Spiel zwischen Demokratie, Ordnung, der Artikulation des Unvernehmens sowie der Produktion des Politischen ist bis heute wirksam (ebd.). Anders gewendet: Die Gärtnerei ist plötzlich mit einem ganzen Bündel an Unkraut konfrontiert und wird herausgefordert, dieses Unkraut als genießbare Pflanzen sowie als Obst und Gemüse anzuerkennen.

Rassismus und Ordnung

Eine andere wirkmächtige Denkweise und Idee, die Gesellschaft zu ordnen, ist der Rassismus. Innerhalb dieser oben beschriebenen Produktionsverhältnisse von Ordnung und ihren Ambivalenzen und Herausforderungen ist auch der Rassismus entstanden. Dieser

Rassismus ist eine Antwort auf die Ambivalenzen der Moderne (Mosse 1990, Baumann 2002). Er ist sozusagen die Ideologie, um den Supergärtner einführen zu können. Dieser Rassismus ist nicht zu verstehen, ohne seinen wichtigsten Verbündeten zur Produktion von Außen-/Innen-Verhältnissen, der modernen Subjektivität usw. Hier ist es an der Zeit den Kolonialismus zu benennen, als notwendigem (aber nicht hinreichendem) Teil der Herstellung von Rassismus.² Neben der Produktion des kolonialen Außen, das kolonisiert werden muss, entsteht die moderne bürgerliche Subjektivität genau in diesem Verhältnis von kolonisierenden und kolonisierten Individuen und Gruppen. Denn ein sehr zentraler Teil der Produktion moderner Gesellschaft und ihrer Verhältnisse ist die moderne Subjektivierung und am Ende die Entstehung des modernen Subjektes. Dieses Subjekt ist das „Ich“, das wir bis heute kennen. Um es umfassend zu analysieren und seine Produktionsverhältnisse zu verstehen, ist ein intersektioneller Ansatz vonnöten: Subjektivierung entsteht in einer Beziehung von identitären Kräftevektoren, die aufeinander wirken. Zueinander stehen diese Kräftevektoren in einem relationalen, infolge der zeitlichen Dimension immer wieder sich neu hierarchisch austarierenden Verhältnissen. Geschlecht, Rassifizierung und die Produktion von Klassenstrukturen wirken hier in- und miteinander und werden zu einem Kraftwerk, das die bürgerliche Subjektivität immer und immer wieder herstellt.

Und natürlich wird auch in diesem Zusammenhang permanent Unsicherheit produziert. Die Subjekte können sich ihrer modernen Subjektivität keineswegs sicher sein. Denn die Bedrohung lauert Innen wie Außen.

Die von Ann Laura Stoler analysierte „Anxiety“ der bürgerlichen Individuen, also eine Mischung aus Angst und Unsicherheit, wird genau in dieser Kraftwerkskonstellation produziert (Stoler 1995). Auch hier muss vieles verkürzt dargestellt werden, aber für später auf dem Merktzettel zu behalten wäre die Erkenntnis, dass Angst und Unsicherheit wichtige gesellschaftliche Ressourcen und Machteinsätze sein können.

Von diesen Hintergrundannahmen ausgehend springe ich ein wenig in Zeit und Raum. Im nächsten Schritt schaue ich mir die Ordnungsversuche in der Gesellschaft der BRD im 21. Jahrhundert an. Und im Besonderen gilt meine Aufmerksamkeit dem Bundesland Sachsen in den Jahren 2014–15.

Demokratie als Angelegenheit für und im öffentlichen Raum

Dass Demokratie im öffentlichen Raum stattfindet, ist scheinbar offensichtlich. Denn wo finden historisch und aktuell die Brüche, Transformationen und Revolutionen in den Gesellschaften statt? Genau: in den öffentlichen Räumen unserer globalen Gesellschaft(en). In unserem kollektiven Gedächtnis sind sofort bestimmte politische Bild-Ideengeschichten abrufbar, wenn wir über Kämpfe und die politischen Auseinandersetzungen um Demokratie nachdenken und im Bilderbuch dieser historischen Ereignisse blättern. Ob es nun die Bastille, die Danziger Werft, der Leipziger Ring oder die Panzer auf Prags Straßen sind – all diese Ereignisse sind an öffentliche Plätze des Politischen

² An dieser Stelle kann es nur darum gehen, kursorisch Rassismus zu erklären sowie seine Verwebung mit dem Kolonialismus anzudeuten. Eine weitere Entwicklung und Vorstellung einer modernen Rassismustheorie, die andere Autor_innen und Wissenschaftler_innen viel weiter und besser gedacht haben, kann hier keinen Platz finden.

gekoppelt. An öffentliche Orte, auf denen um Demokratie gerungen wird. Oder, um eine globale Perspektive nicht zu vergessen, die Plätze in Kairo (Tahrir-Platz), New York (Zuccotti Park), Peking (Tiananmen), Istanbul (Gezi-Park), Kiew (Maidan), Hongkong (Bankenviertel der Insel Hongkong) sowie die Straßen von Tunis oder Benghasi: Auch hier geschehen die gleichen Phänomene und Prozesse. Die öffentlichen Räume wurden und werden hier bewusst besetzt und bestritten. Diese Räume waren und sind umkämpft in ihrer Öffentlichkeit und Funktion. Diese Räume erfahren dadurch eine Politisierung und Demokratisierung.

Von diesem Punkt ausgehend komme ich zu Pegida und dem Umgang unserer heutigen politischen Akteur_innen damit. Denn die oben beschriebenen Gärtner_innen der Gesellschaft sind auch im 21. Jahrhundert am Unkraut jäten. Mit dem Aufkommen von Pegida sind zunächst starke Reaktionen in Medien und auf der Straße (große und kleine Gegenproteste) auffällig. Zudem sind eine intensive Auseinandersetzung in den politischen Parteien und anderen etablierten Strukturen und Institutionen zu konstatieren. Ich habe kurzorisch drei Idealtypen der Auseinandersetzung mit Pegida entdeckt. Die Idealtypen trennen die Antwort auf die Frage: Wer redet warum (nicht) mit Pegida und ihren Anhänger_innen?

Zunächst zu Idealtyp eins, der für eine **Diskursive Ausgrenzung** des kompletten Phänomens plädiert. Vorreiter in der Debatte waren u.a. der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) mit seiner rhetorischen Figur des „Rattenfängers“³. Während dessen sprach Grünen-Politiker Cem Özdemir von einer „komischen Mischpoke“ (Cem Özdemir). Insgesamt ist diese Figur eher bei den Parteien Bündnis 90/Die Grünen, der SPD sowie DIE LINKE anzusiedeln. Also im eher linksliberalen politischen Spektrum.

Der zweite Idealtypus sagt sinngemäß: „Wir reden mit ‚den Menschen‘, nicht mit den Organisator_innen.“ Er produziert also eine **strategisch selektive, diskursive Aus- und Eingrenzung** und unterscheidet zwischen den Akteur_innenebenen. Zudem öffnet er die Blackbox des sozialen Phänomens Pegida. Wie beispielsweise Sarah Wagenknecht:

„Die Organisatoren von Pegida schüren rassistische Ressentiments und machen Stimmung gegen Flüchtlinge. Aber es gibt eine Reihe von Leuten, die da hingehen, weil sie die herrschende Politik ablehnen, weil sie empört sind über prekäre Jobs und miese Renten. Sie haben das Gefühl, da ist endlich mal eine Protestbewegung. Natürlich muss man mit diesen Leuten reden und ihnen deutlich machen, dass das nicht einfach eine Protestbewegung ist, sondern eine Bewegung, die Protest genau in die falsche Richtung lenkt, die Sündenböcke sucht, statt die wirklich Schuldigen und die Profiteure zu nennen.“⁴

Auch die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) sowie ihr Kollege und Chef, Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU)⁵, befürworteten diese Taktik. Dieser Idealtypus ist damit interessanterweise über nahezu alle Parteigrenzen hinweg zu finden.

³ <http://www.merkur.de/politik/Pegida-steckt-hinter-protestbuendnis-dresden-gegen-vermeintliche-islamisierung-4503711.html>, 7.7.2015.

⁴ <http://www.mz-web.de/politik/interview-mit-sahra-wagenknecht-berlin-hat-unsummen-in-den-sand-gesetzt-,20642162,29630324.html>, 7.7.2015.

⁵ <http://www.heute.de/sachsens-ministerpraesident-stanislaw-tillich-cdu-plaedierte-fuer-gespraech-mit-Pegida-anhaengern-36886514.html>, 7.7.2015.

Als dritten Idealtypus können wir noch notieren: „Wir reden mit allen bei Pegida.“ Dieser Idealtypus steht für die **komplette diskursive Inklusion** des Phänomens. Dafür hatte sich im Laufe der Entwicklung u.a. der sächsische Innenminister Markus Ulbig ausgesprochen.⁶ Die „Rattenfänger“ waren aus Sicht des Innenministers plötzlich für den eigenen Nutzen recht und billig.

Aus diesen drei Idealtypen lassen sich, wie angedeutet, bestimmte Taktiken und Strategien im Umgang mit dem Phänomen Pegida ablesen, dass im Dezember 2014 plötzlich zu einer relevanten politischen Massenbewegung außerhalb der anerkannten politischen Akteur_innen und Gruppierungen zumindest in Sachsen und dabei in den Großstädten Leipzig und vor allem in Dresden wurde.⁷

Viele dieser Strategien zeugen, wie der Idealtypus eins, von politischer Unkenntnis und taktischer Dummheit, wie beispielsweise die diskursive Ausgrenzung des Phänomens. Schlimm ist in diesem Zusammenhang immer wieder die gern genutzte „Rattenfänger“-Metapher. Sie spricht den beteiligten Protestierenden, die nicht in der Führungsebene verankert sind, komplett ihre aktive und bewusste politische Rolle in dieser Bewegung ab. Sie entmündigt die Menschen von ihren Entscheidungen und nimmt ihnen jegliche Freiheit zur Partizipation und demokratischen Teilhabe – unabhängig von ihren Forderungen. Aber auch andere Idealtypen funktionieren nach einer ähnlichen Logik. Immer wird darüber verhandelt, wer mit wem unter welchen Bedingungen verhandeln darf und wer eben nicht mitspielen darf.

Von den Idealtypen kommend möchte ich nun – aus einer mehr radikaldemokratischen Analyseperspektive – unsere Gärtner_innen und Ordnungspolizist_innen im Umgang mit Pegida auf ihre Argumente und Handlungen hin befragen.

Jacques Rancière, ein politischer Philosoph, der viel über das Politische und die Diskurse in der Gesellschaft geschrieben hat, sagt:

„Die Politik ist zuerst der Konflikt über das Dasein einer gemeinsamen Bühne, über das Dasein und die Eigenschaft derer, die auf ihr gegenwärtig sind.“

Was meint Rancière damit? Können nicht alle gleichermaßen auf die Bühne steigen, sprechen, gehört werden. Und dabei ist es doch egal, wer es ist und von woher er kommt? Wenn wir uns, wie Rancière, die Geschichte der politischen Auseinandersetzung um Gesellschaft und das Dasein in ihr anschauen, wird schnell klarer, was er meint und dass es nicht so einfach ist, in der Öffentlichkeit zu sprechen und schon gar nicht, auf die Bühne der Politik zu treten. Nehmen wir die erste Frauenbewegung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Frauen hatten weder Wahlrecht noch war es ihnen erlaubt, in der Öffentlichkeit – also auf der von Rancière beschriebenen Bühne – bestimmte Tätigkeiten oder Funktionen auszuüben. Deshalb ist diese erste Frauenbewegung eine eminent politische im Sinne von Rancière. Sie stellt mit ihren Forderungen nach Wahlrecht, nach Vergemeinschaftungsrechten und der Kritik an der traditionellen Rolle der Frau (die allein im Privaten verbleiben sollte) die Ordnung der Gesellschaft fundamental infrage. Diese Frauen haben für ein anderes Dasein gekämpft und dabei das Recht auf Sichtbarkeit auf der politischen Bühne erst proklamiert und schließlich erstritten.

⁶ <http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Ulbig-will-mit-Pegida-Organisatoren-reden-artikel19089028.php>, 7.7.2015.

⁷ Zu der Analyse der Zahlen und ihrer Bedeutung siehe den Artikel von Felix Korsch in diesem Band.

Bis heute gilt deshalb: Die immer noch vorhandenen Menschen ohne bürgerliche Rechte (beispielsweise Flüchtlinge ohne Aufenthaltsrechte) kommen nicht auf die Bühne, dürfen auf ihr nicht sichtbar werden, geschweige denn sprechen. Ihr Platz ist ein anderer. Sie sind deshalb nicht konfliktfähig im Sinne der vorherrschenden Ordnung und ihrer Gärtner_innen. Sie werden nicht in die Lage versetzt, über ihr gegenwärtiges Dasein zu verhandeln!

Die Teilnehmer_innen der Pegida-Demos hingegen sind mit diesen Rechten ausgestattet und können diese deshalb im Anspruch nehmen. Die Teilnehmer_innen dieser Proteste besitzen im Gegensatz zu Flüchtlingen die erwähnten bürgerlichen Rechte und die Freiheit, auf der Bühne sichtbar zu werden. Sie können über ihr gegenwärtiges Dasein verhandeln – und zwar erst einmal unabhängig von der Reaktion der Staatsapparate. Dieser Möglichkeitsraum der Artikulation von Interessen existiert.

Und Pegida: Wie ist es mit dieser neuen sozialen Bewegung, mit dieser Gruppe, die auf die Bühne will? Die Proteste von Pegida rufen die Ordnungshüter_innen und Gatekeeper_innen auf den Plan, die bestimmen, wer wie und warum auf die Bühne der Gesellschaft, wer um das Da-Sein überhaupt verhandeln darf. Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich hat eine klare Position zum Phänomen Pegida und seinem Auftreten auf der Gesellschaftsbühne:

„Und momentan findet keine Diskussion statt, sondern es findet im Prinzip einfach eine einseitige Meinungsäußerung statt und kein Eingehen auf einen Dialog. Und ich glaube, dass man in einer solchen Gesellschaft nur über dieses Gespräch miteinander letztendlich dann auch zu Lösungen kommen kann, und das heißt, dass man mit den Menschen, die da mitgehen, sprechen muss.“⁴

Hier und andernorts werden von Tillich politische Grenzen gezogen, wo und mit wem er zu sprechen bereit ist. Er nennt die Proteste und ihr Handeln auf der Straße weder Dialog noch Diskussion – für ihn sind diese Aktivitäten jenseits seiner eingeschränkten Vorstellung „des Politischen“. Damit spricht er den Menschen, die diese Proteste betreiben, die Legitimation des Betretens der politischen Bühne ab. Im folgenden Falle werden vom Ministerpräsidenten erneut die Art der Bühne (Talkshows und die Straße sind es nicht) und die Menschen definiert, die auf dieser Bühne stehen bzw. (nicht) auftreten dürfen:

„Ob die Organisatoren [von Pegida] dessen im Prinzip die ersten Ansprechpartner sind, da sehe ich momentan gar nicht die Bereitschaft dazu, auch auf der anderen Seite. Und eine Talkshow ist, glaube ich, nicht unbedingt die Plattform, um einen Dialog zu führen, sondern das sind andere Formen. Also das sind zum Beispiel Bürgerdialoge, die wir anbieten, wenn eine Asylbewerberunterkunft eingerichtet wird, um vor Ort mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Und da unterscheiden wir nicht, wer da kommt, sondern wir sind froh, wenn die Bürger kommen und sich informieren.“⁵

Hier wie in anderen Zitaten wird deutlich, dass der sächsische Regierungschef die Bühne des Konfliktes gerade nicht auf der Straße sieht, sondern in anderen Räumen und durch

⁴ http://www.deutschlandfunk.de/Pegida-proteste-tillich-organisatoren-sind-nicht-zum-dialog.868.de.html?dram:article_id=306804, 3.4.2015.

⁵ http://www.deutschlandfunk.de/Pegida-proteste-tillich-organisatoren-sind-nicht-zum-dialog.868.de.html?dram:article_id=306804, 3.4.2015.

andere Formate verkörpert. Dies wird auch klar, wenn er analysiert, welche Kritik aus Reihen der Pegida- Demonstrant_innen wo und wie geäußert wird: „Da gibt es ... viele Argumente, ... wenn man sie aufklärt, also wenn man miteinander spricht über die Sachverhalte. Das sehen wir jetzt auch an den ersten E-Mail-Zuschriften, wo wir jetzt angefangen haben, aktiv auch in den Sozialen Medien – ob über Twitter oder auch über Facebook – Argumente und Gegenargument auch aufzunehmen, dass sich die Menschen melden und sagen: ‚Vielen Dank dafür, dass Sie mich darauf hingewiesen haben.‘ Und das ist, glaube ich, der richtige Weg“.⁶

Für Tillich ist der Raum des Politischen seiner Auffassung von politischer Ästhetik entsprechend weder die Straße noch eine Demonstration, weder Parolen noch Schilder (obwohl auf diesen politische Kommunikation stattfindet). Er spricht diesen Artikulationsformen kompromisslos ihre Legitimation ab. Stattdessen beklagt er sich immer wieder, dass die Demonstrant_innen von Pegida

„bislang sich einem Dialog auch mit uns, das heißt mit der Kommunal- oder Landespolitik entzogen haben. Und ich glaube, dass wir aber trotzdem nach wie vor das Dialogangebot auch aufrechterhalten müssen und gleichzeitig vielfältige Dialogangebote selbst machen müssen.“⁷

Es ist in Zeiten von Straßenprotesten und ungeplanten Artikulationen „des Politischen“ zum Verzweifeln für ein auf Ordnung und Sicherheit geschaltetes Demokratieverständnis à la Tillich und Co. Der „Raum des Politischen“ wird gerade deshalb aus strategischem Kalkül durch die von Rancière sogenannte Polizei bewusst klein und handhabbar gehalten. Gerade in der Krisenzeit von Pegida, die ja als Teil einer solchen Zeit wahrgenommen wird, bleibt es bei den alten, wenn auch intensivierten Angeboten der „Polizei“: Immer wieder erwähnt und organisiert werden „Dialog-Foren“ und Kommunikation über Gespräche, Mails und andere kontrollierbare Formen der demokratischen Raum- und Bühnenausstattung. Der sächsische Innenminister Markus Ulbig bringt als Fazit in einem Satz Weg und Ziel der vorherrschenden Politik bzw. Polizei auf den Punkt, wenn er formuliert: „... sondern es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass in unserem Staat Recht und Ordnung vorherrschen, dass das funktioniert.“

Hier ist es an der Zeit, den Rancièrschen Begriffsapparat näher zu erklären. Vor allem den Begriff der **Polizei**, gerade in seiner Abgrenzung zu seinem „Gegenspieler“, dem Begriff der **Politik**. Denn die Nutzung beider Begriffe durch Rancière hält gerade für den Begriff der Polizei eine neue Dimension bereit. Für Rancière sind die Hüter der Ordnung „die Polizei“. Er meint damit die Kräfte, die eine vorherrschende und Machtstrukturen legitimierende politische Ordnung und Gesellschaft erhalten wollen. Wir erinnern uns: die Kräfte also, die hier als Gärtner_innen historisch und aktuell auftreten und darüber entscheiden, was und wer Unkraut ist oder eben nicht.

Politik bzw. das Politische sind die Kräfte und Konstellationen und Momente, die die Ordnung stören und damit die Gesellschaft im Idealfall neu ordnen. Susanne Krasmann erläutert den Polizei-Begriff bei Rancière:

⁶ http://www.deutschlandfunk.de/Pegida-proteste-tillich-organisatoren-sind-nicht-zum-dialog.868.de.html?dram:article_id=306804, 3.4.2015.

⁷ http://www.deutschlandfunk.de/Pegida-proteste-tillich-organisatoren-sind-nicht-zum-dialog.868.de.html?dram:article_id=306804, 3.4.2015.

„Die Polizei, die den Diskurs artikuliert und verwaltet, ist darauf aus, die Offenheit des politischen Feldes zu schließen und den Streit um die sinnliche Aufteilung der Welt zum Verstummen zu bringen.“ (Krasmann 2010 : 83)

Das Politische ist damit nicht nur ein neu wachsendes Unkraut der demokratischen Artikulation, die sich dem Gartenbau der Gesellschaft widersetzt. Es sind in einem umfassenden Sinne diejenigen – noch Nicht-Personen bzw. -Gruppen – die bisher nicht vernehmbar⁸ waren. Sie artikulieren plötzlich ihr Unbehagen, fordern ihre Sichtbarkeit auf der Bühne, verlangen gehört und gesehen zu werden. Kurzum, sie sagen: „Wir sind auch ein Teil der Gesellschaft, die sie bisher ausgeschlossen hat von der Aushandlung über das gemeinsame Dasein.“

Deshalb analysiere ich in diesem Artikel die Reaktion der **Polizei** auf Pegida: Weil Tillich, Ulbig und weitere Politiker_innen sich verhalten wie die Gärtner_innen im Kleingarten der Demokratie. Diese Gesellschaft, deren Ideal sie pflegen und deren Ausdruck sie zugleich sind, ist eine des politischen Ingenieur_innentums – des *Political Engineering* (Kausch 2010). Das lässt mich erschauern und erstaunen zugleich: Tillich sagt, dass er „in einer solchen Gesellschaft nur über dieses Gespräch miteinander letztendlich dann auch zu Lösungen kommen kann“. Er geht von idealen Gesprächssituationen aus, fast in einem habermasschen Sinne, in denen alle in einem herrschaftsfreien Diskurs miteinander um die beste, rationalste Antwort ringen, die sich dann ganz selbstverständlich durchsetzt. Aber Gesellschaft ist ganz anders hergestellt und wird ganz anders konstituiert, wenn wir Rancière und anderen folgen wollen.

Doch ein Blick für den Ausschluss und die Ausgeschlossenen hat Tillich nicht, sie sind nicht sichtbar in seinem Machtschema der Polizei-Ordnung. Er als oberster Polizist Sachsens verteidigt die (Klein-)Gärten der repräsentativen Demokratie gegen das ungeordnete Blühen von Pegida – und auch anderer Artikulationsformen und Akteur_innen bei Blockaden, Protesten und der Aktivitäten der Zivilgesellschaft in Sachsen. Diese Gruppen und Initiativen werden seit Jahrzehnten hier im Freistaat derart gegängelt und geordnet, dass es den Erfinder_innen von Polizei und *Social Engineering* im 19. Jahrhundert eine Freude gewesen wäre (Etzemüller 2009). Nur sind wir zwei Jahrhunderte weiter in der (möglichen) Entwicklung von Gesellschaft. Doch scheinbar nicht in Sachsen: Bestimmte Kräfte klammern sich hier krampfhaft an ein nicht mehr zeitgemäßes, aber anscheinend nicht ins Reich der Reaktion zu verbannendes Verständnis von Demokratie. Die Weltsicht dieser Kräfte auf Alltag, Politik und Gesellschaft ist aus einer anderen Zeit, aber durch die Aktualisierung dieser umfassenden Weltsicht durch die benannten politischen Kräfte, für die Tillich und die sächsische CDU als Teil eines Ganzen stehen, bleiben sie in der Gegenwart präsent und können sich weiter fortschreiben.

Umso wichtiger ist die genaue Analyse des Momentes der Entstehung von Pegida und ihres Erscheinens auf der politischen Bühne. Ändert sich damit die Ordnung der Polizei? Wird hier wirklich eine Öffnung der Bühne ausgehandelt? Oder passiert Gegenteiliges?

⁸ Benannt nach dem Buch „Das Unvernehmen“ (Rancière 2002).

Pegida mit Rancière im Sinn: Erweiterung oder Beschränkung der Bühne und der Ausgeschlossenen?

Meine These ist so klar wie umstritten: Wir müssen Pegida zunächst als Öffnungsakteur des politischen Raumes begreifen. Warum? Weil dieser neue Akteur die Ordnung der Gesellschaft und der Polizei herausfordert. Anhand der beschriebenen Analysen der Reaktionen der etablierten Akteur_innen steht ein offensichtlicher Rancièrscher Moment des Politischen auf der Agenda. Wenn wir einige – differenziert betrachtet und genau hinschauend – Forderungen von Pegida von der allgemeinen und komplexen Agenda des Forderungskataloges lösen, entdecken wir klassische Demokratie-Erweiterungsforderungen. Denn bei der Organisation von Politik und innerhalb eines bestimmten Verständnisses von Demokratie gibt es überraschende Übereinstimmungen: So wurde quasi ein „Mehr Demokratie wagen“ à la Willy Brandt mit den konkreten Forderungen nach direkter Demokratie und der Erweiterung bzw. Einführung von Volksentscheiden untermalt. Sicherlich keine revolutionäre Forderung, aber immerhin immer noch nicht Mainstream in dieser Gesellschaft. Aber der Moment des Politischen geht noch einmal darüber hinaus.

Noch mal Rancière: Das Konzept der Platzierung und Ordnung

Genau deshalb befasst sich Rancière mit dem Einpassen und der Platzierung der Menschen in der bestehenden Gesellschaft. Hier wird die Ordnung erst produziert und dann wieder und wieder fortgeschrieben. Auch daran hat uns Pegida – überraschenderweise – erinnert: Da ist eine Alternative oder da sind sogar mehrere Alternativen zur aktuell vorherrschenden Gesellschaftsordnung. Der Weg, den wiederum Pegida in Teilen zu einer solchen Neuordnung vorgeschlagen hat, zeigt viele menschenunwürdige, regressive politische Praxen und Gesellschaftsvorstellungen.

Denn in der Auseinandersetzung mit dieser Bewegung kann ein Widerspruch zwischen einigen Inhalten, die ich ehrlicher Weise sogar teilen würde (siehe oben), und vielen anderen Inhalten, die Pegida formuliert, deutlich sichtbar politisiert werden.

Zudem lässt sich mit Rancière im Sinn ein politisches Paradox beschreiben, dass sich die Bewegung zwischen dem Politischen und der Sehnsucht nach einer Ordnung im Sinne der Kleingärtner_innen verorten lässt.

Zunächst ist da das Moment des Politischen, den die Bewegung herausfordert, also die Herausforderung der Ordnung. Dieser an sich positive Moment, weil in der Logik der Erweiterung und Störung der Bühnenausstattung und der bisherigen Aufteilung der Körper der Individuen und der Gesellschaft stehend, steht in einem zentralen Gegensatz zur kommenden Vorstellung der Ordnung, den diese neue Bewegung sich vorstellt. Denn diese inhaltlichen Ziele von Pegida sind von einem Begehren nach der Aussperrung vieler auf der Bühne der Gesellschaft inzwischen sich platziert habenden Menschen getrieben (Miteinander e.V. 2015). Dies betrifft vor vor allem die angekommenen und schon lange hier wohnenden Migrant_innen. Und damit nicht genug: Diejenigen, die in den Räumen der Gesellschaft noch nicht zur Artikulation von Meinungen fähig waren, weil sie ausgegrenzt sind, sollen erst recht keine Artikulation in einem neuen Möglichkeitsraum er-

halten (ebd).

Kurzum: Dieser zweite Teil der Inhalte von Pegida riecht, schmeckt und sehnt sich vor allem nach noch mehr Ordnung und einer Großherrschaft der Kleingärtner_innen und politischen Ingenieur_innen. Das widerspricht wenig überraschend einer radikal-demokratischen Perspektive der dauerhaften Politisierung und des Begehrens nach Bewegung (in) der Gesellschaft. Diese Bewegung, die sich in einer autoritären, rassistischen und kolonialistischen Ordnung der Gesellschaft einrichten möchte, ist ein kaum zu verdeckender Widerspruch zum Öffnen und Erweitern gesellschaftlicher Räume und Machtstrukturen.

Und schon sind wir bei der Frage angelangt: Was tun mit dieser ganzen Analyse? Welche taktischen und strategischen Optionen ergeben sich aus einer solchen theoriepolitischen und akteur_innenbasierten Betrachtung?

Strategische Fragestellungen und Überlegungen

Zunächst können wir über die Handlungsräume nachdenken, die Pegida öffnet oder schließt: Welche Möglichkeitsräume für neues Handeln ermöglicht Pegida? Welche werden durch ihr Auftauchen und ihre Entwicklung zugeschlossen? Die offensichtlichen taktischen und strategischen Optionen habe ich bei der Vorstellung der Idealtypen vorgestellt:

- a) Kompletter diskursiver Ausschluss der Personen, aller Meinungen und aller Mitglieder plus Sympathisant_innen,
- b) Ausschluss der Führung, Einschluss der Anhänger_innen,
- c) Kompletter Einschluss von Führung und Gesamtgruppe.

Dazwischen gibt es glücklicherweise weitere Optionen des Umgangs mit dem Phänomen.

Option 1: Möglich wäre beispielsweise ein differenzierter Ein-/Ausschluss-Mechanismus, der Ideologieelementen und Vergemeinschaftungsangeboten wie Rassismus und Islamophobie klar ins Aus des demokratischen Werteraums stellt. Der aber andererseits genau schaut, wo der Einschluss einiger Forderungen ins Feld der demokratischen Gleichheit aller funktionieren könnte. Dass diese Diskurstaktik nicht einfach ist, muss hier eigentlich nicht extra betont werden. Trotzdem deutet sie sich in einigen Zitaten, z. B. von Sarah Wagenknecht an. Problematisch kann in so einem komplizierten diskursiven Moment sein, dass über die Anerkennung von demokratisch legitimen Forderungen hinaus plötzlich eine Aufwertung des Gesamtphänomens implizit mit erzeugt wird. Diese offene Flanke ist schwer abzusichern.

Option 2: Als gewinnbringende und einfachere Taktik kann die differenzierte Herausarbeitung inhaltlicher Widersprüche gelten. Doch diese in den Mainstream – gerade der Bewegung – einzuspeisen, erscheint ebenso schwierig wie die Diskurstaktik der ersten Option. Deshalb erscheint es mir hier auch gewinnbringender, als Ausblick, analytische wie politische Figuren des Nachdenkens über Demokratie im 21. Jahrhundert auf ihre Wirkmächtigkeit und theoriepolitische Tiefe hin abzuklopfen. Denn vor dem Hintergrund dieser Debatten hat sich Pegida erhoben und fordern die Gärtner_innen ihr Recht auf Unkrautbekämpfung ein.

Ausblick: Gedanken zur Diagnose der „Krise der Demokratie“?

Zuletzt möchte ich die berühmte These der „Krise der (repräsentativen) Demokratie“ aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten und sie zudem teilweise infrage stellen. Ich möchte mit zwei kurzen Thesen auf diese Behauptung antworten.

These 1: Es gibt keine Krise der Demokratie

Warum? Weil die Frage falsch gestellt ist. Es gibt aus meiner Sicht nur eine lang anhaltende Krise unseres Verständnisses von dem, was Demokratie und Politik sein sollen. Mit Rancière im Sinn können wir versuchen, uns von den Ordnungsgeländern der „Polizei“ zu entfernen und einfach mal freihändig durch die Gesellschaft zu gehen, zu laufen, und spontan zu besetzen, zu demonstrieren, zu agieren. Damit gehen wir einen großen Schritt weg von der Ordnung, hin zur Demokratie und zum Politischen. Jenseits der Ordnung liegt ein Ozean der anderen, gleicheren Gesellschaft. Und eine ganze Inselgruppe einer kommenden Demokratie. Meine Empfehlung: Schreiten Sie und schreiten wir dort hin voran!

These 2: Es gibt eine bestimmte Krise der demokratischen Repräsentation und eine Tendenz zur „Postdemokratie“

Wenn wir Demokratie stärker von der Machtanalytik einer Powerstructure-Analyse eines Colin Crouch (2008, 2011) her denken, kommen wir nicht umhin, von einer postdemokratischen Konstellation zu sprechen.

Beispielsweise wird innerhalb der polizeilich geordneten Demokratie viel über Meinungserhebungen und andere Formen der Pseudo-Mitwirkung regiert und vermittelt. Dabei sind Meinungserhebungen auch fast zu einer Art „Dialogforum“ für die und mit der Masse geworden. Nur Momente des Politischen sind hier nicht zu erkennen geschweige denn eine Erweiterung der Demokratiezone.

Insgesamt hat es in den letzten Jahren fundamentale Machtverschiebungen innerhalb der Institutionengefüge der Gesellschaft gegeben. So sind die formellen Institutionen zwar noch existent, aber oft ihrer früheren Entscheidungsoption weitgehend beraubt. So sind jenseits dieser Entscheidungsstrukturen andere Organe entstanden, vermachtet und organisiert worden. Ein Beispiel sind Expert_innengremien wie die Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-IV-Kommission).

Das brandtsche Motto „Wir müssen mehr Demokratie wagen.“ ist deshalb in den letzten Jahren nicht auf die Fahnen geschrieben worden, sondern eher im Mülleimer der Geschichte gelandet. Das ist eine Realität, die es nicht einfach macht, politische Auseinandersetzungen zu führen, noch Bildungsarbeit zu leisten oder gar im Feld der Wissenschaft kritische Theoriepolitik zu produzieren, die Wirkungen entfaltet.

Schlussgedanken

Wir sollten uns trotzdem nicht entmutigen lassen. Auch wenn Pegida nicht für mehr Hoffnung steht, demokratische und emanzipatorische Positionen in der Gesellschaft zu verankern, ist doch der Umgang mit dem Moment des Politischen aus meiner Sicht lehrreich. Deshalb sollten wir uns noch stärker für eine post-repräsentative und radikaldemokratisch grundierte Konfliktdemokratie werben und uns an den Kämpfen darum aktiv beteiligen – so ambivalent diese Kämpfe uns auch erscheinen mögen. Denn es könn(t)en Kämpfe sein, die Positionen der Konfliktdemokratie sichtbar werden lassen und Mög-

lichkeitsräume für radikaldemokratische Vergemeinschaftungen eröffnen oder erweitern. Genau dann können die Momente des Politischen entstehen und die Chancen sich entfalten, den Gärtner_innen der Ordnung ihre Werkzeuge wegzunehmen. Dann gilt es möglicherweise, Vergesellschaftungen jenseits der aktuellen Aufteilung der Körper und Tätigkeiten nicht nur zu denken, sondern umzusetzen.⁹

Stefan Kausch *arbeitet halbtags als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einem Landtagsabgeordneten. Des Weiteren ist er aktiv in verschiedenen Projekten (im Pöge-Haus e.V.) und zu unterschiedlichen Themen an der Schnittstelle von Engagierter Wissenschaft (im gleichnamigen Verein), politischer Bildungsarbeit und kritischem Kuratieren.*

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2002): *Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust*, Hamburg.
- Bohlender, Matthias (2007): *Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus*, Weilerswist.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt/Main.
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II*, Frankfurt/Main.
- Etzemüller, Thomas (Hrsg.) (2009): *Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*, Frankfurt/Main.
- Krasmann, Susanne (2010): Jacques Rancière: Politik und Polizei im Unvernehmen, in: Ulrich Bröckling; Robert Feustel (Hrsg.) (2010): *Das Politische denken*, Bielefeld.
- Kausch, Stefan (2010): *Ordnung. Macht. Extremismus – Eine Alternativlosigkeit?*, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Weiterdenken e.V., Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.): *Gibt es Extremismus?* Dresden: 29–42.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*, online unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/1-bourprol.htm>, 1.7.2015.
- Miteinander e. V. (2015): *Wahlverwandtschaft. Rassismus im Pegida-Positionspapier. Ein Debattenbeitrag vom 30.1.2015. Reihe Impulse für eine Lebendige Demokratie*, online unter: <http://www.miteinander-ev.de/index.php?action=download&id=438>, 7.7.2015.
- Mosse, George L. (1990): *Die Geschichte des Rassismus in Europa*, Frankfurt/Main.
- Niemann-Findeisen, Sören (2004): *Weeding the Garden. Die Eugenik-Rezeption der frühen Fabian Society*, Münster.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt/Main.
- Rancière, Jacques (2012): *Proletarian Nights: The Workers' Dream in Nineteenth-Century France*, London.
- Reuter, Julia /Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2009): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*, Bielefeld.
- Schmidt, Daniel (2005): *Statistik und Staatlichkeit*, Wiesbaden.
- Stoler, Anne Laura (1995): *Race and the Education of Desire. Foucault's "History of Sexuality" and the Colonial Order of Things*, Durham and London.

⁹ Ich bedanke mich bei Anne Mehrer und Frank Schubert für Diskussionen, Korrekturen und Anregungen zu diesem Text sowie früheren Überlegungen zu dem Thema.

Der Political-Correctness-Diskurs

Oder: Wie es rechten Ideolog_innen gelingt, Linke und Liberale zu verwirren und gegeneinander auszuspielen.

VON ANDREAS WAIBEL

Einige von euch waren vielleicht überrascht, hier ein scheinbar allgemeinpolitisches Thema auf dem Programm einer Tagung über rechte, rassistische Bewegungen zu finden. Der Diskurs um die Political Correctness hat aber tatsächlich sehr viel mit dem Selbstverständnis und der Argumentationsweise der neuen „rechtspopulistischen“ Bewegungen und Parteien zu tun. Die Menschen, die an solchen Bewegungen teilnehmen, beziehen einen großen Teil ihrer Motivation aus der Vorstellung, dass sie für die Freiheit kämpfen, dass sie „Wahrheiten“ aussprechen, die von dem „Establishment“ und seiner „Lügenpresse“ unterdrückt, totgeschwiegen und wegzensiert werden. Nicht zufällig bezieht sich das wichtigste Medium der Islamhasser_innen, das Blog *Pi-News*, schon vom Namen her darauf, sieht sich selbst als „Politically Incorrect“. Sie fühlen sich also als Widerstandskämpfer, als moderne Robin Hoods im Kampf für die Meinungsfreiheit. Wie wir sehen werden, gilt das aber nur für ihre eigene Meinungsfreiheit, nicht für die ihrer Gegner.

Ich spreche hier von einem Diskurs, weil es sich nicht nur um einen Begriff handelt, sondern um ein damit verbundenes System von Behauptungen, Annahmen und immer wieder kehrenden Argumentationsmustern. Einen Diskurs können wir definieren als einen Fluss von Gedanken, Thesen und Argumenten, an dem verschiedene Schreibende und Diskutierende über einen längeren Zeitraum beteiligt sind. Ein Diskurs ist aber keineswegs eine objektive, politisch neutrale Angelegenheit; vielmehr wird er davon geprägt, von wem und zu welchem Zweck er ursprünglich initiiert wurde. In diesem Fall sind der Begriff und der zugehörige Diskurs allerdings bereits so im Sprachgebrauch verankert, dass seine Ursprünge gar nicht mehr wahrgenommen werden. Sogar viele Linke benutzen ihn bewusst oder unbewusst in politischen Debatten. Ich will hier zeigen, warum dies problematisch ist und was sich tatsächlich hinter diesem Begriff verbirgt. Dabei werden wir auf einige Merkwürdigkeiten stoßen.

Die erste Merkwürdigkeit ist, dass Kritik an der Political Correctness ja angeblich verboten oder wenigstens verpönt ist, aber tatsächlich ständig in aller Öffentlichkeit geäußert wird. Ich habe den Begriff für einige Zeit bei Google-News abonniert und bekomme diese Referenzen nun täglich zugemailt. Schon eine grobe Auswertung zeigt: Einerseits sind sich die (sonst politisch unterschiedlichen) Autor_innen einig, dass die Political Correctness „herrscht“, ja quasi dominant und allmächtig ist. Aber gleichzeitig vertritt und verteidigt so gut wie niemand die „PC“, sondern sie wird vielmehr abgelehnt, oft zu einer schrecklichen Erscheinung des Zeitgeistes erklärt und ihre Aufhebung zumindest in dem Teilbereich, der den Autor/die Autorin interessiert, gefordert. Tatsächlich dient der Bezug zur Political Correctness dem jeweiligen Autor/der jeweiligen Autorin fast immer dazu, genau das zu tun, was angeblich verboten ist: eine diskriminierende Äußerung anzubringen (und gleichzeitig eben das wieder zu verschleiern).

Die gängige Einleitung lautet dabei oft: „Das ist zwar jetzt nicht politisch korrekt, aber ...“, nach dieser scheinbaren Distanzierung kann dann jedoch vom Leder gezogen werden: „die Türken sind eben nicht so einfach integrierbar“; „die meisten Roma sind eben kriminell“; „Frauen sind eben emotionaler als Männer“ usw.

Nun ist die böse Äußerung angebracht und alle warten nun darauf, dass die Strafe folgt. Das passiert aber natürlich nicht. Wo also sind denn nun die bösen Herrscher_innen der Political Correctness, die uns angeblich zensieren und knechten? Vielleicht sollten wir doch erst mal nachlesen, was die Political Correctness genau besagt.

Doch hier tut sich gleich die nächste Merkwürdigkeit auf: Gibt es irgendwo in der politischen und wissenschaftlichen Literatur eine ernst zu nehmende Definition, Verteidigung – irgendjemand, der/die uns die Leitlinien und Grundsätze der *Political Correctness* nahebringen will? Leider nicht. Es existieren zwar Hunderte von politischen Büchern, Essays und Pamphleten, die die Political Correctness scharf kritisieren, verdammen und „widerlegen“, aber keine einzige Schrift, die sie aus Sicht ihrer Erfinder_innen erklärt und ernsthaft vertritt. Auffallend ist, dass rein zahlenmäßig die meisten dieser Anti-Political-Correctness-Schriften nicht etwa liberal im Sinne des Eintretens für persönliche Freiheit und Laissez Faire sind, sondern vielmehr ausgesprochen rechts, oft offen rassistisch, verschwörungstheoretisch und demokratiefeindlich.

Auch die wenigen sachlichen Erörterungen mit wissenschaftlichem Anspruch (Hildebrandt 2005) haben nur vage Vermutungen über den Ursprung der Political Correctness anzubieten. Zumeist zitieren auch diese Arbeiten wieder notgedrungen die Darstellungen, Beispiele und Geschichten aus der reichlich vorhandenen Anti-Political-Correctness-Literatur. Die Akteur_innen der *Political Correctness* scheinen unsichtbar; die allmächtige Political Correctness führt offenbar ein gespenstisches Dasein, so wie es Marx in Bezug auf den Kommunismus 1848 beschrieb.

Also müssen wir uns an das halten, was die Gegner_innen der Political Correctness über sie aussagen. Was ist nun die Essenz all dieser Aussagen:

- Die mediale Darstellung von gesellschaftlichen Ereignissen werde von linken Ideolog_innen systematisch verfälscht und schöngefärbt. Insbesondere dann, wenn Minderheiten dadurch in einem schlechten Licht erscheinen könnten.
- „Denkverbote“ und aufgezwungene Sprachkorrekturen würden kritischen Denker_innen den Mund verbieten.
- Es würde eine „Meinungsdiktatur“ errichtet, die nicht nur Rechte, sondern auch Liberale einschränkt.
- Speziell an Universitäten würde der „westliche Wertekanon“ systematisch zerstört und durch eine gender- und ethno-fokussierte Pseudowissenschaft ersetzt.
- Kritik an rechtem, rassistischem, frauenfeindlichem und antidemokratischem Gedankengut sei Zensur, Diktatur und „Gedankenpolizei“.
- Hinter all dem stecke eine marxistische Denkschule, die „*cultural marxists*“, die in der Nachfolge der Frankfurter Schule nun auf diesem Wege versuchen würden, die westliche Gesellschaft zu untergraben.
- Wer sich dagegen wehrt, sei Psychoterror und Gewalt ausgesetzt.
- Hiergegen müsse man durch „Tabubruch“ protestieren und endlich offen die

„Wahrheiten“ aussprechen, die die „Gutmenschen“ verbieten wollen. Gerade die Vorstellung von der Allmacht der Frankfurter Schule ist natürlich für uns Linke, die wir diese Denkrichtung eher mit etwas weltfremden Professoren und schwer verständlichen Texten verbinden, eine recht witzige Vorstellung. Doch die Verschwörungstheorien, die die Frankfurter Schule in der Nähe der Weltherrschaft wähen, meinen es bitterernst. Sie sehen in den Theorien von Horkheimer, Adorno, Marcuse und anderen eine gefährliche kommunistische Verschwörung, die nach dem Scheitern des Klassenkampfes nun auf andere Art versucht, die westliche Kultur und Freiheit zu zerstören (Kullissenriss 2012).

Notwehr gegen die Meinungsdictatur

Spätestens bei dem Begriff „*cultural marxists*“ sollten wir hellhörig werden. Denn dieser Begriff bildet zusammen mit Political Correctness das Leitmotiv des Pamphlets „A European Declaration of Independence“ des Massenmörders Anders Behring Breivik. In seinem Manifest, das er 2011 kurz vor seinen Anschlägen über das Internet verbreitete (Berwick 2011), rechtfertigt der Rechtsterrorist seine Morde vor allem mit der Herrschaft dieser „Kulturmarxisten“ und ihrer Political Correctness.

Die Political Correctness habe den Staat und sämtliche Bereiche der Gesellschaft, die politische Linke ebenso wie die Rechte und auch die Kirche erobert. Die bedrohlich geschilderte „Islamisierung“ Europas sei nur ein Teilaspekt eines viel weitergehenden kommunistischen Plans. Die eigentliche Bedrohung seien gar nicht die Islamist_innen, sondern der Feind im Inneren: die Kulturmarxisten und ihre Political Correctness. Verbale Kritik an ihr reiche nicht mehr, da die Dominanz inzwischen zu groß sei und keine wirksame Opposition mehr zulasse. Ihre Herrschaft sei derart total und allumfassend, dass sich nur noch einzelne – wie er selbst – durch Konspiration der totalen Überwachung entziehen könnten. Implizit sagt Breivik damit (wie auch später in seinen Äußerungen vor Gericht), dass wegen der völligen Political-Correctness-Herrschaft die Widerstandskaktionen gegen sie notgedrungen so brutal und deutlich ausfallen müssen wie seine eigenen Taten, um überhaupt noch ein Zeichen des Widerstands zu setzen.

Die oben beschriebene Anti-Political-Correctness-Literatur war offenkundig für Anders Breivik die wichtigste Quelle. Das darin entwickelte geschlossene Weltbild bildete die Rechtfertigung für seine Taten. Der Political-Correctness-Diskurs und die dahinterstehende Ideologie sind also keineswegs harmlos, sondern können als Rechtfertigung für Mord und Terror gegen politische Gegner und sogar deren Kinder dienen.

Ein linker Begriff?

Aber gehen wir noch einmal zurück und verfolgen wir die Ursprünge des Begriffs. Es sind sich ja fast alle einig, dass die Political Correctness ursprünglich ein linkes Konzept gewesen sei und an den Universitäten in den USA ihren Ursprung gehabt habe. Einige der wissenschaftlichen Arbeiten räumen zwar ein, dass der Begriff inzwischen rechts besetzt oder umgedeutet worden sei, aber auch sie unterstellen, dass es sich um einen in den Ursprüngen linken Begriff handle. Aber stimmt das überhaupt?

Tatsächlich tauchte der Begriff „*political correctness*“ oder verwandte Ausdrücke seit Gründung der USA sporadisch in Texten und Reden auf; vor 1989 allerdings immer nur

in dem Sinn, dass etwas eben politisch gesehen nicht richtig sei (Hildebrandt 2005). Eine Verwendung durch linke Gruppen in den 1960er und 1970er Jahren wird zwar immer wieder behauptet, ist aber nicht nachweisbar. Vielmehr wurde der Begriff durch Linke – wenn überhaupt – dann nur satirisch benutzt, um sich über allzu fanatische Radikale und Parteisoldat_innen der damaligen kommunistischen Splittergruppen lustig zu machen. Selbst dies ist nur in Anekdoten und späteren Berichten belegt. Offenbar ist es keinem, keiner Einzigen der Autor_innen gelungen, einen schriftlichen Beleg aus dieser Zeit zu finden. Es gab auch nie eine verbindliche Definition oder eine Sammlung von Vorschriften, die von linker oder liberaler Seite definieren, was Political Correctness eigentlich sein soll. Eine Liste mit lächerlichen Sprachvorschriften für eine Universität, die von einigen als Beispiel zitiert wird, scheint eine satirische Schrift ohne große Bedeutung gewesen zu sein. Wenn eine wie auch immer definierte „politische Korrektheit“ überhaupt damals im universitären Bereich vertreten und verteidigt wurde, dann wohl höchstens sehr gemäßigt als Ablehnung von Hasssprache und offener Diskriminierung.

Da die Anti-Political-Correctness-Autor_innen also das Vorhandensein der von ihnen behaupteten Political Correctness unter dieser Bezeichnung nicht nachweisen können, versuchen sie den Nachweis der Hegemonie der Political Correctness indirekt zu führen. Sie bringen dafür Beispiele aus verschiedenen politischen Feldern, bei denen sie organisierte Einflussnahme und einen „Meinungsterror“ der Linken an den Universitäten sehen. Unter anderem werden folgende universitäre Bewegungen und Veränderungen der Political Correctness zugeschrieben:

- Die Kritik von zumeist jüngeren Sozialwissenschaftler_innen und Studierenden an der Dominanz von eurozentristischen, oft patriarchalischen und reaktionären Ansätzen und Herangehensweisen in der Geschichts- und Sozialforschung.
- Feministische Sprachkritik verbunden mit Forderungen nach geschlechtsneutralen Formulierungen.
- Forderungen nach einer gleichberechtigten Repräsentanz von verschiedenen Ethnien und Migrant_innengruppen in den Medien.
- Forderungen nach einer Veränderung und Reformierung des „Kanons“ der wissenschaftlichen und literarischen Pflichtliteratur zugunsten von Werken nicht-europäischer Denker_innen und Autor_innen.
- Modernisierung und Ergänzung von Verhaltens- und Benimmregeln durch die Universitätsverwaltungen (z. B. Verbot von offen rassistischen und sexistischen Beleidigungen).
- Affirmative action: Maßnahmen, die den Zugang von Angehörigen der Minderheiten zu Universitäten und Führungspositionen erleichtern sollen.

All diese Erscheinungen, Forderungen, Bewegungen und Reformen gab es tatsächlich. Die Darstellung der Political-Correctness-Kritiker_innen ist aber maßlos übertrieben. Wenn wir die Ursprünge, Erfolge und Niederlagen und die reale Wirkung betrachten, finden wir sehr Unterschiedliches:

1. Eine kritischere Herangehensweise in den Sozialwissenschaften, die Begriffe und überkommene Vorurteile hinterfragt, ist heute in einer gemäßigten Form Allgemeingut. Die radikaleren Versionen dieser Sozialkritik bleiben jedoch auf Minderheitsströmungen

an den Unis begrenzt.

2. Feministische Sprachkritik konnte in einigen Bereichen Erfolge verbuchen, sogar über den universitären Bereich hinaus. Allerdings nur bei bestimmten Begrifflichkeiten und Formulierungen, vieles andere hat sich nicht durchgesetzt.

3. Die Darstellung, wonach westlich-europäische Bildung und Literatur generell an den US-Universitäten zurückgedrängt werden, ist nachweislich falsch. Nach wie vor haben die großen europäischen Philosoph_innen, Schriftsteller_innen und Denkströmungen einen zentralen Platz in den Sozialwissenschaften.

4. Die Repräsentanz von Minderheiten in den Medien und sogar der Werbung ist deutlich größer geworden (wenngleich es immer noch Auseinandersetzungen gibt, siehe etwa die letzte Oscar-Verleihung, als Bürger_innenrechtsgruppen kritisierten, dass „Frauen, Hispanics, Afroamerikaner und Farbige in Hollywood unsichtbar“ seien). Entscheidend war dafür aber nicht nur die Stärke von linken Bewegungen, sondern auch das kommerzielle Interesse von Konzernen und Werbetreibenden, für die Frauen und Minderheiten inzwischen wichtige Zielgruppen sind.

5. Die Förderung von Angehörigen der Minderheiten beim Zugang zu Universitäten ist weiterhin in den USA ein umstrittenes Thema und wird in den Bundesstaaten und Universitäten in unterschiedlicher Weise praktiziert. Feste Quoten sind selten, meist handelt es sich um Bildungsprogramme und Punktesysteme, die viele verschiedene Kriterien einbeziehen. Trotz solcher Maßnahmen sind die Minderheiten weiterhin unterrepräsentiert und beim Zugang zu höherer Bildung und Karriere benachteiligt. Von einer generellen Bevorzugung kann überhaupt keine Rede sein.

Die Darstellung der Political-Correctness-Kritiker_innen ist also grotesk übertrieben. Es mag zwar zeitweise an einzelnen Universitäten Versuche gegeben haben, linke Begrifflichkeiten, Meinungen und Sichtweisen als verbindlich durchzusetzen, aber die dahinterstehenden Aktivist_innengruppen hatten in den allermeisten Fällen schlicht nicht die Macht dazu und ihre Erfolge blieben begrenzt. Von einer „Hegemonie“ einer wie auch immer definierten Political Correctness an den Universitäten in den USA kann jedenfalls damals (ebenso wie heute) keine Rede sein.

Wenn es aber so etwas wie Political Correctness nie gegeben hat, wie konnte dann der Ende der 1980er Jahre entstehende Anti-Political-Correctness-Diskurs (von den Diskurs-Macher_innen gerne auch als „Bewegung“ bezeichnet) solche Erfolge feiern? Hierfür gibt es Gründe, die in der Befindlichkeit des konservativeren Teils des Universitätsbetriebs nach Ende der 68er-Revolution liegen.

Die Wut der Profs

Die 68er-Bewegung, die in den USA und anderen westlichen Ländern hauptsächlich von Studierenden getragen wurde, entwickelte einige Jahre lang eine beträchtliche Mobilisierungsfähigkeit und sorgte für heftige, zum Teil militant ausgetragene Konflikte an den Universitäten. Organisierte Minderheiten versuchten die Bewegung weiter zu radikalisieren und nutzten dazu provokative, teilweise militante Aktionsformen.

Obwohl sich die Kritik der Studierenden hauptsächlich gegen die „alten Zöpfe“ und den reaktionärsten Teil des Unibetriebes richtete, nahmen einige der militanteren Gruppen auch die weniger radikalen, eher reformorientierten Teile der Bewegung und der Profes-

sorenschaft ins Visier. Aus heutiger Sicht kam es dabei vielfach zu Übertreibungen und schlimmen Fehlern. Auch gesprächsbereite, teilweise sogar ausgesprochen kritische und liberale Professor_innen wurden in den 1960er Jahren vielfach Ziel von aktionistischen Störaktionen der radikalen Linken. Später forderten vor allem maoistische Gruppierungen von Künstler_innen und Intellektuellen ein klares Bekenntnis zum „Klassenkampf“. Solche Gängelungsversuche gab es auch in Deutschland. So wurden etwa 1968 auf der Burg Waldeck die Auftritte von Reinhard Mey und Hans Dieter Hüsch gestört, weil ihre Texte als zu wenig politisch empfunden wurden.

Provokationen und militante Aktionen haben es an sich, dass sie zwar eine Zeit lang für große Aufmerksamkeit und Zulauf von Abenteuerlustigen sorgen, aber eben auch Menschen, die ursprünglich gar keine Gegner_innen waren, abstoßen und ins andere Lager treiben. Vor allem aber aktivierte die Erfahrung, angegriffen zu werden, einige besonders konservative Menschen im Lehrbetrieb und unter der Studierendenschaft. Einige von diesen Personen wurden später Wortführer_innen der Rechtskonservativen und Stichwortgeber_innen der Anti-Political-Correctness-Kampagne.

Die eher reformorientierten Teile der linken Bewegung setzten andere Schwerpunkte. Sie unternahmen den Versuch, eine inhaltliche Kritik der bisherigen Lehrinhalte und Grundsätze zu erarbeiten. In den Sozialwissenschaften bedeutete dies vor allem eine Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Ausbeutung und Kolonialismus bzw. mit der bis dahin fast völligen Ausblendung dieser Themen in der Lehre. Einige Professor_innen griffen diese Kritik auf und stellten sich einer Diskussion. Dadurch und auch durch nachkommendes wissenschaftliches Personal gelangten Teile dieser Inhalte im Lauf der 1970er Jahre in den Lehrbetrieb. Viele konservative Professoren (weniger Professorinnen) waren aber mit der ganzen Richtung nicht einverstanden. Dazu kam, dass viele Wortführer_innen der 68er-Bewegung sich nach Ende der Bewegung von linken Ideen wieder abwandten, wobei einige – wohl aus Scham über ihre eigenen Irrtümer – sich sogar zu ausgesprochenen Antikommunist_innen entwickelten. Das Rollback äußerte sich vor allem in Klagen, ja einem regelrechten Gejammer über angebliche linke Dominanz in der Lehre. Um das zu begründen, musste natürlich der Einfluss der Linken maßlos übertrieben werden. Bezeichnend ist, dass gerade die reformorientierten Linken, die sich ja – anders als die Aktionist_innen – auf eine inhaltliche Debatte und eine Mitarbeit im Universitätsbetrieb eingelassen hatten, dämonisiert wurden. Ein Hauptmittel dabei war es, linke Dozent_innen und Aktivist_innen mit einzelnen radikal klingenden, oft aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus ihrer 68er-Vergangenheit bloßzustellen.

Diese Stimmung fand 1987 ihren Ausdruck in dem Bestseller-Buch des US-Altphilologen Allan Bloom „The Closing of the American Mind“; deutsch: „Der Niedergang des amerikanischen Geistes“ (Bloom 1988). Seine Hauptthese: Die Linken seien die neuen Nazis, zumindest aber schlimmer als McCarthy. Das Klima an den Universitäten sei von Angst geprägt. Die linken Ideolog_innen seien von der Frankfurter Schule beeinflusst und diese sei wesentlich unter dem Einfluss der „Nazi-Philosophen“ Nietzsche und Heidegger entstanden. Der Verweis auf die Nazi-Philosophen sollte wohl in den USA für die Mobilisierung gegen links helfen, eine Substanz hatte er aber nicht. Zwar gab es bei einzelnen Vertreter_innen der Frankfurter Schule tatsächlich ein Interesse und eine Beschäftigung mit Nietzsche und Heidegger. Die Rezeption war aber immer mit einer kriti-

schen Sicht auf den Missbrauch dieser Philosophie durch die Nazis verbunden und blieb letztlich ohne nachhaltige Wirkung auf die Entwicklung der Denkrichtung. Der Hinweis auf die Nazis ist eher deswegen interessant, weil er zeigt, dass rechte Vordenker wie Bloom schon damals nach einem Weg suchten, die linke intellektuelle Bewegung irgendwie zu diskreditieren. Das gelang mit dem Hinweis auf Nietzsche und Heidegger noch nicht, dafür aber bald umso erfolgreicher mit dem neuen Kampfbegriff „Political Correctness“.

Karriere eines Kampfbegriffes

Der Begriff Political Correctness wird der breiten Öffentlichkeit erst durch eine Reihe von Zeitungsartikeln, Essays und Broschüren bekannt, die sich gegen diese (behauptete) Erscheinung an den amerikanischen Universitäten wenden:

29.10.1990 *New York Times*: „The Rising Hegemony of the Politically Correct“ von Richard Bernstein,

24.10.1990 *Newsweek* kritisiert die „Thought Police“ an den Universitäten und zieht einen Vergleich mit der McCarthy Ära,

1991 *New York Magazine* John Taylor „Are you politically correct?“,

1991 erscheint Dinesh D'Souzas Bestseller „Illiberal Education“ [D'Souza 1992].

Ich gehe hier vor allem auf den Autor D'Souza ein, weil seine Art des Auftretens und der Argumentation stilbildend für den weiteren Verlauf des Political-Correctness-Diskurses war. Obwohl D'Souza den Begriff nicht erfunden hat, war er doch offenkundig derjenige, der ihm zum Durchbruch verhalf. Das hat mit seiner Person zu tun und seinem Geschick, sich in der Öffentlichkeit je nach Publikum verschieden darzustellen. Dinesh D'Souza ist ein indisch-stämmiger, extrem konservativer amerikanischer Intellektueller. Er steht für einen überkonfessionellen christlichen Fundamentalismus. Überall sieht er Feind_innen seiner Religion am Werk und kritisiert insbesondere die angebliche atheistische Indoktrinierung in der Schule mithilfe der Evolutionstheorie. D'Souza ist einer der Hauptvertreter der Tea-Party-Ideologie und der rechten Kampagne gegen Obama. Eine seiner aktuelleren Thesen ist, dass die eigentlich Schuldigen am islamistischen Terrorismus die US-amerikanischen Linken (zu denen er Obama zählt) seien. Er ist also ein ausgesprochener Scharfmacher und Reaktionär, der selbst in den USA nur Minderheiten (die allerdings einflussreich sind) für seine extremen Thesen gewinnen kann.

In der Political-Correctness-Debatte, die anfangs vor allem an den Universitäten stattfand, trat er aber als ein ganz anderer auf. Anders als in seinen sonstigen Schriften benutzte er in seinen Publikationen und Auftritten zum Thema Political Correctness eine ausgesprochen gemäßigte, tolerant klingende Argumentation. Er präsentierte sich als etwas naiver, weltoffener und gutwilliger Neubürger, der selbstverständlich liberal und reformorientiert sei. Vor allem aber ist D'Souza ein begnadeter Geschichtenerzähler. In seinem Buch bringt er eine Story nach der anderen über die verrückten Ideen und Schikanen der universitären Linken, mit denen anständige „normale“ Menschen belästigt, gegängelt und oft sogar verfolgt und bedroht würden. Er verliert kein Wort über linke Aktivitäten gegen reale Diskriminierung, Verbote und Polizeigewalt. Stattdessen stellt er es so dar, also ob vor allem politisch gemäßigt eingestellte Studierende und Professoren zu Opfern von Hetzkampagnen, Zensur und Gängelung durch die Radikalen würden. Ein Beispiel ist

etwa der heterosexuelle Student, der sich über die Nacktposter seines schwulen Zimmergenossen beschwert, und dem dann – laut D'Souza – unterstellt wird, er diskriminiere Homosexuelle. Die Darstellung erscheint gerade für Menschen, die den Universitätsbetrieb nicht selbst kennen, wie aus dem Leben gegriffen und scheint die Absurdität der linken Ideologie und Praxis zu belegen. D'Souza zeichnet mit solchen (realen oder verzerrten) Einzelbeispielen das Bild einer linken Mafia, die scheinbar die US-amerikanischen Universitäten dominiert und jegliche andere Meinung unterdrückt. Den Universitätsverwaltungen wirft er Feigheit und ein Zurückweichen vor den Extremist_innen vor, sie würden die gemäßigten Studierenden im Stich lassen. Dass er selber einer politischen Richtung, der christlich-fundamentalistischen Rechten, angehört, die keine Hemmungen hat, andere Meinungen gewaltsam zu unterdrücken und ihre Sicht der Welt allen anderen auch mit administrativen Mitteln aufzuzwingen, verschweigt er.

Die Täuschung gelang. Der rechte Fundamentalist bekam nicht nur Zustimmung von den vorhin beschriebenen Konservativen, sondern auch von einigen linken und liberalen Intellektuellen, die sich offenbar in der einen oder anderen Form von Radikalen bedrängt fühlten. Natürlich hätte es eine solche Zustimmung nicht gegeben, wenn an den von D'Souza beschriebenen Missständen nicht etwas dran gewesen wäre. Aber – und das wurde im Nachgang von Kritiker_innen detailliert belegt – es handelt sich um eine grob verzerrte Darstellung oder um nicht repräsentative Einzelfälle. Wenn man überhaupt von einer Political Correctness an den Universitäten sprechen kann, dann sollte eher von der fortbestehenden Dominanz traditioneller konservativer Eliten die Rede sein, die ihre Privilegien und Ideologien rücksichtslos gegen Andersdenkende durchsetzen. Damals wie heute gab und gibt es in den USA eine weitaus größere Zahl von Fällen, wo Rechte und Konservative die Meinungs- und Forschungsfreiheit von fortschrittlichen und linken Studierenden und Wissenschaftler_innen einschränken und man oft sogar von politischer Verfolgung sprechen kann (Wilson 1995). Selbstverständlich sucht man solche Beispiele in D'Souzas Buch vergeblich.

Trotz einiger erfolgreicher Auftritte und einer gewissen Resonanz blieb die Wirkung von D'Souzas Buch an den Universitäten selbst begrenzt. Zu offensichtlich war die maßlose Übertreibung für diejenigen, die das Leben auf dem Campus aus eigener Erfahrung kannten. In der US-amerikanischen Öffentlichkeit aber verbreitete sich sein verzerrtes Bild umso erfolgreicher, denn es entsprach genau den Vorurteilen, die die Öffentlichkeit ohnehin von den Universitäten hatte. Political Correctness wurde schnell zu einem geflügelten Wort, mit dem jeder Konservative seine Feindschaft gegenüber den Linken allgemein und der kritischen Intelligenz im Besonderen ausdrücken konnte. Der Autor D'Souza wurde damit zum Millionär, seine Begriffsprägung und der damit verbundene Diskurs aber erreichen inzwischen sogar Menschen, die selbst mit rechtem Gedankengut nichts am Hut haben und die wohl auch keine These, die offenkundig aus einer rechten Ecke kommt, annehmen würden. Der Begriff und die damit verbundene Täuschung setzten sich so im Sprachgebrauch dann auch weltweit durch – im Vergleich zu anderen versuchten Begriffsprägungen aus der konservativen Ecke ein beispielloser Erfolg. Den einzigen Wermutstropfen, den die Erfinder_innen der Political Correctness hinnehmen müssen, ist, dass sie ja nicht zugeben können, dass sie die Sache selbst erfunden haben. Es waren ja angeblich die Linken.

Der deutsche Political-Correctness-Diskurs

In Deutschland wurde der Faden von den Medien *Zeit* und *Spiegel* aufgenommen. In mehreren Artikeln (Spiegel 1994/28) reflektierten die beiden Medien ab 1994 die US-amerikanische Debatte und stellten Bezüge zu Deutschland her. Ebenso wie in den USA wurden alle möglichen „linken“ Reformen, Forderungen, Aktionen und auch einige tatsächliche linke Dummheiten herangezogen, um die Herrschaft der Political Correctness zu belegen. Eine Gegenposition ließ man sehr gemäßigt von dem Linguisten Harald Weinreich vertreten (Weinreich 1994, 28). Weinreich fiel offenbar selbst auf die Political-Correctness-Täuschung herein. Er scheint zu glauben, dass Political Correctness tatsächlich eine Art positiver Verhaltenscode sei. Der sei Ausdruck einer „neuen Zivilität“ ähnlich wie die Höflichkeit in früheren Zeiten. Eine solche schwache Gegenargumentation konnte den Zug natürlich nicht aufhalten.

Nach den ersten noch eher harmlosen Artikeln wurde die Debatte schnell aggressiver. Vor allem die politische Rechte nahm den Faden begeistert auf: Political Correctness eignete sich in Deutschland anders als in den USA hervorragend zur Diffamierung des Antifaschismus. Zu den Hauptthesen des deutschen Political-Correctness-Diskurses kamen nun hinzu:

- Die Klage über das „Tabu“ des Antisemitismus: Nach Meinung der rechten Political-Correctness Kritiker_innen wird die bundesdeutsche Öffentlichkeit vom Zentralrat der Juden und seinen willfährigen Agent_innen in den Medien mit Hilfe der Political Correctness so gesteuert, dass Kritik an Israel und der Rolle der Juden de facto unmöglich wird.
- Die Neuauflage einiger Propagandalügen der Nationalsozialist_innen als unterdrückte geschichtliche Wahrheit: Beispiele hierfür sind die angebliche Kriegserklärung des Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland und die Behauptung, dass der Zweite Weltkrieg Deutschland aufgezwungen worden sei. Das Fehlen dieser „Wahrheiten“ in heutigen Geschichtsbüchern gilt als Beweis, dass die Geschichte immer von den Siegermächten geschrieben wird.
- Das angebliche Schweigen über die Kriegsverbrechen der Alliierten und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten (de Zayas 2011).
- Umerziehung der Bevölkerung nach dem Krieg als Erklärung für den Widerstand gegen Nazis und den geringen Erfolg von rechten Parteien bei Wahlen.

Alle diese Argumentationsstränge waren auch schon vor Aufkommen des Begriffs Political Correctness bei Autor_innen der extremen Rechten beliebt, blieben aber zumeist auf deren Publikum beschränkt. In Verbindung mit der Political-Correctness-These lassen sich diese Behauptungen aber nun noch besser als unterdrückte Wahrheiten verkaufen. Empfänglich dafür ist neben dem klassischen Milieu der Rechten besonders die wachsende Szene der Verschwörungsgläubigen und „Infokrieger“.

Einer der Chefideologen der deutschen Anti-Political-Correctness-Debatte wurde der Ex-CSU-Mann Manfred Brunner („Bund freier Bürger“), der von konservativen Medien zum Bürgerheld erklärt wurde: „Ein freier Mensch sagt, was er denkt. Doch die linken Gesinnungspolizisten wollen keine freien Menschen. Sie haben die Mehrheit zum

Schweigen gebracht. Sie bestimmen, worüber gesprochen werden darf und worüber nicht“ (BFB 1994).

Brunner war nicht der letzte deutsche Rechtsaußen, der sich durch den Kampf gegen eine angebliche linke Meinungshoheit zu profilieren suchte. Die zahlreichen nachfolgenden Bücher, Artikel und Pamphlete von allen möglichen mehr oder weniger prominenten Autor_innen (u.a. CDU-Schönbohm (Schönbohm 2009) und AfD-Gauland (Gauland 2012)) über die allmächtige Political Correctness in Deutschland hielten den Diskurs zwar am Laufen, bringen aber inhaltlich wenig Neues. Richtig an Fahrt gewinnt der Diskurs erst wieder mit dem Superstar der rechten Provokation: SPD-Mann Thilo Sarrazin.

Sarrazins Tugendterror

Sarrazin setzte bei allen seinen Äußerungen und Publikationen auf die Provokation. Er kalkulierte die Empörung des politischen Gegners und die Reaktionen aus den von ihm beleidigten und diffamierten Minderheiten in sein Marketing mit ein und nutzte sie. Dabei diente ihm der Bezug zur angeblich die Medienwelt beherrschenden Political Correctness als zentrales Element inklusive des Täuschungsmanövers, das wir schon aus der US-amerikanischen Debatte kennen. Während er in seinen Büchern und einzelnen verbalen Äußerungen die übelsten rassistischen und sozialdarwinistischen Thesen verbreitete, spielte er in Talkshows und bei öffentlichen Auftritten die verfolgte Unschuld. Eigentlich sei das doch alles ganz harmlos und was er ausspreche nur gesunder Menschenverstand, nur die bösen linken Ideolog_innen mit ihrer Political Correctness wollten das nicht zulassen. Auch Sarrazin inszeniert sich als Opfer, dessen Meinungsfreiheit unterdrückt wird. Das, obwohl seine Thesen überall in der Öffentlichkeit, in jeder Buchhandlung (fast zwei Millionen verkaufte Exemplare), an jedem Zeitungskiosk präsent sind, obwohl ihm doch bei jeder Kritik sofort einflussreiche Fürsprecher_innen und freundlich gesonnene Massenmedien beistehen. Unvergesslich die berühmte *Bild*-Schlagzeile: „Das wird man wohl noch sagen dürfen!“

Auch Sarrazin benutzt bereits in seinen ersten Publikationen und öffentlichen Äußerungen immer wieder die altbekannte Verschwörungstheorie, wonach die politisch Korrekten, die „Gutmenschen“ ja längst die Medien und alle Bereiche der Gesellschaft beherrschen würden. Den Begriff „Tugendterror“, den er in seinem Nachfolgebuch verwendet, hat er wohl von Thomas Mann entlehnt (Kemper 2014). Thomas Mann verwendete den Begriff des „jakobinischen Tugendterrors“ in seiner frühen Schrift von 1918 „Betrachtungen eines Unpolitischen“. Mit der Verwendung dieses Begriffs knüpft Sarrazin an eine alte, spezifisch deutsche antidemokratische Tradition an. Denn Thomas Mann war zu dem Zeitpunkt, als er diesen Essay schrieb, – anders als sein Bruder Heinrich – ein Gegner der durch die Novemberrevolution entstandenen ersten deutschen Demokratie. Erst später – unter dem Eindruck der durch rechte Freikorps verübten politischen Morde an demokratischen Politiker_innen – wandelte er sich zum Verteidiger der Weimarer Demokratie. Indem Sarrazin der US-amerikanischen Political Correctness den deutschen Tugendterror zur Seite stellt, stellt er sich also auch beim Thema Meinungsfreiheit in die Reihe der Feinde der Demokratie.

Sollen wir dennoch Political Correctness verteidigen?

Wie wir gesehen haben, drückt sich im Political-Correctness-Diskurs der Hass der Rechten auf den Multikulturalismus, auf die Frauenbefreiung, auf die soziale Gleichheit, ja auf jede fortschrittliche Idee oder Reform aus. Gleichzeitig ist ein Großteil des Publikums der Meinung, dass es so etwas wie Political Correctness tatsächlich gibt und dass damit eine Art von Gegnerschaft zu Rassismus und Diskriminierung gemeint ist. Das führt uns zur Frage, wie wir als Linke und Antifaschist_innen die Auseinandersetzung führen können, ob wir unter bestimmten Umständen Dinge, die von den Rechten der Political Correctness zugeordnet werden, verteidigen sollten.

Ja, vermutlich müssen wir das in vielen Situationen. Wenn Menschen sich gegen Diskriminierung wehren, dann sollten wir ohne Kleinlichkeit auf ihrer Seite stehen, selbst wenn bei den Forderungen Fehler gemacht werden. Wir sollten uns allerdings darüber bewusst sein, dass

- symbolische Aktionen eine fundierte Kritik in der Sache nicht ersetzen können,
- jede Aktion, jede Kritik auch in der Form verhältnismäßig sein muss, um vermittelbar zu sein,
- Übertreibungen mehr schaden als nutzen,
- symbolische Korrekturen, die von oben verordnet werden, nicht wirklich das Übel der Diskriminierung beseitigen.

Ja, die Bewegung gegen Rassismus und Diskriminierung hat gewisse Erfolge und einen Bewusstseinswandel in Teilen der Bevölkerung erreicht. Inzwischen haben auch Verwaltungen und große Konzerne erkannt, dass Diskriminierung und Rassismus schädlich sind, auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Sie neigen aber dazu, allzu offenkundige Diskriminierung auf autoritäre Weise zu unterbinden oder per verordneter Sprachregelung die Sache formal zu erledigen. Das ist wohl besser als gar nichts, aber zumeist besteht die Diskriminierung dennoch fort und es findet keine dauerhafte Bewusstseinsänderung statt. Veränderungen bei Formulierungen können auch von Rassist_innen leicht umgedreht werden, etwa in Parolen wie „Kulturbereicherer unerwünscht“. Die Wortschöpfung „Kulturbereicherer“ knüpft dabei an ein häufig gebrauchtes antirassistisches Argument an, dass Einwanderung doch auch eine kulturelle Bereicherung für das Einwanderungsland darstellen kann. Indem die Rechten nun die ihnen verhassten Einwanderer_innen als „Kulturbereicherer“ titulieren, wollen sie sowohl das Argument selbst als auch die Sprachregelungstendenz der „politisch Korrekten“ ins Lächerliche ziehen. Diese Art von rechtem Humor wird vom Publikum sofort verstanden, obwohl Linke oder Liberale natürlich niemals einen solchen Begriff in die Diskussion gebracht haben.

Sprachkritik kann auf Diskriminierungen aufmerksam machen, dies kann aber nur der Anfang eines Prozesses sein, um sie abzuschaffen. Generell können Diskriminierung und Unterdrückung nicht allein auf der Ideenebene bekämpft und zurückgedrängt werden. Siehe dazu Marx' Kritik am Linkshegelianismus:

„Da nach ihrer Phantasie die Verhältnisse der Menschen, ihr ganzes Tun und Treiben, ihre Fesseln und Schranken Produkte ihres Bewußtseins sind, so stellen die Junghegelianer konsequenterweise das moralische Postulat an sie, ihr gegenwärtiges Bewußtsein mit dem menschlichen, kritischen oder egoistischen Be-

wußtsein zu vertauschen und dadurch ihre Schranken zu beseitigen. Diese Forderung, das Bewußtsein zu verändern, läuft auf die Forderung hinaus, das Bestehende anders zu interpretieren, d. h. es vermittelt einer andren Interpretation anzuerkennen. Die junghegelschen Ideologen sind trotz ihrer angeblich ‚welterschütternden‘ Phrasen die größten Konservativen. Die jüngsten von ihnen haben den richtigen Ausdruck für ihre Tätigkeit gefunden, wenn sie behaupten, nur gegen ‚Phrasen‘ zu kämpfen. Sie vergessen nur, daß sie diesen Phrasen selbst nichts als Phrasen entgegensetzen, und daß sie die wirkliche bestehende Welt keineswegs bekämpfen, wenn sie nur die Phrasen dieser Welt bekämpfen.“ (Marx 1845)

Die Rechten werden jeden Fehler, jede Übertreibung, jede falsche, merkwürdig klingende Forderung nutzen, um uns vorzuführen. Sie werden immer wieder neue, scheinbar absurde Beispiele ins Feld führen, um zu belegen, dass die Forderungen der Bewegungen gegen Rassismus und Diskriminierung blödsinnig oder gar gefährlich sind. Sie werden jeden Protest, jede Störaktion, jeden Zwischenruf gegen rechte Hetze als Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit und somit als weiteren Beleg für die Herrschaft der Political Correctness interpretieren. Sie werden diesen Diskurs bei jeder möglichen Gelegenheit einsetzen, nach dem Motto: „Wenn du sie nicht besiegen kannst, dann verwirre sie!“

Um uns dagegen zu schützen, sollten wir uns zunächst mal klar machen, dass es nicht um ihre Meinungsfreiheit geht, sondern um unsere. Die D'Souzas und Sarrazins dieser Welt haben hundertmal mehr Möglichkeiten ihre Meinung zu verbreiten als wir. Sie haben Milliarden an US-Dollar und Euro, die hinter ihnen stehen, sie werden gefördert und finanziert vom großen Geld, von mächtigen Medienkonzernen. Mit dem Political-Correctness-Diskurs wollen sie nun auch noch die Kritik an ihrer Hetze diffamieren und unterbinden. Tatsächlich sind sie es, die eine erzwungene „correctness“, einen neuen Konformismus in der ganzen Gesellschaft durchsetzen wollen, anfangs durch Propaganda, dann durch Einschüchterung und notfalls auch mit administrativer Gewalt. Genau darum dürfen wir uns das Recht, gegen ihre Auftritte zu protestieren, sie zu stören, sie mit ihren Lügen zu konfrontieren, nicht nehmen lassen. Bei ihnen geht es nur um die Auflage, bei uns um Freiheit und Menschenrechte.

Aber wie sieht es in unseren eigenen Köpfen aus? Haben wir da nicht auch manchmal das Gefühl, dass wir unter einer linken (Selbst-)Zensur leiden, vor allem wenn es um heikle Themen im Bereich der Gleichberechtigung und des Rassismus geht? Haben wir nicht oft das Gefühl, dass wir vor lauter „politisch korrekter“ Sprache, von niemandem außerhalb der linken Szene mehr verstanden werden? Ja, dieses Gefühl gibt es. Nicht alles, was an Forderungen und sprachlichen Korrekturen aus dem Bereich der linken Bewegungen kommt, ist sinnvoll und praktikabel und manches führt vom Kern der Sache weg. Wenn wir darüber diskutieren, sollten wir uns aber auch hier erst mal von der Lüge befreien: Es gibt keine wie auch immer geartete linke „Political Correctness“, es gibt keine Norm oder Instanz, die uns irgendetwas vorzuschreiben hat. Wir selber machen die Regeln und es ist unsere Entscheidung, wie wir kommunizieren und argumentieren. Wenn wir eine Quotierung einführen, wenn wir Begriffe verändern, wenn wir uns bestimmte Regeln für eine Gesprächskultur geben, dann tun wir das, um uns selbst Dinge bewusst zu machen, um einen Zweck zu erreichen, um uns gegenseitig besser und nicht schlechter zu verstehen. Und genau an diesen Kriterien sollten wir solche Maßnahmen auch immer

wieder messen, überprüfen, weiterentwickeln, verändern oder auch als unwirksam fallen lassen.

Statt einer festgelegten Korrektheit sollte es unter Linken etwas viel Wichtigeres geben: Solidarität und Respekt denen gegenüber, die oft härter als man selbst von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind. Diskriminierung, Rassismus, Homophobie und Frauenunterdrückung sind keine „Nebenwidersprüche“, sondern die Hauptursache für die Schwäche der Linken in Europa und den USA. Solange wir uns darüber bewusst sind, gibt es keine Tabus, gibt es viele mögliche Wege, wie wir uns ausdrücken und unsere Ziele vermitteln können. Wir brauchen also keine Angst zu haben vor Political Correctness, wir brauchen nur eine vernünftige und solidarische Gesprächskultur mit Regeln, die wir uns selber geben.

Gutmensch?

Edel sei der Mensch, hilfreich und gut; denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen! Johann Wolfgang Goethe

Zum Schluss möchte ich auf einen Aspekt aufmerksam machen, der uns in der Auseinandersetzung nutzen kann, wenn wir ihn richtig aufgreifen. Denn die ganze Political-Correctness-Kampagne hat für die Rechten auch eine gefährliche Schwäche. Mit dem Rückgriff auf die zynische Tugendterror-/Political-Correctness-Argumentation und die Verwendung von Begriffen wie „Gutmensch“ verraten die Konservativen nämlich das, was ihnen angeblich am wichtigsten ist: Ihre bürgerlichen Werte. Wenn es wirklich so ist, dass nur noch linke „Gutmenschen“ und Anhänger der Political Correctness für die Menschenrechte, für die Gleichheit und Geschwisterlichkeit aller Menschen eintreten, dann wird die Menschenwürde zu einem linken Wert. Wenn die Konservativen freiwillig die Grundwerte der klassischen europäischen Kultur auf den Müll werfen, dann sollten wir diese umso mehr hochhalten und bewahren. Unsere Botschaft an die Ehrlichen und Gemäßigten unter den Konservativen sollte sein: Die bürgerlichen Werte des Humanismus, der Aufklärung, der Mitmenschlichkeit im Sinne von Goethe, Schiller, Heine und Beethoven sind heute bei den Linken weit besser aufgehoben als bei einer zunehmend zynisch und nihilistisch agierenden Rechten.

Andreas Waibel ist aus Frankfurt am Main und macht seit vielen Jahren linke Politik und antifaschistische Arbeit. Er ist Sprecher einer Stadtteilgruppe der Partei Die LINKE und Ansprechpartner des örtlichen NachDenkSeiten-Gesprächskreises.

Literatur

Berwick, Andrew (2011): 2083 – A European Declaration Of Independence, London.

BFB, B. f. (1994): mutig ehrlich anders brunner - Flugblatt zur Landtagswahl Bayern 1994, München.

Bloom, Alan David (1988): Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Hamburg.

D'Souza, Dinesh (1992): Illiberal Education. New York.

de Zayas, Alfred (2011): Verbrechen an Deutschen. Tabuthema der Political Correctness, DVD 92 Min., Kopp Media.

Gauland, Alexander (2102): Das politisch korrekte Deutschland, in: Der Tagesspiegel, 10.12.2012.

- Hildebrandt, Mathias (2005): *Multikulturalismus und Political Correctness in den USA*, Wiesbaden.
- Kemper, Andreas (2014): *Sarrazins Correctness*, Münster.
- Kulissenriss. (2012): *Augenöffner! Die Geschichte der Political Correctness – Frankfurter Schule* (englisch mit deutschen Untertiteln), <https://www.youtube.com/watch?v=XPrmZAP81sY>: YouTube.
- Marx, Karl (1845): *Die Deutsche Ideologie, I. Teil, Einleitung*, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me03/me03_017.htm#I_I_A.
- Schönbohm, Jörg (2009): Politische Korrektheit. Das Schlachtfeld der Tugendwächter, *Waltrop. Spiegel* (1994): Dickwanst im Dunst, in: *Der Spiegel* 28/1994, 160 ff.
- Weinreich, Harald (1994): Die Etikette der Gleichheit. *Der Spiegel* 28/1994, 163–164.
- Wilson, John K. (1995): *The Myth of Political Correctness*, Durham, London.